UNZERTRENNLICH

märz 87 — Autonomes Info Nr. 4 — 2.50 Mark

Neues Angebot der Rebellen

Manche werden staunen, viele sich fragen – was soll denn das, „Autonomes Info"? Staunen, das es die Zeitung nach drei Nummern 1987 immer noch gibt. Für viele ist die Nummer 4 ihre **erste** Nummer. Warum machen wir nach dem „vorläufig letzten Akt" (so der Titel in der Nr. 3) überhaupt noch weiter? Nun, neue Gruppen sind hinzugekommen. In Süddeutschland, Ruhrgebiet und Hamburg ist völlige Ebbe. Das alte Hauptproblem, keinen kontinuierlichen Diskussionsprozesse zwischen verschiedenen autonomen Gruppen/Teilbereichsbewegungen in den Städten, ist geblieben – somit auch das Bemühen, mit/über die Zeitung eine solche Diskussion wiederzugeben/anzuschieben, eben nur sehr schwer umsetzbar. Wir machen trotzdem weiter, jedoch mit einem veränderten Konzept. Zum einen meinen wir, daß die Zeit überreif ist für ein überregionales Info, in dem autonome Politik diskutiert wird. Zum anderen wächst die Bereitschaft in einigen Städten (wie es sich auf dem Silvesterplenum in der Hafenstr. gezeigt hat), das Gemeinsame des Kampfes und die unterschiedlichen Herangehensweise in den verschiedenen Teilbereichsbewegungen wie Anti-AKW, Antifa, Flüchtlingsarbeit... herauszuarbeiten.

Dass es Kontroversen unter Autonomen noch und nöcher gibt, ganz zu schweigen von den „Schwierigkeiten" zwischen Autonomen und Antiimps ist an sich jedem/r bekannt. Nur werden diese zumeist in den Kneipen, WG's, Kleingruppen angesprochen. In öffentlichen Versammlungen kommt man/frau kaum über das Niveau abgedroschener Phrasen hinaus.

Wir wollen mit der „Unzertrennlich" weg vom autonomen „Fachidiotentum", dem Spezialistenwissen von z. B. Vobogruppen, Jobbergruppen, Anti-AKW-Gruppen. In der Zeitung sollen Informationen, Diskussionen, Hintergrundwissen so zu lesen sein, daß ein Antifamensch versteht, was die Jobber gegen die „kapitalistische Umstrukturierung des Reproduktionsbereichs" zu tun gedenken – ohne daß er/sie zehnmal im Lexikon nachschlagen muß.

In der Zeitung sollen die unterschiedlichen politischen Ansätze dargestellt werden, verschiedene „Standpunkte" vorgestellt und gemeinsame Standpunkte gefunden werden – wobei wir unseren Senf auch dazugeben werden. Die Zeitung wird sich hüten, ein Linienblatt zu sein, dessen Fehlen von vielen in der Vergangenheit kritisiert worden ist („man kann bei euch überhaupt keine Linie erkennen"). Wir wollen mit der Zeitung die Diskussionen unter uns in Bewegung bringen, genauer: das wiedergeben, wo sie in Bewegung gekommen ist. Das ist unsere Linie, das ist unser (recht hoher) Anspruch – aber weniger würde nicht die Mühe lohnen, die solch ein Projekt kostet.

Die Leser der „Unzertrennlich" können nicht erwarten, daß wir auch nur einen annähernd umfassenden Überblick über die Aktionen und politischen Diskussionsprozesse in der autonomen Scene geben werden. Dafür ist die Zahl der Mitarbeiter/innen einfach zu klein. Die Zeitung wird umso besser, je mehr Gruppen, Leser/innen sich an der Produktion der Zeitung beteiligen.

Wir verfolgen deshalb ein dezentrales Konzept. Die Artikel werden von den Redaktionsgruppen in den verschiedenen Städten betreut. Alle zwei Monate soll eine Ausgabe erscheinen, die nächste Nummer also im April.
Und noch ein Letztes: Gerade wegen der Kriminalisierung der „radikal", sich verschärfender Angriffe gegen Stadtinfos, Zeitungen, in denen autonome, militante Positionen formuliert werden, müssen die Autonomen solange wie möglich an den dünnen Fäden, den überregionalen Kommunikationsstrukturen, festhalten. Wir wollen klarere Diskussionen, klare Standpunkte. Deswegen kommt nach dem „letzten Akt" der Unzertrennlich eben wieder der erste.

INHALTSVERZEICHNIS — Seite

Unzertrennlich intern	1
Radikal	1
Schwerpunkt: Militanz	3
Ich hab' geträumt	10
Mit Power zur Vertagung	11
Verhindern wir den Kongreß	12
Tierra y libertad	14
Hoch die ...	15
Aktive Fluchthilfe jetzt	16
Deportationspraxis des Senats	17
Faschisten hinter dem. Fassade	18
Wer hat Angst vorm Schw. Mann?	19
Buko in Nürnberg	21
VZ gegen Klassenkampf	22
Aktuelles	24

Lest und lebt radikal

Massenprozesse drohen gegen angebliche Radikal-Verkäufer

Mit ihrer Wahl in den Straßburger Circus Maximus konnte vor drei Jahren für Benny Härlin und Michael Klöckner der sofortige Strafvollzug verhindert werden. Sie waren vom 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts als Herausgeber der mehrfach verbotenen Zeitschrift Radikal verurteilt worden. Die Radikal erschien auch nach diesem Prozeß weiter, subversiv und unregelmäßig. Im Juli '86 war's dann wieder soweit: Buchhandlungen, Infoläden, verschiedene Projekte, Kollektive, Kneipen, Cafe's, Bäckereien, Lebensmittelläden der Scene in der BRD und Westberlin werden von den Bullen durchsucht. In mehr als 30 Städten fahnden die Herrn des Morgengrauens nach der von der Bundesanwaltschaft inkriminierten Radikal 132. Jetzt drohen neue Prozesse gegen über 100 angebliche „Verteiler" und Beugehaft für nichtaussagewillige Zeugen.

Allein in Berlin steht ein Massenverfahren gegen 49 Beschuldigteaus 19 Projekten an. Was sind die Vorwürfe?
In dem Beschluß des Generalbundesanwalts heißt es zur Begründung, die Radikal 132 zu beschlagnahmen, daß folgende Straftatbestände vorlägen:
- Verdacht von Straftaten nach §129a u.a.
- die Radikal enthalte Beiträge, in denen Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlägen das Wort geredet würde
- enthielte eine Tatbekennung zum Anschlag auf Beckurts (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, §129a)
- fordere zum Kaufhausdiebstahl auf (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, §111)
- enthielte eine Anleitung für den Bau eines elektrischen Zeitzünders (§111)
- in der Behauptung, Ulrike Meinhof sei von Schergen des BRD-Staates ermordet worden, sei eine Verunglimpfung des Staates zu sehen (§90a)
- Ziel und Strategien der RAF würden verherrlicht werden, die Aufzählung von Aktionen bestärke die Mitglieder in ihrem Zusammenwirken (§129a)
- die BRD würde als Mörderstaat herabgewürdigt werden (§90a)
- weiter enthielte die Radikal ein Zitat aus einem RZ-Papier, das geeignet sei, bei den Lesern Sympathie für diese terroristiische Vereinigung zu wecken und sie für deren Ziele und Strategien einzunehmen (§129a)
- einen Artikel, in dem der militante Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf dokumentiert und zu ähnlichen Aktionen aufgerufen würde (§111)
- Berichte und Bekennungen zu den Anschlägen in Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA und mögliche Anschlagsziele (Liste der Firmen), (§111).
In dem Schlußsatz der umfangreichen Begründung heißt es dann, daß eine Trennung der strafrechtlich relevanten Seiten der Radikal von den übrigen Seiten praktisch undurchführbar sei und nur unbedeutende und unverkäufliche Teile der Zeitung zurücklassen würde.

Wie kam es dazu?

Zitieren wir aus einem in Berlin kursierenden Flugblatt: „23.7.86. Auf einem Postamt in Bielfeld stehen 3 „verdächtige" Kisten herum. Da muß die Polizei her, denkt sich der mißtrauische dienstbeflißene Postbeamte. Die kommt, Postgeheimnis hin oder her. Der Inhalt wird festgestellt: Mehrere Postsendungen der Zeitungen Radikal. Die werden beschlagnahmt, die Paketkarten der letzten Tage kontrolliert. Dabei stellt sich heraus, 2 Tage zuvor gingen bereits 89 Pakete Radiakal in verschiedene Städte der BRD und nach Westberlin. Während in den darauf-

Fortsetzung: nächste Seite

folgenden Tagen in der BRD die ersten Durchsuchungen laufen, laufen sic hier in Berlin ein paar Staatsschützer die Füße platt, um bei den Adressaten der Pakete nachzuschauen, ob die Radikal auftaucht. Dann tauchen die Ermittlungen erstmal ab. Äußerst unüblich: Die Bundesanwaltschaft ermittelt über 2 Monate selbst, bevor sie die Verfahren an die zuständigen regionalen Staatsanwaltschaften abgibt. Erst im September 86 werden an einem Tag 19 Projekte in Berlin durchsucht. Es wurde kaum ein Exemplar der Zeitung gefunden. Das war auch gar nicht nötig, denn davon gingen die Ermittler bereits aus. Zitat aus dem Durchsuchungsbeschluß:„Auch wenn kein Exemplar der Zeitung gefunden wird, deutet dies lediglich daraufhin, daß alle Exemplare vertrieben wurden." Alle der rund 50 Beschuldigten erhielten Vorladungen zur Staatsanwaltschaft. Noch gibt es Schwierigkeiten, in der BRD einen Massenprozeß gegen soviele Angeschuldigte zu führen. Nach dem Prinzip,einige zu schlagen um alle zu treffen, wurde nun versucht, aus der Vielzahl der Beschuldigten einige herauszufischen, gegen die sich ein Ring von Indizien aufbauen läßt. Mit welch dünnen Beweismitteln in solchen Verfahren gearbeitet wird, wissen wir aus dem Prozeß gegen die Agit-Drucker, ebenso aus dem Urteil gegen Micha und Benny.

Die Krminalisierung von Zeitschriften und Büchern hat in Deutschland eine lange Tradition. Wir wollen hier nicht in der Mottenkiste der Kaiserzeit, der Weimarer Republik oder des Nationalsozialismus kramen. Es soll an dieser Stelle genügen, an die Verfahren gegen die ältere Nummern der Radikal von Anfang der 80er Jahre und gegen das Berliner Info-Bug 1977/78 zu erinnern. Beim Info-Bug ermittelte der Berliner Staatsschutz gegen die Agit-Drucker, die über 8 Monate im Knast saßen. Beim Radikalverfahren gegen Micha und Benny wurden die Redakteure und Herausgeber angeklagt und verknackt. Jetzt sind es - und das ist das Neue - die Verteiler, die vor den Kadi geschleppt werden. Erst die Drucker, dann die Herausgeber, jetzt die Vertreiber - alle kriegen ein 129a-Verfahren um den Hals - es fehlen bloß noch die Leser.

Gemeint sind wir alle

„Gemeint sind wir alle", heißt es in dem oben erwähnten Flugblatt, und weiter: „Diese Verfahen richten sich nicht nur gegen die Zeitung Radikal, sondern sie sind wie die neuen „Anti-Terror-Gesetze" eine Antwort auf den Widerstand in der letzten Zeit gegen menschenfeindliche Atomanlagen, rassisitische Ausländerpolitik (Asylantenjagd in den U-Bahnen) usw. Gerade in diesen Bereichen gab es in der letzten Zeit wieder Ansätze für eine immer breitere Bewegung, die ihre Ziele und Vorgehensweise in einer eigenen Presse vermittelt und diskutiert. Die Presse des Widerstands soll verboten werden. So gibt es auch gegen merhere andere Zeitungen bereits Verfahren und wie im Falle der Anti-Atom-Zeitung „RadiAktiv" die ersten Prozesse. Mit all diesen Verfahren wird allerdings nicht allein versucht, eine „freie Presse" zu verbieten. Die hunderte von Ermittlungsverfahren geben die Grundlage zu ständig neuen Verfolgungsmaßnahmen: Durchsuchungen, vorläufige Festnahmen, Observationen, Datenerfassung usw. So sollen wir kriminalisert werden. Die Bedrohung der Verfahren soll uns einschüchtern, und wer sich nicht einschüchtern läßt, auf den hält sich der Staat den Zugriff offen. Denn mit allen diesen Maßnahmen sollen Strukturen, die wir uns aufbauen um uns zu wehren, durchleuchtet und angegriffen werden. Das geschieht nicht immer so spektakulär wie mit der Stürmung des Mehringhofs am 9.6.86 durch die Bullen, nachdem trotz Verbot eine Demo gegen den Staatsterror von Brokdorf/Kleve und Hamburg gelaufen war."

Zeugen sagen nicht aus

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat mehrer Zeugen aus den Projekten vorgeladen, um Aussagen über die Strukturren in den Projekten zu erfahren. Wer zur fraglichen Zeit im Juli 86 alles gearbeitet hat, wer die Zeitung in Empfang genommen hat, wer sie verkauft hat, wie darüber in den Projekten diskutiert wurde - das sind u.a. die Fragen der Ermittlungsbehörden, die schon in den Vernehmungen der Beschuldigten auftauchten. Während sich die Beschuldigten auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen können, ist dieser Weg den Zeugen nicht offen.

Es geht dem Staatsschutz um die Durchleuchtung unserer politischen Aktions- und Diskussionsstrukturen, damit die Scheere im Kopf und die Einschüchterung auch bei uns funktioniert und politischer Widerstand für den Staat wieder kanalisierbar wird. Die „zunehmende Akzeptanz der Militanz nach Tschernobyl in der Bevölkerung" (so Verfassungschutz- Chef Lochte) soll gewaltsam zurückgeschraubt werden. Sich gegen diese Strategie des Staates zu wehren, bedeutet mit ihm und seiner Justiz nicht zu kooperieren. Denn selbst wenn mensch sagt, er habe von nichts eine Ahnung, ist das eine Aussage, schränkt das den Kreis der möglicherweise Betroffenen weiter ein. Deswegen wollen einige vorgeladene Zeugen weiterhin nichts aussagen und dafür sogar den Knast in Kauf nehmen. Das ein solches Vorgehen der Zeugen letztendlich für alle Beschuldigten besser ist, zeigen die negativen Erfahrungen aus 129a-Verfahren in Hannover und Hamburg. Gerade mit Teilaussagen einiger Zeugen gelang es der Justiz sowohl Info's wie totale Verunsicherung, Verwirrung unter den Beschuldigten und Zeugen zu erzielen und mit den Aussagen andere zu belasten.

In Berlin kann davon ausgegangen werden, daß die Zeugen in die Beugehaft geschickt werden - zunächst einmal für ein halbes Jahr. Wie überhaupt die Berliner Ermittlungsbehörden sich besonders scharf geben. Während in anderen Bundesländern z.T. trotz sichergestellter „Beweismittel" einzelne Verfahren bereits eingestellt sind, sammelt die Berliner Justiz weiter Indizienmaterial. Am 4.2.87 wurden wieder drei Projekte durchsucht, angeblich wegen der Lohnlisten aus dem Juli/August 86. Einzelne Zeugen und Beschuldigte haben taglang eine Armada von Zivis am Hacken, mittlerweile werden sogar die Kunden der beschuldigten Läden angehalten. So geschehen Anfang Feb., als die Bullen einen Mann im Auto stoppten, der vorher ein Brot in einer Bäckerei gekauft hatte. Der Grund: Die neue Radikal war gerade ein paar Tage in Umlauf. Die Käufer - also potentiell jeder Leser der neuen Radi- sollen als Zeuge vorgeladen werden, um darüber auszusagen, wo das Objekt der Begierde des Staatsschutzs gekauft wurde. Das Auslegen von einzelnen Leseexemplaren der Radikal ist ebenfalls kriminell, wie die ermittelnden Staatsanwälte bei den Vernehmungen erklärten - fehlt nur noch, daß das Lesen kriminalisiert wird.

Auch für die „Unzertrennlich" gilt das, womit das zitierte Flugblatt endet: „Das Damoklesschwert solcher Verfahren mit all seinen geannnten Folgen soll politische Abstinenz erzwingen. Doch wer will schon Abstinzler/-in sein? Unser Widerstand muß auch weiterhin in einer Presse und anderswo seinen Ausdruck finden, ohne wenn und aber. Dafür müssen wir alle was tun! Lest und lebt radikal!"

radikal

Wir wollen nochmal auf das Flugblatt zurückkommen, in welchem die "radikal"-Redaktion ihre Stellungnahme zur Beschlagnahme der Nr. 132 abgegeben hat.
Es liegen dazu vor:
- Euer Brief an uns, die "Unzertrennlichen"
- Euer Flugblatt
- "Radikal-Info" Nr. 1 (... und Staunen, warum es sich nicht um die Nr. 133 handelt...)

Allein zwischen diesen 3 Ereignissen klaffen solche Brüche, die wir uns im Grunde nicht erklären können.

Die "radikal" hat bei weitem ihren Platz noch nicht gefunden. Die Schwierigkeiten, aus der Illegalität heraus diese Zeitung herzustellen, habt Ihr selbst in den letzten Nummern immer wieder geschildert. Sie haben sich nicht nur auf Euer Kollektiv ausgewirkt, das unter den Bedingungen relativer Isoliertheit längst erledigt geglaubte Widersprüche wieder neu durchackern muß.

Sie haben sich natürlich auch auf das Produkt Zeitung ausgewirkt, wo der Zustand unserer relativen Zerrissenheit, bloßen Reagierens auf die Weltereignisse und das Fehlen eines konkreten Begriffs von Antiimperialismus noch deutlicher rüberkommt, als es in der Realität durch Aktionismus immer wieder überdeckt werden kann.

Ihr behauptet, speziell auch mit Nr. 132 den Brückenschlag zwischen Guerilla, Widerstand und neu hinzustoßenden Menschen erreicht zu haben, weil Ihr Euch auf den Anti-AKW-Kampf bezieht, in dem es alle Aktionsformen gibt:

den Anschlag auf Beckurts/Siemens, Sabotage und Anschläge im Massenausmaß, Massendemos und -proteste.

Indem Ihr behauptet, das Problem der Sektiererei sei dadurch gelöst, daß die Masse sich den objektiven Verhältnissen entsprechend jetzt auch radikalisiert habe, gibt es also keinen Grund mehr, sich um richtige Taktik, um Vermittelbarkeit zu streiten, dann können wir ja munter weitermachen. Die ideologische Front ist abgehandelt, es geht jetzt um den militärischen Sieg.
Dann ist das wohl alles Schnee von gestern, daß es Probleme gibt, z.B. die "Unzertrennlich" von unten aufzubauen. Womöglich hat uns die Bewegung rechts liegen lassen. Es stimmt auch alles nicht mehr, daß die Strukturen des Widerstands in den Städten sich man grade erst wieder am entwickeln sind, daß die Zersplitterung und fehlende Austragung unserer Differenzen unsere Hauptschwäche ist. Daß wir speziell in der Anti-AKW-Bewegung inhaltlich sehr schwach waren, daß wir jetzt erst wieder die Kurve kriegen, um an der Zuspitzung auf die AKW-Konzerne eine Kontinuität und klassenmäßige Bestimmung des Kampfes hinzukriegen.
Was soll eine solche Einschätzung anderes bewirken als Augen zu und durch.

Bloß da, wo es sich um Beton und schärferes handelt, holen wir uns am Schluß nur blutige Köpfe.

Es reicht bei weitem nicht aus, wie Ihr es tut, zu sagen: wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

Angesichts des Versuchs, die "radikal" zu unterdrücken und unsere Strukturen zur Verbreitung unserer Zeitungen zu zerstören, ist es vielmehr nötig, beinahe illegale Strukturen unter uns zu entwickeln, die ihrem Zugriff so weit es irgend geht entzogen sind, als auch dabei unseren Zusammenschluß untereinander so zu intensivieren, daß wir unsere Handlungsfähigkeit ausbauen; gleichzeitig öffentliche Strukturen zu verteidigen, durchzusetzen, unsere Agitationsmöglichkeiten zu behalten.

Grade das aber wird vom jeweiligen Zustand des Kräfteverhältnisses sehr abhängen und nicht linear festzulegen sein, wie das Beispiel der Kriminalisierung der Berliner Kollektive zeigt.
Wenn überhaupt von Brückenschlag die Rede ist, dann kann dieser Begriff mit aller Vorsicht auf das Papier der Frankfurter Autonomen angewendet werden, das einen Ansatz darstellt, die inhaltliche Kontroverse zu führen und eine den hiesigen Verhältnissen angemessene Strategie und Taktik zu entwickeln. D.h. den Bruch in unserer eigenen Geschichte durch Kritik an der Guerillastrategie aufheben, die Fehler als gemeinsame Fehler zu betrachten und aus ihnen Konsequenzen zu ziehen.

Die Kritik an der RAF-Politik verdeutlicht sich in dem Maße, wie sich Anfänge einer Strategie und Taktik eines in den Alltag eingehenden Antiimperialismus hier entwickeln, der an den Widersprüchen ansetzt, die das System selbst zu den Bedürfnissen und Interessen von immer größer werdenden Teilen unserer lieben Bevölkerung herstellt.

BRÜCHE

Eure Worte aus dem Beschlagnahme-Flugblatt:

"Wir spüren an Reaktionen und inhaltlicher Beteiligung, daß immer mehr Genossinnen die Zeitung als das begreifen, was sie sein kann und soll, daß Auseinandersetzungen in vielen Regionen in die richtige Richtung laufen, weil sie genauer und selbstkritischer werden und sich an dem orientieren, was hier abläuft und Realität ist. Wir lernen, unsere Verantwortung auch für diese Zeitung begreifen, weil sie von vielen als Instrument genutzt wird, um breite Diskussionen zu führen, Infos auszutauschen, und um aus der Vielzahl der verschiednen Ansätze und militanten Widerstandsformen gemeinsame Inhalte zu erkennen und zu vermitteln."

In Eurer Diskussion um die "Unzertrennlich" geht es einige Monate vorher noch um folgendes Problem:

Ihr bemerkt zu Recht trotz der noch völlig legalen Strukturen eine relative Isoliertheit der Redaktion, seht die Notwendigkeit, mit der Zeitung einen Vorlauf zu organisieren, damit die Zeitung als Projekt überhaupt faßbar wird. Damit aber gleichzeitig Verstärkung der Gefahr der Isoliertheit. Notwendigkeit, sich auf arbeitende Gruppen an den Orten zu stützen, die das Projekt erstmal diskutieren müßten, um sich anschließend zu kontinuierlicher Arbeit bereitzuerklären. Am besten sich auf die Ansätze stützen, die es schon in Form diverser Infoblätter, örtlicher Zeitungen usw. gibt. Zur Kenntnis nehmen, daß "bevor Eure Idee nicht realisiert ist, sie für viele noch gar nicht existiert. Das ist leider Realität. Wir glauben, daß viele abwarten und beobachten.

Hoffentlich täuschen wir uns nicht, wenn wir glauben, daß Eure Vorstellungen in eine solche Richtung gehen. Das ist natürlich ein Hammer, anspruchsmäßig."

Unsere Vorstellungen gehen in diese Richtung. Jedoch sollte es uns wundern, daß es diese Strukturen für den Aufbau eines bundesweiten Infoblattes so noch nicht gibt, für die "radikal" aber das Problem ein paar Monate später gelöst ist.
Wir haben in der letzten Nummer unter dem Titel "Vorläufig letzter Akt" beschrieben, wie die Entwicklung bis jetzt gelaufen ist. Trotzdem kommt die Zeitung weiter raus, nach intensiven Diskussionen, in denen Ihr auch Recht behalten habt damit, daß der Aufbau eines solchen Projektes "ein Hammer ist, anspruchsmäßig".

Wir machen jetzt weiter in dem Drahtseilakt zwischen Isoliertheit und Verankerung in daran arbeitenden Gruppen, weil die objektive Notwendigkeit nicht erlaubt, das Scheitern beschlußmäßig vorwegzunehmen, wenn auch noch die Chance des Gelingens besteht.

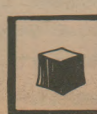
Diese Realität erscheint uns autentischer als Euer Zweckoptimismus.
Zumal der Absturz dann umso tiefer kommt:
radikal-info Nr. 1

MILITANZ - DEBATTE

VORWORT

Militanz ein Begriff, den wir zur Diskussion stellen wollen.
Die folgenden Artikel kommen von Leuten aus dem Rhein-Main Gebiet. Die Auffassungen darin sind eng verbunden mit Erfahrungen an der Startbahn-West mit den Auseinandersetzungen beim Mord an G. Sare, der Hanau-Demo am 8.11., Wakkersdorf und Brokdorffahrten etc., sowie zuletzt, der für alle schmerzlichen Geschichte eines Strommastanschlages,bei dem eine Frau aus der Startbahnbewegung lebensgefährlich verletzt wurde.
Militanz muß diskutiert werden, weil Fehler auf der Aktionsmilitanzebene entscheidende Auswirkungen haben können, wir gerade hier höchste Ansprüche an uns zu stellen haben. Eine "schlechte" militante Rede oder ein "mieses" militantes Flugi lässt sich leicht wegstecken.
Eine schiefgegangene militante Demo oder Aktion hat ungleich schärfere Konsequenzen für die ausführenden Personen wie für die gesamte Bewegung. Indem wir ehrlich mit unseren eigenen Fehlern und Widersprüchen umgehen machen wir uns sicherer in der Vorstellung, wie und mit was es weitergeht.Indem wir auch Kritik aus anderen Spektren der unabhängigen, radikalen Linken zulassen und aufnehmen, können wir unsere Vorstellungen weiteren Menschen verständlich machen.
Einen Widerspruch gibt es um die Begrifflichkeit.
Ist Militanz als Begriff, Definition für unsere politische Linie geeignet? Reicht die Bezeichnung "die Militanten" als Kennzeichnung einer politischen Perspektive aus? Unter uns gibt es grob gesagt zwei Meinungen. Die eine will den Begriff Militanz mit positiven Inhalten ausfüllen. Als Bezeichnung,wie sie schon oft verwendet wird für radikale,revolutionäre Linke.Also eine bewußte Erweiterung auf einen Überbegriff.
Die andere Stellung dazu: Reduzierung des Begriffs auf seine Tätigkeit. Sozusagen nicht als Hauptwort, sondern als beschreibendes Tätigkeitswort zu verwenden. Militanz als nähere Bezeichnung der Gegengewalt bzw.einer radikalen Einstellung.
Zwei eigentlich nicht entscheidend unterschiedliche Positionen,eher ein Streit um die Rangehensweise an die Diskussion um Ziele und Mittel. So geht es um Kritik und Selbstverständnis.
Die Artikel sollen eine Aufforderung zur Debatte sein. Manche widersprechen sich, gleichzeitig tauchen Wiederholungen auf.
Die Artikel sind trotz Unterschiedlichkeit von gemeinsamer Diskussion beeinflußt, trotzdem ist uns klar,daß die eine Autorin den Artikel des danebenstehenden Autors nicht unterschreiben würde.
In der Hoffnung auf eine spannende, konstruktive und nicht tabuisierte Auseinandersetzung.

Militant kommt nicht von militärisch


Pflastersteine

Stinkbomben

Von der Selbstverteidigung zur Militanz - ein oberflächlicher Rückblick

Die Entwicklung des sich Wehrens liegt größtenteils in der 68er-Bewegung, sowie der späteren Anti-AKW-Bewegung oder Startbahnbewegung. (Als Beispiele). Das sich Wehren, also auch im Sinne zurückzuschlagen, war keine Selbstverständlichkeit in linken Bewegungen des Nachkriegsdeutschland. So auch nicht in verschiedenen Anfängen der Ökologiebewegung -wahrscheinlich eine Folge des Endes der 68er.Nach eskalierten Protesten kehrten sich die Meisten ab, die Notstandsgesetze waren eingeführt. Mit einer Amnestie liessen sich viele integrieren, der Marsch durch die Instutitionen begann. Andere entwickelten das Stadtguerillakonzept, gingen in Betreibe bzw. waren es sowieso. Später gab es mehrmals heftige Auseinandersetzungen bei Preiserhöhungen der Verkehrsverbände, Jugendzentrumsbewegung und Häuserbesetzungen. Dort fanden sich eine Menge Leute , die 68 politisiert wurden. Auch die Anfänge der RAF definierten sich in diesen Zusammenhängen. So ca. 1976 war ein Wendepunkt z.B. in Frankfurt nach der militanten Demo zum Mord an Ulrike Meinhof. Der bewaffnete Kampf eskalierte, viele fanden sich darin nicht mehr wieder. Die aufkommende Spontibewegung brach mit diesem, und der Militanz überhaupt.
Militanz bei Demos, um besetzte Häuser zu halten etc. bedeutete weitere Auseinandersetzungen, mit der Konsequenz der härteren Strafverfolgung und Repression. Gleichzeitig wuchs die politische Mutlosigkeit wegen der vermeintlichen Erfolgslosigkeit wegen den nicht folgenden Massen. So war das "Sich-Wehren" bald kein befreiender Wutausburch oder gar Mittel zum Zweck, sondern wurde eine existenzielle Bedrohung der Zurückgezogenen, der mittlerweile ansteigenden Alternativinseln.Ich-Bezogenheit, völlige Unorganisiertheit als Gegenpol zur straffen Kadermentalität anfang der 70erJahre und alternative Lebensformen und Projekte nahmen großen Raum ein.
Gerade "Inseln" sind immer wieder von Überschwemmungen bedroht, und ein Bewußtsein zur existenziell bedrohlich fortschreitenden Umweltzerstörung drängte sich geradezu auf. Notwendigerweise entstand die Ökologiebewegung und eine Wiederbelebung der Ostermarschierer in der späteren Friedensbewegung. Diese definierten sich über das Nichtzurückschlagen. Zwar sollte es ein "Wehrt-Euch-leistet-Widerstand" sein, aber ohne Gewalt.
Gewaltlosogkeit und Pazifismus,wie es in der BRD praktiziert wird , ist vielleicht eine Reaktion auf die sich durchziehende kriegerische Gewaltbereitschaft, einschließlich der Zucht und Ordnungsmentalität der Deutschen, vom Kaiserreich über Hitler bis zur heutigen Politik -eine extreme Konsequenz, das Demonstrieren von eigener Ohnmacht,das fast schon lustvolle Ertragen der Brutalität des Staates,um so als menschlicher zu gelten. Eine politische Haltung, die versucht, nicht nur inhaltlich, sondern auch praktisch ganz anders zu sein , als die Strukturen der Macht und Gesellschaft. Mit hohen Ansprüchen, Moralappellen in fast sicherem Wissen oder zumindest der baldigen Erfahrung,daß Moral einer der letzten Beweggründe für die herrschende Politik ist. So bleibt das Bessser-sein-wollen als der Staat oder andere Bewegungen ein Zeichen an die noch nicht Bewegten im Volk. Doch diese, die Machlosigkeit erkennend,stürzen sich selten ins sichere Ohnmachterlebnis-Stimmenanteile,Parlamentssitze, seine Gewählten im Parlament - eine Scheinentschädigung für geduldiges Nichtstun, welches in Resignation führte.
Der Pazifismus wurde sehr oft eine Spielwiese für Unzufriedene aus etablierten, bürgerlichen Kreisen. Die Beruhigung des schlechten Gewissens. Die Grenze hat die Friedensbewegung demonstriert, bzw. die Ignoranz des Staates, welcher deutlich machte: es wird stationiert,ob Millionen gewaltfrei demonstrieren oder nicht.

Betroffenheit

Herausragend entwickelten sich nicht die gewaltlosen spektakulären Aktionen a la Greenpeace oder Robin Wood, sondern eher die politische Gewaltlosigkeit. Anerkennung des Gewaltmonopols,also Anerkennung des Staates. Porpagiert von all denjenigen, die in dem parlamentarischen Theater aufstiegen, anpassten oder sich verschleißen.Propagierte Gewaltfreiheit, um des Protestes Herr zu werden, ihn zu spalten und zu kanalisieren. Sehr oft wurde gerade aus diesen Kreisen militantes Vorgehen in die Nähe der Gewaltideologie der Nazis gestellt. Vom Staat dankbar aufgegriffen,um uns zu denunzieren. Deutlich untermalt mit Polizeibewaffnung, Notstands, sowie Anti-Terror-Gesetzen gegen die dann noch übrigbleibenden kämpfenden Menschen.
Im Widerspruch zu dieser Gewaltfreiheit entwickelte sich die Militanz. Von Vielen, die die atomaren, gesellschaftlichen Untergangsszenarios nicht nur bedrückt ernst nahmen. Wenn herrschende Politik lebensbedrohend ist, muß diese bedroht werden, damit überhaupt was passiert.
In der Anti-AKW-Bewegung wurde die Überzeugung , daß Atomkraft das leben an sich bedroht,umgesetzt.So besetzten Tausende in Whyl den Bauplatz, gab es heftige Kämpfe um Brokdorf, Grohnde, Kalkar. Zuerst entwickelte sich der Selbstschutz, die notwendige Verteidigung des eigenen Körpers mit Helm, Gasschutz etc.

Dabei auch die Verteidigung der Demofreiheit, der Einschränkung der massiven Kontrollen, Verhaftungen und Prügelorgien durch die Polizei. Organisiert wurden Konvois zu den AKW-Bauplätzen durchgeführt, dabei auch mal eine Polizeisperre ignoriert. Die Baustellen wurden angegriffen, mit dem klaren Ziel den Bau zu verhindern. Wenn auch all die Aktionen kaum jemals ein AKW verhindern konnten, so trugen sie doch zur Entwicklung eines ökonomischen Bewußtsein bei, von dem heute unter Anderen die Grünen profitieren. Gleichfalls thematisieren diese handfesten Auseinandersetzungen die menschenverachtende Staatsstrategie zur Durchsetzung der Atomprojekte und schränkten weitere ein.

Bolzenschneider

Der Begriff - wechseln die Interpretationen so bleibt doch der Sinn.

Ich halte den Streit um die Begrifflichkeit für wichtig.- Folglich gemeint:die Diskussion um die Begriffe Militanz und Widerstand.Sind diese Ersatz für fehlende Ziele? Ich glaube, daß Fehler der Militanz aus der mangelnden diskussion um deren Stellenwert herrühren.Zukünftig sollten wir zumindest den Begriff vom Podest holen und genauer verwenden. "Militante Gegengewalt" halte ich für eine brauchbare Bezeichnung.Ein Begriff,der ein Mittel kennzeichnet. Ein Mittel, zu welchem wir des öfteren gezwungen waren aber gleichfalls bewußt nicht ausgeschlossen bzw. gewählt haben.

Um es noch einmal zu reflektieren, es gibt unterschiedliche Bedingungen für militante Gegengewalt:

In der Stadt geht es zumeist ums demonstrieren, um Schutz der Demo, wenn verboten, also auch der Versuch sie gewaltsam durchzusetzen. Es geht beispielsweise darum, bestimmte Inhalte an die Öffentlichkeit zu tragen. Inhalte deren demonstrieren verboten wird bzw. ist. Siehe z.b. die Hafenstr.demo 86 im Dezember,wo die Auseinandersetzungen um die durchsetzung einer rede vor dem knast gingen.

Weiterhin strotzt es ja nur von Anlässen, um eine bank, einen Konzern oder andere politisch Verantwortliche mit einem Stein hinter der Scheibe daran zu erinnern, daß wir ihre Politik ablehnen.

Stadtdemos und Aktionen, um überhaupt mal etwas Bewegung ins politische Geschehen zu bringen.Nicht zu vergessen die Einsätze staatlicherseits, wo Sprühen, Maskierungen, Transparente mit Festnahmeaktionen verhindert werden sollen. Dagegen richtet sich zumeist die Gegenwehr. In der letzten zeit gehört es eher zur Ausnahme, daß eine Demo oder ein Teil derer, diese nutzen will, um eine verhasste Einrichtung anzugehen, zu sabotieren oder gar kurz und klein zuschlagen.

Ölzeug

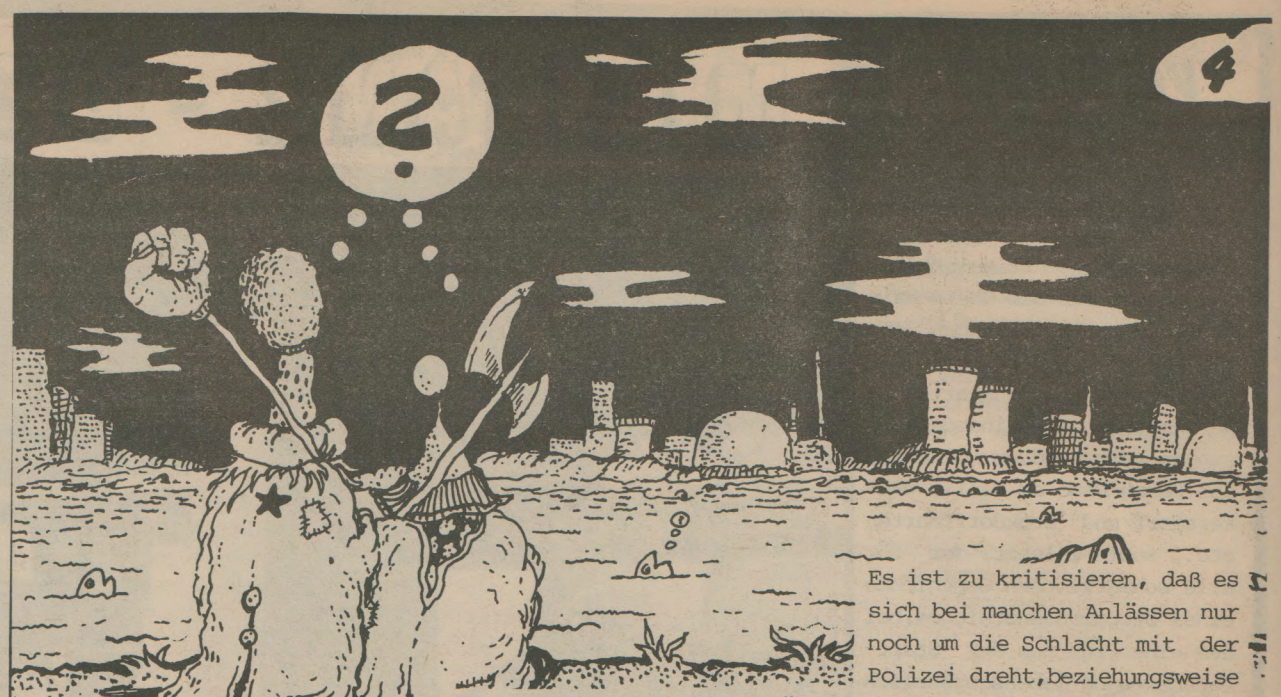
Dagegen hatte die geplante militante Gegengewalt an Bauplätzen gerade diesen Aspekt. Aktionsformen zu praktizieren, um konkrete Zerstörungen am Objekt zu hinterlassen. Oft stand die Auseinandersetzung mit der Polizei dabei im Vordergrund. Bilanziert wurden leider nur die Sachschäden und Verletzten auf beiden Seiten.Die Bullerei als vorgesetzter Bauzaun war das erste Hinderniss und erfüllte somit seine staatliche Funktion.

Passive individuelle Schutzausrüstung, Werkzeug zum Beseitigen der Absperrungen, Sanis, Kuriere, organisierte Versuche, eine bestimmte Aktion zu schützen,die eine größt mögliche Zerstörung anrichtet. Oder Versuche, den Bauplatz zu besetzen, ebenfalls mit dem Ziel, dann bequemer Abbaumaßnahmen durchzuführen. Die Schlacht mit der Polizei war unumgänglich,nicht aber die Umsetzung des eigentlichen Ziels. Auf Grund der weiterentwickelten Polizeistrategien und auch der Grenze zum militärischen Auseinandersetzungen, waren solche Aktionen mit vielen Menschen immer schwerer zu organisieren.

An der Startbahn und in Wackersdorf gab es da eine Weiterentwicklung zwischen Massenmilitanz und Kleingruppenaktionen. Beispielsweise an der Startbahn, wo Hundert und mehr Leute Sabotageaktionen planten und durchführten. Die immer noch andauernden Sonntagsspaziergänge entwickelten sich in manchen Fällen zu konkreten Angriffen auf die Baumaßnahmen.

Mit diesem kurzen Anriß der verschiedensten Situationen der militanten Gegengewalt

Kettensägen



sollen bisher verschlossene Augen geöffnet werden, daß angestrebte Ziel wie z.B. spektakulärer Protest oder gezielte Sabotage nicht nur mit eingeworfenen Scheiben oder andererseits nur mit einigen Tausend Entschlossenen zu machen ist.

Außerdem ist die Kritik an der manchmal fehlenden Reflektion über den Sinn einer Aktion berechtigt, die für uns oft dann an Wirksamkeit zunimmt, wenn die Schlagzeilen so richtig hetzerisch und blutrünstig, oder die Polizei voller Klagen über ihre angeblich fehlenden Mittel ist. Erscheint zu Allem noch Rebmann und spricht von terroristischen Taten, sowie der zunehmenden Bedrohung durch eben diese Gruppen, scheint der Staat in seinen letzten Zügen zu liegen.

Farbbeutel

Militant kommt nicht von militärisch

Nach dem Duden bedeutet Militanz nichts anderes als kämpferisch. Beispielsweise gelten in Ländern wie Spanien alle Mitstreiter/innen einer radikalen Organisation als Militante. Egal ob Sekretär oder Straßenkämpferin; das heißt zwar, daß dort dieser Begriff weniger das Problem ist, aber leider Hierachien, Machtstrukturen, Wertungen und Mann-Frau-Probleme nicht weniger existent sind.

Wir werden über den Begriff definiert. Begriffe wie politische Militanz, autonome Politik, sind genaugenommen unausgefüllt, stecken in Plenen, Perspektivdiskussionen und anderen Gesprächen.

Sicher gab es für viele von uns nachvollziehbare Momente und Tage des Widerstandes, an denen alleine das Sich-Wehren hauptsächlich gegen die Bullerei ein befreiendes Gefühl beeinhaltete. Wo sich Tausende in dem gemeinsamen Widerstand näher kamen, die Trennung zwischen Chaoten und Bürgern aufgehoben war, gerade auch weil die Polizei zurückgeschlagen wurde. Weil es für jede/n selber ein ganz anderes Gefühl ist, die Dinge nicht läger hinzunehmen, nicht die Ohnmacht zu ertragen, sondern einfach der Wut in Form eines Steines freien Lauf zu lassen. Da gab es 'ne Menge persönliche starke Erfahrungen, und es sind teilweise handlungsfähige Strukturen, die über Kleingruppen hinausgehen, entstanden.

Es ist zu kritisieren, daß es sich bei manchen Anlässen nur noch um die Schlacht mit der Polizei dreht,beziehungsweise um den größtmöglichen Sachschaden und das solange wie mögliche Rauslassen der eigenen Wut. Solche Geschehen sind ein Ausdruck der Nicht-Organisierung sowie von gewisser Hoffnungslosigkeit, durchaus zu verstehen, aber deswegen noch lange nicht o.K.

Natürlich hat der herrschende Machtapparat, seine Günstlinge in Presse und Rundfunk, ein Interesse daran, radikale Oppositionen auf deren Ausdrucksformen, besonders die gewalttätigen,zu reduzieren. Ob es dabei belibt, ist auch unsere Sache.

Leute, die sich bei Demos die Kappe überziehen, bezeichnen sich als Autonome, oft eben nur wegen des militanten Auftreten. Diese Art der Erklärung definiert sich nur in der Abgrenzung zum Mittel der Gewaltlosigkeit. Ein Mittel des politschen Kampfes wird so leicht zum Ersatz für eine fehlende Identität.

Wenn wir es selber auf unsere Fahnen schreiben, werden wir daran auch gemessen!

Wir sollten den Maßstab an uns selber höher stecken, Tabus druchbrechen.Eine wirklich verändernde Bewegung muß selber zur Veränderung fähig sein und kann so eine Anziehungskraft haben. Auch für uns selber!!!

WACKERSDORF UND HANAU

Im Folgenden versuchen wir eine Einschätzung von zwei der wichtigen (bekannten) Großaktionen im vergangenen Jahr. Wir wollen beurteilen, wieso diese Demonstrationen "erfolgreich" waren, aus welcher politischen Situation sie entstanden sind, und wie sich durch Reaktion darauf Diskussionen und Bewußtsein verändert haben.

Wackersdorf - fight back.

In der Vorphase des Pfingstcamps in Wackersdorf hatte es zwei Aufrufe gegeben, die beide,von gewaltfreier Aktion und süddeutschem Autonomenplenum, letztlich die Diskussionen/Informationsveranstaltungen in den Vordergrund stellten. Im Autonomenaufruf war vom Kennenlernen der Infrastrukturen und Aktionen gegen diese am letzen Tag die Rede. Verarbeitet waren dabei die Erfahrungen von Ostern in Wackersdorf, wo es zu keiner vorbereiteten, organisierten Massenmilitanz kam und das Zeltlager abgeräumt worden war. Von vorneherein blieb der Aufruf vom Bauzaun der WAA wegorientiert und diffus. Im Gegenteil dazu stand die Bauzaunfixiertheit der Szene, die sich nach den Erfahrungen von Ostern auf Sabotage des Sicherheitszaunes vorbereitete. Dahinter stand kein diskutiertes Konzept, sondern eher ein Ausweichen vor Diskussionen der politischen Vermittlung der Militanz. (siehe Wildcat Nr 39)
Durch Tschernobyl und die darauffolgen den Reaktionen veränderte sich die Bedeutung von Pfingsten schlagartig. Die Herrschenden waren durch Tschernobyl und die Demonstrationen in Legitimationszwänge gestürtzt; jedoch entstanden die ersten Demonstrationen aus (berechtigter) Betroffenheit und moralischer Anklage, die leicht davon trennbar war, daß Tschernobyl keine Naturkatastrophe, sondern die Folge einer Technologie. Wackersdorf holte das Verdrängte ins Bewußtsein zurück: keine herrschenden Verhältnisse,sondern Verhältnisse von Herrschaft sind Ursache des "Unfalls" von Tschernobyl.Wackersdorf drükkte die Wut aus, daß es gelingen kann, uns aus Gründen des Überlebenwollens an ihre irrationale Herrschaft zu ketten, die Strahlenwerte der Nahrung, der Wiesen und des Wassers zu akzeptieren, sich an sie anzupassen. Die Zwänge treten als quasi "natürliche" auf,die Herrschaft verschleiern und unsichtbar(unangreifbar) machen, wie die radioaktiven Isotope selbst. Die Militanz brachte die Verhältnisse in Wackersdorf auf ihren Punkt:
die Herrschaft wurde sinnlich erfahrbar, die Atomprojekte als technologische sichtbar. Die militante Provokation war in erster Linie kein militärischer Erfolg, wenn auch ohne ihn nicht möglich, sondern ein politischer Umsturz der Berechtigung repressiver Herrschaft, die mit Sichtbarwerdung ihrer Gewalt gleichzeitig als Methode des Umsturzes Gegengewalt legitimierte.
Daß über das eigentliche Konzept der Veranstalter des Pfingstcamps hinausgegangen, oder besser das Programm ignoriert wurde, war hier richtig. Das Bedürfnis war, den Herrschenden zu beweisen, daß sich die Verhältnisse nicht normalisieren lassen, daß die Bereitschaft vorhanden ist, mit Energie die Zwänge zu Disziplin, Gehorsam, nützlicher Leistung, Selbstkontrolle und Nationalismus zu zerstören. Eine der gefährlichsten Niederlagen ist es, daß sie auf längere Sicht am Bauzaun von Wackersdorf Menschen verloren haben. Eine Begrenzung der politischen Niederlage war selbst mit den Mitteln der "verbrannten Erde" nicht möglich, weil (1) eine Entmischung von Bürgern und Militanten nicht möglich, und (2) selbst bei dem militärischen Erfolg die politische Niederlage verstärkt worden wäre. Nur das Nicht-Handeln, die gewaltfreie Ohnmachtsgeste, wäre die symbolische Kapitulation gewesen. Eingrenzend ist die Situation von Pfingsten/WAA nicht unvermittelt wiederhol- und verallgemeinerbar. Pfingsten-/WAA war auch ein Ergebnis der Aktionen und Erfahrungen der Anti- WAA- Bewegung seit 1982 gewesen: nirgends sonst war zu diesem Zeitpunkt eine solche "Schlacht" möglich.

Befriedungsversuche.

Bis November 1986 hatte sich die politische Außen- (und Innen-) situation für die autonome Bewegung erheblich verändert. Anders als im Mai war es nicht primär zwingend, den Herrschaftscharakter, der sich in den Atomanlagen als Teil der technologischen Modernisierung des Kapitals darstellt, sinnlich erfahrbar zu machen. Durch die Kohlrabi und Milchtüten, die an den Rathäusern zerschellten, und besonders durch die militanten Kämpfe in Wackersdorf war die Natürlichkeit und Normalität der Herrschaft zerrissen; jedoch beeilte sich die herrschende Klasse mit der Rekonstruktion. Die Dialektik der Mai-Militanz war nur einem kleinen Teil der Menschen bewußt geworden.
Nach dem 7. 6. (Brokdorf und Wackersdorf) und den enttäuschten Erwartungen der Grünen durch die Niedersachsenwahl, benutzten die staatsloyalistischen Kräfte (Realos) die Gewaltfrage, um ihre Position gegenüber dem bewegungsintegrativen Teil (Fundis) zu stärken, und damit einen Stategiewechsel gegenüber der autonomen Bewegung einzuleiten: Vom Funktionalisieren bei Wahlen/ Integrationsfähigkeit zur Spaltung und Isolierung der autonomen Bewegung. Diese Spaltungsstrategie durch Realos und denjenigen, die den gewaltfreien Teil der Bewegung nach der Spaltung okkupieren wollten (Kelly und Bastian) scheiterte vorläufig an der geschlossenen Reaktion von Aktionskonferenz, Atommüllkonferenz, Atom und Radi-aktiv auf die Gewaltdebatte und den "offenen Brief". Gleichzeitig wurde eine Sabotage/ Mastfällkampagne begonnen . Juristisch und politisch reagierte der Staat auf das Scheitern der Integrations- und Spaltungsstrategien und auf massenweise Sabotage mit der Vorbereitung von Massenkriminalisierung. Durch Häuserräumungen, Polizeikessel, Hausdurchsuchungen und die Einführung von Antiterrorgesetzen, Ausdehnung der Fahndung, soll die militante Szene und die autonomen Bewegungen verunsichert und erfaßt werden. Gleichzeitig können verstärkte Repressionsmaßnahmen zur Einschränkung politischer Ziele und abhängiger Verbindungen mit reformistischen Kräften,zur Konzentration auf die Diskussion der "Rechtsstaatlichkeit" des Repressionsstaates führen.

Hanau- die Stillegung der herrschenden Klasse.

In der geschilderten Situation und in deren Vorwegnahme entstand die Idee der Hanau-Demo. Auf der Frankfurter Aktionskonferenz wurde der Antrag zu einer Großaktion in Hanau (gestellt von der Lüneburger Atomredaktion) verabschiedet, in dem der Versuch des Bündnisses mit Anti-Kriegs/ Solidaritäts/ Nach-Tschernobyl- Initiativen, die Initiative gegen die staatsloyalistischen Grünen/ spd/ BUND und die Festlegung auf "Gewaltfreie" Aktionsformen gefordert wurden. Die Wahl desDemonstrationsortes Hanau trug zur Paralyse der Grünen bei, die durch die Machtbeteiligung in Hessen eigene Politik in Frage stellen mußten, gleichzeitig den Koalitionspartner spd angreifen und den Anschluß an die Bewegung nicht verlieren wollten. Das KOFAZ/DKP/spd-Spektrum erkannte die politische Gefährlichkeit der Demonstration sofort,bedeutete sie doch Radikalisierung über die ökonomischen und militärischen Ursachen des Atomprogramms,der imperialistischen Politik der BRD und Benennung der Rolle der spd, außerdem keine Unterwerfung unter das Gewaltmonopol von Staat, Nato und Kapital.Das Kippen des SWAPO-Redebeitrags (die SWAPO ist finanziell von der sozialistischen Internationalen/spd abhängig) durch anonyme Anrufe und Druck, die Opposition vom KOFAZ/DKP gegen den Aufruf zur Hanau-Demo im Koordinierungsausschuß der Peace-Bewegung un gezielte Desinformation waren die Gegenmaßnahmen dieses Spektrums. Die Grünen (Hessen) unterschrieben den Aufruf wegen Angriffen auf die spd nicht, versuchten die Bewegung vergeblivh auf einen legalistischen Kurs zu drängen. Im Laufe des Herbstes entwickelte sich die Auseinandersetzung um die Spaltungsversuche zu einem entscheidenden Thema, dem offensiv begegnet werden sollte.

Politische Militanz- das Warum.

Im vorneherein stand fest, daß "die Hanauer Betriebe nicht in eine Wiese verwandelt werden können" (Thesenpapier vom regionalen Treffen) und jede weitergehende militante Aktion durch die Gefährlichkeit der Betriebe, der Lage zwischen Autobahnen und Kasernen, die Demonstration materiell gefährden. Auf jeden Fall sollten der Lautsprecherwagen, die Transparente und die gesamte Demonstration militant verteidigt werden. Die Strategie war also gleichzeitig auf Abwehr der ideologischen und repressiven Angriffe der politischen Gegener und des Staates und der offensiven politischen Initiative für die Autonomie der Bewegung angelegt. Schon vor der Demonstration gab es auf Autonomenplenen Diskussionen um die

im Aufruf und mit den Bündnispartnern vereinbarte Bestimmung der Militanz auf Verteidigung der Demonstration und um die politische Militanz. Trotz einiger Kritik konnte sich auf die getroffenen Vereinbarungen geeinigt werden. Diese Auseinandersetzung und deren Ergebnis erreichte einen Teil der Autonomen nicht; von "da geht die Post ab" bis zu "Absprachen mit den Bullen" schwirrten Gerüchte in der Szene. So kam es auf der Demonstration selbst zu sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen: symbolische Militanz durch eine Riesenbonbonschleuder bis zu den bekannten "falschen Scherben" in der Hanauer Innenstadt(Samenhandlung, Jeansladen, Aldi). Insgesamt wurden alle militanten Aktionen während der Demonstration geschützt.

Burn, Babylon, burn- soziale Revolution oder wat?

Die Hanauer Demonstration legte produktiv die Widersprüche in der autonomen Bewegung frei: während die Einschätzung zu Wackersdorf in der unterschiedlichen Gewichtung der Bedeutung und der eigenen Stärke auseinander gingen, deckte die Hanau- Demonstration die unterschiedlichen Auffassungen von Militanz auf. Es stellte sich die Frage nach der Motivation zur Militanz: Ist die Veränderung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse nur strategisch, d.h.mit Zeitperspektive organisiert und zielgerichtet, d.h. diszipliniert möglich, oder stellt sich für viele die Frage nach sozialer Revolution nicht? Zweifellos waren die Organisierten, aber nicht nur die, die Gewinner der Hanau- Demo; Das beweisen schon die internen Reaktionen der Gegner (Kritik auf Polizei- Führungstagungen, Gegenmaßnahmen von SPD/ DKP)!

Die Strategie, Militanz als Bestandteil der Bewegung und integriert in die Gesamtdemo offensiv zu vertreten, war relativ gelungen.

Jedoch kann dieser Erfolg nicht die Widersprüche der Begrifflichkeiten überdecken: Disziplinierung ist fast untrennbar mit Gehorsam und Hirarchie verknüpft,die langfristige Zeitperspektive hat Ähnlichkeit mit dem Vertrösten auf die bessere Zukunft/ "die Revolution". Die Begriffe stehen quer zur antiautoritären Revolte, die nicht gehorsam ist und nicht vertröstet werden will. Im Vorwurf des linken Spießers an Autonome wird laut, daß die Leistung mit der die leistungsfetischisierte Gesellschaft zerstört werden soll, als revolutionäre neu bestimmt werden muß und weder blinden Gehorsam noch Hirarchien beinhalten darf. Dies stzt jedoch voraus, daß die eigenen Bedürfnisse als von der Gesellschaft mit hergestellte erkannt sind. Die militante Zerstörung von Herrschaftssymbolen (Fahnen, Mercedessternen, u.a.) meint Befreiung von einer Gesellschaft, die Lustverzicht, Gehorsam, Leistung und Disziplin verlangt Selbstbefreiung ist ohne die Befreiung von allgemeiner Herrschaft, als revolutionäre Veränderungen nicht möglich. Diese sind jedoch nur durch die Selbstbefreiung, durch die Bedürfnisse nach Freiheit hindurch möglich. Unter den bestehenden Verhältnissen muß die kollektive Aktion, Diskussion und Selbstkritik diese Spannung und Widersprüchlichkeit aushalten.

"Es galt zu lernen, auf zwei Ebenen zu denken und zu handeln: das "Sofort" und das "ohne Umweg" zu instrumentalisieren, das eigene Bewußtsein aber von der Identifikation mit ihm zu lösen." (Peter Brückner) Das heißt, die "sofortige Stillegung der herrschenden Klasse zuwollen und zu wissen, daß dieses "Sofort" nich einlösbar ist, der Wirklichkeit nicht standhält, gleichzeitig die Forderung als Instrument zur Veränderung der Realität revolutionär und militant zu benutzen: "Das was ist, kann nicht wahr sein." (Ernst Bloch)

Die Militanz als Provokation und Methode zeigt ihren Doppelcharakter: Gegenmacht (Organisiertheit), die in Gefahr steht, sich der Macht anzugleichen und Selbstbefreiung, die in Gefahr ist zum Selbstzweck, zur egoistischen Befriedigung zu werden- also Annäherung an die Gewalt des Staates/ der Herrschenden, und individuellem Terror und Konkurrenz

Nur als dialektische, sich verneinende, aufeinander bezogene Einheit mit dem Ziel der Aufhebung von Gewalt, kann Militanz beiden Gefahren entgehen. Eine repressive Gesellschaft, die auf struktureller, manipulativer, und institutionalisierter (d.h. kontrolliert und normiert, z.B. in der Familie als Institution) Gewalt beruht, ihre Interessen in unsere Köpfe und Herzen eingesetzt hat, jede politische Gegenmacht liquidieren und zur Selbstzerstörung bringen will, kommt uns darin nicht entgegen.

Für mich stellt sich jedoch auch die Frage, inwiefern sich Teile der Militanten von dem erkennbar befreienden Charakter der Militanz (als Provokation/Gegengewalt) entfernen. Wie sonst wären manche "Fehler" zu erklären?

Verantwortung auf Demos, was geht uns das an?

Veran geht

twortung auf Dem uns das an?

Verantwortung auf Demos, was geht uns das an?

Gerade im letzten Jahr hat sich eine militante Praxis ausgeweitet, viele Leute sehen die Notwendigkeit und Richtigkeit von militanten Demonstrationen und Aktionen, und haben Lust und Interesse solche Aktionen auch durchzuführen. Die Ausweitung der militanten Praxis steht in keinem Zusammenhang mit der gleichzeitig notwendigen Auseinandersetzung über das Miteinanderumgehen und die Verantwortlichkeit. Fehler, die immer wieder gemacht werden, liegen weniger im Nichtwissen der technischen Fähigkeiten, sondern vielmehr am Umgehen miteinander, an der relativen Schwäche der Strukturen (Zusammenhänge).

Im Rahmen des Schwerpunktthemas wollen wir darauf eingehen. Wir können keine Patentrezepte liefern, keine allumfassenden Aussagen machen. Wir wollen die Diskussion über Umgehen und Verantwortung in militanten Aktionen (auf Demos) genauer, und sehen diesen Beitrag als den Anfang einer Debatte. Wir beginnen diese Auseinandersetzung anhand unserer eigenen Erfahrungen, an speziellen Beispielen, die wir selbst erlebt haben.

Bei uns hat sich eine Verantwortlichkeit so entwickelt, daß wir uns vor einer Demo überlegen mit wem wir zusammen dort hingehen und was wir zusammen dort wollen. Erstmal klären wir, daß wir in der Kleingruppe so lang wie möglich zusammen bleiben und in einer Kette gehen, um uns allen eine Sicherheit zu geben. Denn Angst hat jede/jeder, es geht jede/jeder anders damit um. Wir versuchen wenigstens vorher schon über diese Ängste zu reden und .damit offen umzugehen. Diese Art der Vertrauensbildung schafft die Grundlage für die Überwindung von Ängsten bei uns. Dadurch schaffen wir uns eine Fähigkeit über unseren Schatten zu springen und uns neue Formen von Militanz zu eröffnen, die die Bedürfnisse der/des Einzelnen berücksichtigen. Auch deshalb, um Allen die Chance zu geben an der Demo teilnehmen zu können, wenigstens bis zu einer bestimmten Phase, die sich an der diskutierten Entscheidung der/des Einzelnen orientiert. Demoteilnahme ist nicht eine individuelle Frage des Mutes.

Können wir in der Kleingruppe in einer bestimmten Phase der Eskalation nicht mehr zusammen bleiben, haben wir schon vorher festgelegt, welche Zweier-oder Dreier-Grüppchen sich weiter zusammentun. Dies sind meist Leute, die sich lange kennen, einige Erfahrung zusammen haben und eine gewisse Vertrauensbasis schon besteht. Die Grüppchen entscheiden dann, wie sie sich weiterhin zur Demo verhalten. Weil diese Dinge schon vorher abgeklärt wurden, entstehen auch nicht die dummen Gefühle von "Was ihr geht schon" oder, daß sich manche allein gelassen fühlen, und /oder sich auf einmal in eine Situation gedrängt fühlen, die sie nicht verkraften , mit der sie nicht umgehen können, sich (noch) nicht entschieden haben. Darüber verhindern wir auch ätzende oder wenig taugliche Diskussionen, oder Abcheckereien, in Situationen wo es vielleicht notwendig ist schnell zu handeln oder zu entscheiden. Das ist auch nützlich für die Demo selbst, weil chaotische Momente entfallen.

Wenn wir sagen, daß Militanz für uns bedeutet durch eigens beispielhaftes, solidarisches Verhalten, das Vertrauen gerade derer zu gewinnen, die sich militantes Vorgehen (noch) nicht zutrauen, dann meinen wir genau eine solche Auseinandersetzungsform.

Verantwortung haben wir aber nicht nur gegenüber den leuten mit denen wir zusammen auf eine Demo gehen, sondern auch gegenüber den Anderen und gegenüber dem politischen Ziel der Demo.

Die Schwierigkeit dabei ist offensichtlich. Die Lebenszusammenhänge unter uns, in den einzelnen Gruppen, Städten sind vorhanden, aber oft nicht intensiv genug oder zu unterschiedlich, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Eine Grundlage wie sie oben schon beschrieben wurde. Trotzdem besteht die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung. Wenn sie schon nicht in größeren Plenen Raum findet, dann sollte (muß) das eben in den einzelnen Zusammenhägen geschehen. Unter anderem deshalb, um das politische Ziel einer Demo durchsetzen zu können.

Die Demo in Hanau am 8.11. wurde von uns Autonomen so angelegt, daß sie zu einem starken politischen Ausdruck wird. In verschiedenen Vorbereitungstreffen haben wir uns auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt. Dazu gehörte, daß am Gelände von Nukem/Alkem aus politischen und taktischen Gründen keine militanten Aktionen laufen sollten. Irgendwelche Aktionen hätten die gesamte Demo, die Kundgebung an diesem ort gefährdet. Nach dem die Bullen während der Kundgebung mit ihrer Litanei von "Gewalttätigkeiten-nicht-hinnehmen" anfingen, sahen einige von uns sich provoziert, und die Wut auf die Atomfabrik und die Bullen äußerte sich sofort, indem etliche Sachen gegen das Gebäude flogen.

Trotz der vorherigen Absprache haben wir uns in dem Moment nicht daran gehalten und an den Auseinandersetzungen mitgemischt. Wir ließen hier nicht gerade viel Verantwortung spüren. Diese Erfahrung ist auch entstanden während den G.Sare-Demos im Herbst 1985, durch die Diskrepanz zwischen unserer Wut, unserem Anspruch und unserer Angst.

Gerade durch diese Diskrepanz entstehen die Situationen, wo wir den Stein in der Hand haben, die Bullen auf uns zukommen sehen und werfen, gar nicht mehr genau sehen wohin eigentlich, und nicht mehr darauf achten, daß zwischen uns und den Bullen z.B. noch eigene Leute stehen.

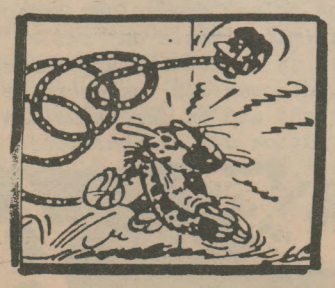
Durch unsere (nicht straffe) Organisationsform, und vor allem in spontaner Militanz sind Fehler nicht auszuschliessen. ES geht darum, unter uns eine Atmosphäre zu schaffen, die es möglich amcht über Ängste zu reden , sich zu akzeptieren, Fehler zuzugeben, darüber zu reden, sie auf ein Mindestmaß zu reduzieren und aus ihnen zu lernen. Dies wäre ein Teil unserer Organisierung von Zusammenhängen.

Aufruhr mit Verstand

I. Überfällige Diskussionen um Militanz.

Regelmäßig nach militanten Aktionen oder Demos gibt es in Bildzeitung und ähnlichen Blättern eine riesige Hetzberichterstattung; dort wird uns oft eine Stärke beigemessen, von der wir froh sein könnten, wenn wir sie real auch hätten. Die Chaoten und die sinnlose Gewalt sind dann zusammengehörige Begrifflichkeiten, die sich als "blutroter" Faden durch die meisten Artikel durchziehen.

Aber nicht nur Rechte und Bürgerliche stürzen sich auf solche Schlagzeilen. Auch wir fahren ab auf solche Bilder und das Ausmaß an Zerstörungswut, das dort aufgezeigt wird; natürlich eher als positive Bestätigung so nach dem Motto: ...na da war'n wir wieder gut." So eine Einteilung (Autonome= sinnlose Gewalt) der bürgerlichen Presse hat natürlich ihre Funktion; diese kann sie aber um so mehr erfüllen,weil wir zu schwache Strukturen haben, um dem etwas entgegenzusetzen und es unter uns wenig Diskussionen um die Bedeutung von Militanz für unsere Politik gibt. Außer der grunsätzlichen Übereinstimmung, daß die Anwendung revolutionärer Gegengewaltmittel notwendig ist, um das System zum Kippen zu bringen, gibt es doch unterschiedliche Einschätzungen, welchen Stellenwert und welche Formen das dann haben soll. Falsch wird es für mich da, wo Leute Militanz als Ausdruck oder sogar Inhalt schlechthin begreifen und diese darüber nicht mehr Mittel zur Durchsetzung, sondern Selbstzweck wird. So eine Überbewertung kann leicht zu politischen Fehleinschätzungen führen. Wenn z.B. die erfreuliche Zunahme von militanten Aktionen allein als Maßstab für die Stärke autonomer Politik genommen wird. Dabei fällt dann eine eher gegenläufige Tendenz raus, die aber eine mindestens genausogroße Gewichtung haben müßte: Der Zunahme von Aktionen steht momentan eine Abnahme von politischer Organisierung gegenüber: Plenen lösen sich immer wieder auf, Leute ziehen sich aus Zusammenhängen raus usw.



II. Bemerkungen über die Situation der Autonomen.

Eine Ursache für Überbewertung von Militanz liegt sicher in der Einschätzung der Perspektiven autonomer Politik. Eine realistische Beurteilung läßt da zur Zeit nur gemäßigten Optimismus zu. Es zeigt sich, daß sich ein "verwegener" Rest aus den Hochzeiten der Bewegung festsetzt, der (noch?) nicht soweit ist sich rauszuziehen. Es kommen auch noch neue Leute dazu, aber große Hoffnungen auf Ausweitung sind momentan getrübt. Die Ansätze verwirklichter Utopie (und "befreiter Gebiete"), wie es vielleicht 8o/81 besetzte Häuser waren, sind auch erstmal nicht sichtbar. In so einer Situation ist die Gefahr natürlich groß, sich eher am Feind zu orientieren, als am zur Zeit scheinbar nicht einlösbaren Anspruch auf soziale Ausweitung; d.h. unsere Politik mehr an der Höhe des Sachschadens zu orientieren, als daran, wie wir mehr werden. Dabei vergessen wir aber, daß es für das System kein Problem ist, materielle Verluste auszugleichen, sondern das,wo dazu der passive Konsens massenhaft aufgekündigt wird.

Die Organisierung in Kleingruppen ist da sicher einer der wenigen Lichtblicke; allerdings ist sie ja nicht nur ein Zeichen einer guten Strategie, sondern sicher auch beeinflußt davon, daß Bereiche, offen massenmilitant zu agieren, immer mehr eingeschränkt werden (d.h. aber, daß, Spielräume öffentlich unsere Politik zu vertreten, damit auch zunehmend weniger werden). Ehrlich damit umzugehen, sich und anderen dies auch zuzugestehen, anstatt aus einer relativen Schwäche ganz einfach ne Stärke zu formulieren, ist sicher Voraussetzung dafür, wieder mehr Leute für uns gewinnen zu können.

III. Häufige Bauchschmerzen und Überlegungen für gute militante Demos.

Wenn ich mich an die letzten gelaufenen Demos erinnere, die durch militante Aktionen bestimmt oder mitbestimmt waren, sind da Sachen gewesen, die halt immer wieder vorkommen, aber sicher keine gute Propaganda für uns sind: Leute werfen aus der 10. Reihe und treffen Menschen aus der Demo, anstatt die angepeilte Bankscheibe oder Bullenreihe.

Es wird in Situationen geworfen (und damit eskaliert), die vollkommen unübersichtlich und damit nicht einschätzbar sind.

Scheiben von kleinen Geschäften, Ampeln oder ähnliche Sachen werden zerstört.

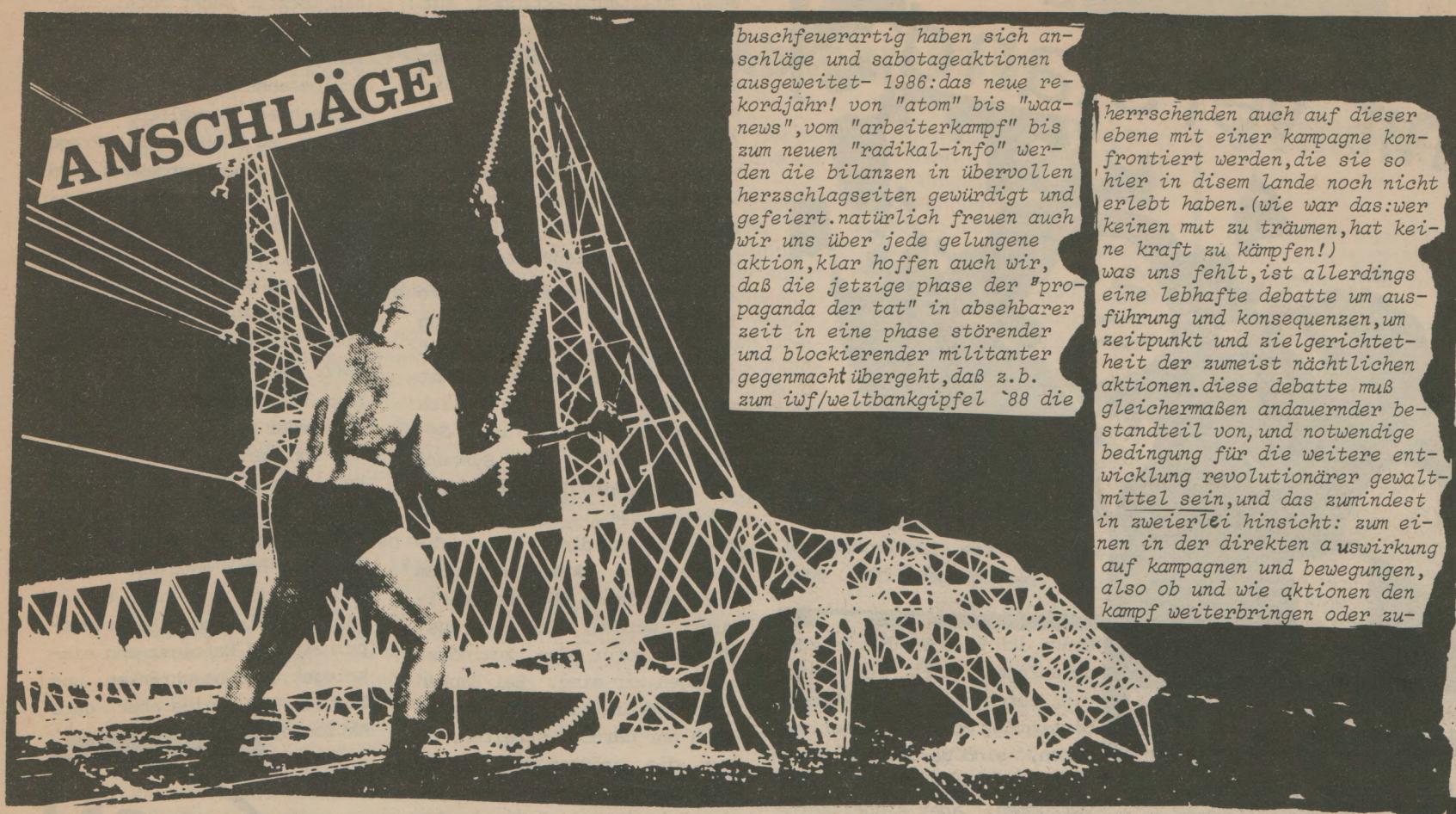
Oder ein Beispiel, das im Arbeiterkampf 275 S. 33 diskutiert und (nach meiner Meinung) berechtigt kritisiert wird: Durch das Auseinandernehmen einer Bank auf der "Tag- X- Demo" in Hamburg am 7.10.86 konnte eine Kundgebung nicht stattfinden.

Demos politisch offensiv wirken sollen, muß sich das an mehr Kriterien, als an der "Quadratmeterzahl Glasbruch" festmachen lassen. Offensiv wirken können sie nur dann, wenn sie das Ziel der Demo unterstützen (wie z.B. auf der Hafenstraßendemo am 20.12.86 in Hamburg, als die beabsichtigte Aufspaltung durch die Bullen militant verhindert wurde) und damit vermitteln, daß es möglich und notwendig ist, die Gewaltförmigkeit des Systems mit Gegengewaltmitteln zu durchbrechen.

Wichtig ist die Zielgerichtetheit von Aktionen, indem nur bestimmte Objekte anvisiert werden, die auch ausdrücken wofür oder zumindest wogegen wir sind. Bei Banken ist dies einfach; kann mensch sich nur darüber streiten, ob nur die größten drei (weil sie garantiert direkt in jeder Schweinerei stecken) oder aber schon jede poplige Sparkasse Sinnbild des verhassten kapitalistischen Systems sind. Wenn der Aldi geplündert wird, zeigt das aber nur dann etwas auf,wenn Kaffee an Leute am Rand der Demo (oder in den Häusern) umverteilt wird und nicht der Alk in der Demo. Absurd wird es dann bei zerstörten Ampeln oder kleinen Geschäften (selbst wenn diese ein gewissen Luxus in den Auslagen haben.) Zielgerichtetheit erschwert es der Gegenseite unsere Aktionen als unpolitisch zu denunzieren und verringert den Abstand zu den Menschen, die in Punkten andere politische Einschätzungen haben, aber sonst eher mit uns sympathisieren. Das Alles heißt: die prickelnde Lust auf klirrende Scheiben nur an geeigneten Zielen auszuleben und nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Einschätzung der Stärke des Bullenapparates und der Entschlossenheit von uns einem Rückschlag desselben standhalten zu können. Die Frage des taktischen Vorgehens wird bei uns zu wenig überlegt; wenn Sachen für 'ne Demo geplant sind, die Ausführung von so einer Kräfteeinschätzung abhängig zu machen und nicht Aktionen durchzuziehen nach dem Motto jetzt oder nie. Wir müssen Aktionen auch zu jeder Zeit abbrechen können und vermitteln eine Stärke, wenn die Bullen eben nicht einfach Leute aus der Demo rausgreifen können,nachdem eine Bank entglast wurde. Lassen wir uns nicht vom kapitalistischen Leistungsprinzip und Erfolgszwang einkriegen und beschränken uns lieber auf wenige aber gute Aktionen.

ANSCHLÄGE

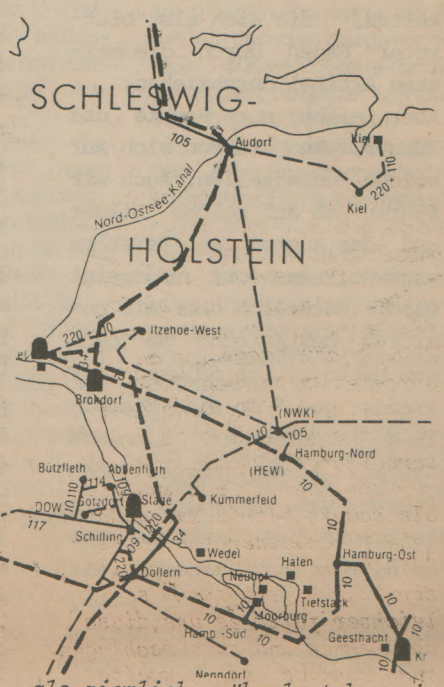


buschfeuerartig haben sich anschläge und sabotageaktionen ausgeweitet- 1986:das neue rekordjahr! von "atom" bis "waanews",vom "arbeiterkampf" bis zum neuen "radikal-info" werden die bilanzen in übervollen herzschlagseiten gewürdigt und gefeiert.natürlich freuen auch wir uns über jede gelungene aktion,klar hoffen auch wir, daß die jetzige phase der "propaganda der tat" in absehbarer zeit in eine phase störender und blockierender militanter gegenmacht übergeht,daß z.b. zum iwf/weltbankgipfel `88 die herrschenden auch auf dieser ebene mit einer kampagne konfrontiert werden,die sie so hier in disem lande noch nicht erlebt haben.(wie war das:wer keinen mut zu träumen,hat keine kraft zu kämpfen!)
was uns fehlt,ist allerdings eine lebhafte debatte um ausführung und konsequenzen,um zeitpunkt und zielgerichtetheit der zumeist nächtlichen aktionen.diese debatte muß gleichermaßen andauernder bestandteil von,und notwendige bedingung für die weitere entwicklung revolutionärer gewaltmittel sein,und das zumindest in zweierlei hinsicht: zum einen in der direkten auswirkung auf kampagnen und bewegungen, also ob und wie aktionen den kampf weiterbringen oder zurückwerfen,wie weit sie vermittelt sind und aufgegriffen werden.und letzteres schlägt die brücke zum zweiten punkt:nämlich inwieweit sich die kleingruppenorganisierung stabilisiert (und weiter ausbreitet), daß sich vielfach spontanes und reaktives handeln zu kontinuierlicher radikaler praxis verfestigt.
im folgenden soll weniger das "genaue vorgehen und verantwortliche umgehen in der aktion" thematisiert werden.vielmehr sollen fragen um die zielgerichtetheit im mittelpunkt stehen, die wir gerade an den nachher genannten beispielen absolut unangemessen diskutiert sehen. sprachlose zustimmung wechselt hier mit sprachloser ablehnung, von lebhafter debatte ist nichts zu spüren.dieses fragment ist insofern als aufforderung zum streit zu verstehen.

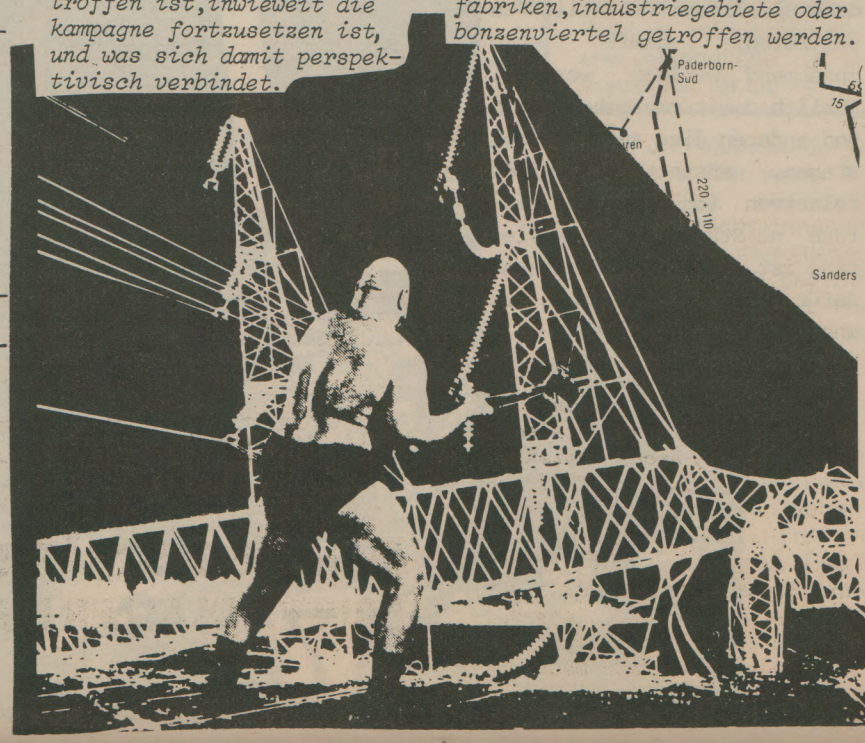
sabotage an militärischen einrichtungen,an konzernen und banken,an juristisch/polizeilichen objekten,in datenzentralen,planungsfilialen und forschungsinstituten ... finden zweifellos eine zunehmend breitere akzeptanz.allein hier gilt: je höher der sachschaden, desto besser,denn die zielgerichtetheit spricht in aller regel für sich.
in der anschlagseuphorie haben allerdings auch ungezielte bis völlig blinde aktionen in "unseren hitlisten" einen platz gefunden.so feiern die "waanews" auf ihrer titelseite einen umgesägten holzstrommasten, unter den herzschlägen derselben ausgabe taucht gar eine "paketbombe an hertie-explodierte im paketpostamt-200000 dm im eimer"(!)-als erfolgsmeldung auf.eine hauptsache-es-kracht-mentalität scheint sich hier einzuschleichen,ohne daß sich- und das ist das schlimmste- noch irgendwer darüber aufregt oder wenigstens sichtbar darum gestritten wird.
die theoretische maßgabe,daß "sich unsere aktionen immer klar von denen der bullen/faschos unterscheiden lassen müssen",ist so richtig,wie sie platt ist.sie hilft uns nicht weiter.umgekehrt heißt schweigen (z.b. zu obigen beispielen) zulassen; mit der gefahr,daß sich gegen die alltägliche imperialistische zerstörung eine ungezielte und verrohte gegengewalt breitmacht und in den vordergrund rückt.wir behaupten nicht, daß klare und scharfe grenzlinien gezogen werden können, nach denen aktionen immer eindeutig als "links",unüberlegt aktionistisch","unpolitisch", "rechts"... einzuordnen sind. kriterien können sich sehr wohl verändern,sie sind von uns ständig neu zu bestimmen, in der konkreten praxis,in der aktuellen situation.
um kriterien der zielgerichtetheit soll es denn auch im folgenden gehen,festgemacht an konkreten und aktuellen beispielen,die untereinander starke parallelen aufweisen:
- zum fällen von strommasten
- zu aktionen gegen die bundesbahn.
aktionen in diesen zwei bereichen sind vom staatsschutz sicherheitstechnisch kaum beizukommen.anders als an immer perfekter abgesicherten "neuralgischen punkten" läßt sich sabotage fast unbegrenzt ausweiten.das alleine kann allerdings kein kriterium sein.vielmehr verbinden sich damit chancen und probleme zugleich.
denn anders als bei obengenannten vermittelten angriffszielen treffen diese aktionen eine vor allem zivile infrastruktur und ökonomische projekte, die weithin als"gemeinnützig" anerkannte sind.selbst in oppositionellen kreisen wird deren funktion nicht als "aggressive",imperialistische begriffen, als angriffsziele sind sie wenig bis gar nicht vermittelt. um so dringender ist die intesive diskussion,die fragen um möglichkeiten,grenzen und fehler in dïsen "problembereichen zu thematisieren.
ausgangspunkt der folgenden einschätzung ist ein in allen beiden bereichen nötiges und mögliches verantwortliches umgehen;zugespitzt formuliert: die perfekte ausführung.auch wenn es erstmal für die radikale linke hier spricht,daß trotz der stark ausgeweiteten aktivitäten in den letzten jahren keine unbeteiligten zu ernsthaften körperlichen schäden gekommen sind,wissen wir doch um die vielen fehler,leichtsinnigkeiten und (un-)glücksfälle.technische fragen,die da hineingehören, sollen jedoch nur ganz kurz zu beginn jedes komplexes angerissen werden.sie sind letztlich unabhängig von der inhaltlichen bestimmung zu beantworten.

ZUM FÄLLEN VON STROMMASTEN

grundlage der auseinandersetzung ist also hier,daß die masten berechnend gefällt werden können,ohne unmittelbar menschen zu gefährden; d.h. weder die ausführenden aktivisten noch z.b. zufällig vorbeifahrende autoinsassen, weil der mast über eine straße gefallen ist.
1984 wurde ein strommast in unmittelbarer nähe des noch im bau befindlichen akw-brokdorf gesprengt.die aktion fand ungeteilte zustimmung und trug sicherlich wesentlich dazu bei,an dieser aktionsform verstärkt weiter zuüberlegen.zwar waren schon in früheren jahren einzelne masten umgelegt worden - in der schweiz lief gar eine regelrechte kampagne - durchgesetzt als permanente widerstandsform hatte sich diese aktion jedoch noch nicht. im januar 85 kam es dann zu einem ersten "durchbruch". "hau weg den scheiß" - so nannte sich die ausführende gruppe - war in aller munde. die sprengaktion,die zwei gittermasten kippte und das akw krümmel mehrere wochen stillegte,schlug voll ein. über die unmittelbare nähe zum akw,mit der folgenden zwangsabschaltung hatte die aktion eine breitestvorstellbare vermittlung.trotzdem ist heute neu zu diskutieren, inwieweit ein direktes abschneiden vom zustrom bzw. vom abfließenden strom eine notabschaltung herausfordert, bei der wir auf die funktionsfähigkeit der akw-notsysteme vertrauen müssen.informationen in dies richtung haben sich mittlerweile verdichtet und stellen damit diese zielgerichtetheit - strommasten an laufenden atomanlagen - zunehmend in frage. weniger diese problematik als die "katastrophe von tschernobyl" und die"entdekkung der eisensäge" forcierte ein bisher unbekanntes ausmaß von strommastaktionen im letzten jahr.auf das problem eisensäge (gefährlichkeit contra massensabotagemittel contra leichte anwendung ohne die notwendige inhaltliche auseinandersetzung..) soll hier nicht weiter eingegangen werden.hinterfragt werden soll vielmehr die (heutige) legitimität von aktionen gegen die gesamte stromversorgungsinfrastruktur,sozusagen gegen jeden beliebigen masten. wir unterstellen mal,daß die ausweitung der mastaktionen vielfach eine eher spontane antwort auf tschernobyl war. jetzt mußte was gemacht werden,mit radikalem ausdruck und doch relativ leicht durchführbar.die masten boten sich an,verbanden sich damit doch die elektrizitätsversorgungsunternehmen(evu`s),die ja die akws betreiben,und nach und nach bekam die sache eine faszinierende eigendynamik."wo fällt der nächste?" ohne diesen spontanen und eigendynamischen momenten die wichtigkeit abzusprechen,muß doch (spätestens jetzt) genauer diskutiert werden,wer getroffen wird und wer betroffen ist,inwieweit die kampagne fortzusetzen ist, und was sich damit perspektivisch verbindet.
klar ist,daß mit den monopolistischen evu`s - als akw-betreiber und verfilzt mit banken und konzernen (z. b. rwe) - keine falschen getroffen werden.
von den folgen - kürzeren und längeren stromausfällen - sind aber auch die verschiedensten stromverbraucher betroffen.daß empfindliche computeranlagen an selbst kurzfristigen abschaltungen - der netzaufbau überbrückt ausfälle zumeist innerhalb weniger minuten - schaden leiden,können wir nur positiv bewerten.aber es ist ja gerade merkmal der zivilen infrastruktur,daß es keine klaren trennungen gibt,daß sich die unterbrechung auf einzelhaushalte in dorf und stadtteil,auf beleuchtungs- und ampelanlagen wie auch auf fabriken in industriegebieten auswirkt.das bildet den hintergrund dafür,den leuten die neutralität des versorgungssystems einzureden und eine scheinbare interessenidentität herzustellen.auf diese problem kann sicher nicht unbegrenzt rücksicht genommen werden,genausowenig darf es aber zur belanglosigkeit erklärt werden.konkret heißt das zum einen,daß verkehrsstaus oder aufgetaute kühlschränke hingenommen werden müssen.andererseits muß sich die mühe gemacht werden,herauszukriegen,wann welche stadtteile,gebiete betroffen sind,um dann entsprechend die punkte verstärkt auszuwählen,mit denen bestimmte fabriken,industriegebiete oder bonzenviertel getroffen werden.



als ziemlich unüberlegt begreifen wir deshalb die holzmastfällungen,auch wenn sie in der nähe des waa-standortes stattfinden.hier gehen mit sicherheit die falschen lichter aus, ob nun in kleineren dorfgemeinden oder aussiedlerhöfen. und daran kann wohl kein interesse bestehen.solche aktionen über den (minimalen) sachschaden zu begründen ist völlig kurzgegriffen.und wer von unruhe" spricht,wenn ausschließlich die falschen getroffen werden,hat die "unruhe" nicht kapiert.
stattdessen sollten mit dem legitimen fällen der großen trägermasten klare antizentralistische,antitechnokratische argumente herausgestellt werden. wir müssen deutlich machen,daß diese zentralistische megawattmaschine nicht neutral ist,daß diese versorgungsstruktur nichts mit unseren vorstellungen von einem anderen leben zu tun hat, daß sie teil eines macht- und sachzwangapparates ist,den wir nicht in ruhe lassen werden, mit und ohne akws!
insofern finden wir die position falsch,die solche aktionen (mit hinweis auf chile) erst in (fiktiven)bürgerkriegssituationen als gerechtfertigt ansieht und in der aktuellen situation als aktionistisch ablehnt.



sicherlich hat tschernobyl , die "katastrophen"situation, die ausweitung der strommastaktionen als auch deren (überraschend breite) vermittlung ausgelöst.das mag sich -bis zur nächsten katastrophe !? wieder abschwächen.aber das ist kein grund,dieses terrain wieder zurückzustellen oder gar ganz aufzugeben.vielmehr muß es darum gehen,-neben der klärung der technischen ausführung - informationen zu sammeln (empfehlenswert ist dazu ein artikel im "wiener" 12/86 -übrigens beschlagnahmt- auch wenn er in der aufmachung dem niveau dieses "zeitgeistblattes" entspricht) sowie praktische erfahrungen zu machen,um gezielter und systematischer die netzteile lahmzulegen,um die es uns in erster linie geht.das dürften-so wie oben problematisiert- nicht mehr atomanlagen selbst sein.militärische,ökonomische,technologische knotenpunkte haben in der regel ihre zusätzliche eigenstromversorgung.dort sind also ebenfalls keine "durchschlagenden" erfolge zu erwarten."übrig" bleibt allemal eine ökonomisch-technologische struktur,deren funktionsfähigkeit den imperialistischen normalzustand entscheident mitträgt.die adern zum herzen der bestie anzustechen, und - auf längere sicht - das blut des öfteren ins stocken zu bringen,kann zum kollaps des ganzen systems beitragen,erst recht in weiteren zu erwartenden krisenhaften zuspitzungen.die vorbereitung und erprobung für diese situationen wäre ein weiteres,letztes argument, die legitimität,die notwendigkeit der sabotage an strommasten zu begründen. klar,wir zappeln mehr oder minder selbst im netz dieses versorgungssystems;je klarer wir aber diesen zustand als bewußt betriebene abhängigkeit von einer zentralistisch,technologischen gewaltstruktur begreifen,um so leichter fällt es uns,diese abzulehnen und zu zerschlagen. auch wenn es uns in zweiter linie selbst mitbetrifft.

ZU AKTIONEN GEGEN DIE BUNDESBAHN

ausgangspunkt bildet (wiederum) die genaue ausführung ohne eine gefährdung von personen.sofern es zutrifft,daß ohne jegliche sicherung und vorwarnung ein oberleitungsmast abgesägt wurde,in anderen fällen lange eisenketten auf die oberleitung geworfen wurden,kann nur von krasser gedankenlosigkeit, übelstem leichtsinn oder beidem zusammen geredet werden. mit einfachen und ausgemessenen haken sind züge zu stoppen,zugverbindungen zu blokkieren,ohne daß zugführer oder fahrgästen gefahr droht. schwerpunkt soll allerdings die frage sein - die parallele zum vorherigen beispiel der strommasten wird deutlich - inwieweit das bundesbahnnetz als ganzes ein begründetes ziel von sabotageaktionen abgibt.
die legitimität der blockaden von militär- und munitionszügen sowie atomtransporten steht außer frage.dies sind eingegrenzte aktionen,die sich gegen vermittelte ziele richten. sie beeinträchtigen das bahnnetz erstmal nur insoweit,wie es ganz bestimmten funktionen dient.gegen munitionszüge aus nordenham,an der güterbahn- und potentiellen atomtransportstrecke nach gorleben sowie gegen weitere recherchierte militär- und atomzüge liefen zahlreiche aktionen.hierbei

wurden wichtige praktische erfahrungen gesammelt.gleichzeitig zeigten sich die grenzen des aktuell machbaren in der auseinandersetzung mit den munitionstransporten.eine schwache informelle struktur zwischen den städten entlang der strecken (und die sich verschärfende repression) stand angesichts vieler ausweichmöglichkeiten im "zivilen" linienetz ein immenser aufwand nicht zu bewältigender beobachtungen und recherchen gegenüber.letztlich blieben blockaden und andere aktionen auf den ersten streckenteil(um bremen) beschränkt.darüberhinaus ließ sich-auch weil die züge an keine regelmäßigkeit gebunden waren- ein gezieltes und effektives vorgehen nicht aufbauen.
die überlegungen,die ankunft eines großen munitionsschiffes zum anlaß zu nehmen,am gesamten in frage kommenden dbnetz aktiv zu werden -also im wissen,daß munitionszüge rollen aber ohne diese speziellen transporte direkt getroffen würden- sind nicht weiterdiskutiert worden.
hierin liegt aber ein ansatz, den bogen zu jenen aktionen zu schlagen,die in letzter zeit- im zusammenhang mit dem kampf gegen das atomprogramm - gegen die bundesbahn ausgeführt wurden.noch vor tschernobyl lief in der oberpfalz eine koordinierte stopaktion,in der an vier hauptstrecken gleichzeitig (und fachgerecht) oberleitungsanker geworfen wurden und züge lahmlegten.in vielen vereinzelten und weiteren koordinierten aktionenhat sich diese praxis im letzten jahr stark ausgeweitet, zum großen teil in standortnähe (wie zur waa,zur rheinmain-air-base ..) zum teil aber auch ohne diesen bezug. in fast allen fällen ohne den anspruch,damit ganz unmittelbar einen bestimmten militär/ atomtransport zu stoppen.sicherlich sinkt damit die breitere vermittlung als "gezielter treffer".die prinzipielle kritik,die daraus platten aktionismus macht,weil die ungezieltheit als ausdruck fehlender mühsamer recherchen verstanden wird,können wir so absolut jedoch nicht teilen. mögen auch einzelne aktionen mehr vom drang zur tat geprägt sein als von genauen diskussionen- und einige haarsträubende ausführungsformen bestätigen das- steckt in diesen (propagandistischen) angriffen auf die db-strecken ein weitergehender anspruch.als präventive aktion,als konkrete propagandistische drohung richten sie sich gegen eine staatsmonopolistisch organisierte infrastruktur in ihrer militärisch, ökonomisch,technologischen funktion.auf die darstellung der historischen bedeutung der eisenbahn als strategischem sektor und disziplinierungsmittel im klassenkampf kann hier nicht eingegangen werden, genausowenig auf die funktion und nutzung während des nazifaschismus.
in der totalen zurichtung dieser infrastruktur unter militärischen und ökonomischen gesichtspunkten liegt die kontinuität eines zentralisierten schnellbahnsystems,das - analog zur megawattmaschine der e-versorgung - mit unseren vorstellungen von waren und personentransport immer weniger bis gar nichts gemeinsam hat. die ständige militärische nutzung,der ausbau des netzes nach militärstrategischen versorgungsplänen ist nur die spitze des eisbergs.atom(müll)transporte treiben die logik nur auf die spitze,nach der gütertransporte insgesamt den imperialistischen normalzustand des weltmarktsystems mittragen. intercity- und airportexpress sind nur der offensichtlichste ausdruck einer schnelligkeitsgesellschaft,die hier als anerkannte und damit unangreifbare sachzwangnorm in herzen und hirne der menschen eingepflanzt werden soll.daß täglich millionen menschen von schlaf- in arbeitsstätte und umgekehrt geschafft werden müssen,gilt sowieso als unveränderbare normalität.
daß aktionen gegen die bundesbahn, die übrigens selbst am akw nekarwestheim beteiligt ist, in diesem zusammenhang als antizentralistischer, antitechnokratischer und antikapitalistischer widerstand zu begreifen ist, sollte verstärkt ausgedrückt werden. und damit soll keineswegs der freischein ausgestellt werden, an allem aktiv zu werden, was überhaupt mit der bahn zu tun hat. wir finden es falsch, irgendwelche abgelegenen nahverkehrsstrecken anzugehen (parallel zu den hochspannungsmasten), und es bleibt mehr als fragwürdig, in der momentanen situation bewußt strecken an orten und zu zeiten lahmzulegen, wenn fast ausschließlich pendlerverkehr betroffen ist. (das könnte sich im zusammenhang mit ausgedehnten arbeitskämpfen ändern, als ergänzendes kampfmittel, wie es z.b. in japan von radikalen gruppen angewendet wurde - ohne daß uns die politische wirkung dort umfassend bekannt ist..).

Ankunft	km	Abfahrt	Anschlüsse
	Nordenham	5.17	
	↓ 18		Ⓐ Ⓑ Ⓒ von jetzt an heißt's wachsam sein — (300)
5.33	Brake	5.34	
	↓ 17		
5.52	Berne	5.53	
	↓ 9		
6.01	Hude	6.02	
	↓ 14		E 6.32
6.15	Delmenhorst	6.17	
	↓ 14		
6.26	Bremen Hbf	7.12	
	↓ 66		E 7.14 C V R L
7.48	Nienburg	7.50	
	↓ 54		
8.23	Hannover Hbf	8.35	
	↓ 108		
9.43	Göttingen	9.45	
	↓ 81		
10.35	Kassel Hbf	10.43	
	↓ 104		
11.46	Marburg	11.48	
	↓ 30		
12.06	Gießen	12.09	
	↓ 66		
12.51	Frankfurt (Main) Hbf	12.50	
	↓ 28		
13.25	Darmstadt Hbf	13.34	
	↓ 60		
14.12	Mannheim Hbf		

††† von hier bombensicher ins Herz der Munitionslager Ⓐ Ⓑ Ⓒ

MANCHE GESCHÄFTSVERBINDUNGEN LAUFEN IN ALLER RUHE AB.

DB Die Bahn

als weniger problematisch begreifen wir also unterbrechungen auf fernverkehrsstrecken, nachts, mit denen vorallem güterzüge und evtl. intercityzüge getroffen werden. mögliche folgen in form verspäteten nahverkehrs sind hier hinzunehmen wie die aufgetauten kühlschränke. zunehmend gerechtfertigter werden die aktionen, wenn bestimmte versorgungswege zwischen produktionszentren und verteilungszentralen blockiert werden. nicht zuletzt geht es mit den aktionen auch um das ziel, handlungsfähige gegenmacht zu entwickeln, in zugespitzten situationenalso auf entsprechende erfahrungen und kenntnisse zurückgreifen zu können.

die beispiele könnten weitergeführt werden. am straßenverkehrskomplex oder bei kommunikationssystemen stellen sich parallele fragen, hier müssen ebenfalls legitime möglichkeiten (an autobahnen und zufahrtswegen zu bestimmten objekten, industrieansiedlungen/ am glasfasernetz,..) mit notwendigen grenzen (kleinere straßen, telefonzellen) abgewogen werden.
die vorliegende argumentationslinie mag vielen schon zu weit gehen, und tendenziell vor allem jenen, deren utopie von veränderter, revolutionärer gesellschaft den gebrauch und nutzen der technologisch-zentralistischen versorgungssysteme einbezieht.
tatsächlich verbindet sich mit antitechnokratischen, antizentralistischen vorstellungen ein begriff von herrschaftstechnologien, der eine neutralität des standes sog. produktivkräfte (besser: destruktivkräfte) und angeschlossener notwendiger infrastruktur nicht zuläßt. insofern besteht eine ziel/mittel-relation, die zwar in diesem "militanz-fragment" nicht weiter thematisiert werden kann. dies ziel/mittel-verhältnis macht aber deutlich, daß diskussionen um die konkrete utopie vom anderen leben nicht unendlich wegzuschieben sind, daß zumindest - und das ist ja vermehrt spürbar - ein begriff von dem zu erarbeiten ist, was technologischer angriff in seiner ganzen dimension bedeutet. darin klare vorstellungen zu entwickeln, zu formulieren und zu propagieren ist - um den kreis zu schließen - eine vorraussetzung für den verstärkten und vermittelten angriff auf die herrschende infrastruktur: angriffe, deren vermittlung auf eine höchst verantwortliche ausführung angewiesen ist, und die ihre politische wirkung nur in kombination mit gezielten aktionen auf schaltstellen und knotenpunkte des systems erhalten.

VON HAUS ZU HAUS - BOMBENZÜGE VORAUS

Von uns abgeholt — von uns zugestellt. Bombenservice an vielen Orten. Sachdienliche Hinweise erhalten sie auf den folgenden Seiten.

DB

...ich hab geträumt alle türen wären offen die gefängnisse leer...

Da die verhaftung von Jens aus bielefeld in anderen regionen einige unklarheiten hinterlassem hat, haben genossinnen aus bielefeld einen artikel aus einer bielefelder zeitung überarbeitet, um ihn bundesweit zu veröffentlichen. Er wird sicherlich nicht allle unklarheiten beseitigen; mehr ist im moment allerdings nicht möglich.

Anfang dezember 1986 stürmten BKA - und SEK-bullen die wohnung von Jens in Bielefeld und verhafteten ihn. Jens wird vorgeworfen, einen bombenanschlag auf die Bielefelder niederlassung der Siemens -AG vorbereitet zu haben. Den bullen war aufgrund einer denunziation durch den schornsteinfeger ein handschriftlicher entwurf eines bekennerbriefes in die hände gefallen. Das papier war unterzeichnet mit "kämpfende einheit philipp müller".
Gegen Jens wurde am tag nach seiner verhaftung haftbefehl vom ermittlungsrichter am bundesgerichtshof erlassen. Begründung: Bildung einer "terroristischen" vereinigung (§129 a) und vorbereitung eines sprengstoff"verbrechens". Jens sitzt seitdem in der JVA Frankenthal, Rheinland-Pfalz, in untersuchungshaft.

Die obersten staatsschützer der republik, Rebmann und Boge, feierten ihre aktion als einbruch in die "terrorszene". Über die presse wurde mitgeteilt, daß Jens ein geständnis abgelegt hätte, aufgrund dessen die bombenbaumaterialien gefunden worden wären. Außerdem gab das BKA bekannt, sie würden noch nach mindestens 2 weiteren leuten fahnden.
Da die bullenaktion für die bielefelder szene absolut überraschend ablief, fragten sich viele, wie es denn dazu kommen konnte. So entstand die vermutung, daß Jens von einem spitzel verraten wurde - allerdings ohne irgendwelche konkreten verdächtigungen. Die zu der zeit angebliche aussage von Jens, die spitzelgeschichte und die überraschung über die verhaftung führten zu einem zustand der verwirrung und unsicherheit.: Unser ziel auf den ersten treffen nach der verhaftung war erstmalnur klarzumachen, daß auf garkeinen fall aussagen gegenüber den bullen und anderen bütteln des staats gemacht werden sollen. Außer auf einer veranstaltung an Jens' ehemaliger schule(OS) und einem flugblatt zum thema aussageverweigerung haben wir's erstmal nicht geschafft, uns zu seiner verhaftung zu verhalten.
Trotzdem: es sind menschen zusammengekommen, die daran arbeiten. Hierzu wird es c.a. anfang mai eine veranstaltung geben. Aber jetzt nochmal zurück zu Jens' aussage: Was wir unbedingt klarstellen müssen ist, daß Jens zu keim zeitpunkt mit den bullen zusammengearbeitet hat. Er hat in seiner aussage ausschließlich sich selbst belastet und verweigert seit seinem haftprüfungstermin ganz.

Auch wenn wir prinzipiell wissen, daß aussagen gegenüber den bullen falsch sind, bewahrt uns das nicht davor, in einer verhaftungs oder verhörsituation erstmal völlig verunsichert zu sein. Wenn wir in eine situation kommen, in der die bullen uns mit einem einigermaßen schweren vorwurf konfrontieren, kriegen wir vielleicht angst sind überrascht oder verunsichert -' was wissen sie über mich, wie sind sie darauf gekommen...'- die gedanken schlagen kapriolen. Die ruhe und sicherheit kommt erst dann wieder, wenn wir uns klarmachen - hier sind wir und da stehen sie - ; sie sagen zwar, sie wollen unser bestes, aber das geben wir ihnen nicht. Wahrscheinlich hat Jens genau in diesem dilemma auch gesteckt.

Jens ist durch einen beschluß des bundesgerichtshofes, der im folgenden auszugsweise zitiert wird, einem 9-punkte haftstatut unterworfrn.

"... Verteidiger dürfen vor jedem besuch durch abtasten, auch mit dem metalldetektor, und durchsuchung der behältnisse auf nicht der verteidigung dienende gegenstände hin durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, diktiergeräte oder tonbandgeräte u.ä. einschließlich zubehör in den sprechraun zu nehmen. Schriftstücke oder andere gegenstände der verteidiger sind vor der aushändigung an den beschuldigten dem zuständigen richter zur prüfung vorzulegen, sind zurückzuweisen, sofern der absender oder derjenige, der sie unmittelbar übergeben will, sich nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst dem zuständigen richter vorgelegt werden..."

Es ist zu erwarten, daß das statut in nächster zeit auf 24 punkte erweitert wird. Also die üblichen bedingungen für politische gefangenen.

Jens schreibt in einem brief, den wir teilweise dokumentieren, über seinen alltag im knast:

" Frankenthal ist ein psychoknast, in der gerade lo jahre alten architektur ist den ergebnissen der c.i.-forschung (gehirnwäsche) rechnung getragen werden. Ein beinahe perfektes differenzierungssystem erzeugt eine neue qualität an servilität und debilität.
Ich bin in der psychozelle, in der überwachungsstation, das heißt weder links noch rechts, noch über oder unter mir eine zelle bzw. belegte zelle, gegenüber die kanzel der schergen; alle anderen zellen befinden sich etliche meter weiter. Milchglasscheibe, metalllochplatte, betonstrebenfenster. eine gegensprechanlage auf der zelle, über deren lautsprecher erstens das anstaltsradio SWF 1 & 3 zu bestimmten zeiten zu hören, zweitens der dreifache dreitongong, der den wechsel der zeiten ankündigt (6 uhr der morgen, lluhr der mittag, 16 uhr der abend, 21 uhr die nacht); drittens alle allgemeinen durchsagen laufen; viertens persönliche ansprache gehalten wird... fünftens alles abgehört werden kann; sechstens geräuschkulissen wie perverse gesprächsfetzen und siebtens die gegensprechanlage läuft und zwar so: ruftaste drücken, ein rotes licht leuchtet auf, das bedeutet, wie auch darunter geschrieben steht, zuhören, dann spricht ein scherge, ein grünes lciht leuchtet auf, das bedeutet, wie auch darunter geschrieben steht, sprechen, dann spricht der beschuldigte,.....
Zellenrazzia und millkontrolle sowieso. Und dann eben die lo.oooo Feinheiten.... Wenn du in der freizeit pissen willst, dann mußt du klingeln, warten, tür wird aufgeschlossen, 2-3 schergen stehen davor, 5 schritte zur zelle, tür wird aufgeschlossen, eintreten, tür wird abgeschlossen, pissen, klopfen oder klingeln, warten (dabei stehen sie vor der tür), tür wird aufgeschlossen, tür wird abgeschlossen, 5 schritte zur TV-zelle, eintreten, tür wird abgeschlossen.

...diese angebliche gemeinschaft, hofgang freizeit, ist besonders grausig. Bis auf absolute ausnahmen, die dann sofort verlegt werden, ist mit denen nicht zu reden...
Rechtsanwaltsbesuche finden mit trennscheibe statt, ebenso wie alle besuche, außer bei eltern und geschwistern... dann muß für jeden dreck ein antrag geschrieben werden, was das alles verzögert und meistens aus sicherheitsgründen eh abgelehnt wird,...
Das liegen im bett ist erst nach der abendkostausgabe gestattet...
die wände des haftraums dürfen weder beklebt, bemalt, noch sonst "beschädigt" werden...jede eigenmächtige veränderung des haftraums oder des inventaras ist untersagt... .Bett und spind sind entsprechend den schaubildern zu ordnen und einzurichten..."

Was jetzt vor allem wichtig ist, ist,daß Jens weiter mitbekommt, was hier draußen passiert; daß sich leute mit ihm auseinandersetzen, ihm schreiben. Für anwaltskosten etc. wird jede menge geld gebraucht.

Wer Jens schreiben will, muß die briefe an die folgende adresse schicken:
Jens Klede
Ermittlungsrichter am BGH
Gollwitzer
Herrenstr. 45
75 Karlsruhe
Briefe ausreichend frankieren und brief marken beilegen.

Konto des rechtshilfefonds:
kontonr.:435 582 79
spaka bielefeld BLZ: 480 501 61
stichwort "Jens"

kontakt:infoladen "anschlag"
heeper str. 132; 48 Bielefeld
o521/171253

MIT POWER ZUR VERTAGUNG

mit der durchsuchung der kiefernstraße nach dem von braunmühl attentat, der räumung des infozentrums in köln und der räumung des heusnerviertels in bochum, haben die pigs im herbst letzten jahres eine reihe von angriffen auf die infrastruktur des radikalen widerstandes gefahren. hierbei ging es den bka bullen, bei der durchsuchung der kiefernstraße, nicht um eine eventuelle aufklärung des raf attentats, sondern darum, bei der razzia möglichst viele namen und adressen aus unseren reihen zu sammeln und bestehende kontakte unter uns abzuchecken.

mit der räumung des infoladens in köln und des heusnerviertels sollten die basen unseres selbstbestimmten lebens zerschlagen werden.

offene beschattungen in anderen städten rundeten das bild ab.

diesen angriffen wollten wir eine eigene demo entgegensetzen.diese idee wurde in mehreren städten nrws unabhängig voneinander diskutiert.

so kam es zu einem landesweiten treffen in köln. dort trafen sich autonome, antiimps und sozialrevolutionäre und beschlossen, daß die zeit reif für eine antirepressionsdemo sei. verstanden werden sollte die demo nicht als antwort auf die aktionen der pigs, sondern sollte selbstbestimmt unsere radikalen und revolutionären inhalte rüberbringen, unsere eigene stärke darstellen. gemeinsam, d.h. antiimps, autonome, und andere gruppen des radikalen widerstands, wollten wir gegen die angriffe vorgehen. den bisher vereinzelten widerstand vereinheitlichen. die von den bullen gesehenen beziehungen innerhalb des widerstands tatsächlich herstellen. sägen, knallen, usw. sollten zu einem strang im widerstand werden.

diese aus dem bauch geschaffene, politisch unklare und nicht diskutierte einigkeit platzte dann schnell, als es in die diskussion um den gemeinsamen demoaufruf ging. so wollten sich nicht alle autonomen und sozialrevolutionäre mit der von den antiimps unter den aufruf geknallten forderung nach zusammenlegung der politischen gefangenen und der freilassung von günther sonnenberg solidarisieren. dies sei eine aus der historischen entwicklung heraus entstandene raf-forderung, so teile der autonomen anti-akw bewegung und der sozialrevolutionäre.

außerdem ginge es nicht nur darum, forderungen für die gefangenen aus raf und widerstand zu stellen, sondern mensch müßte alle gefangenen in diese miteinbeziehen.

das statement der antiimps, daß die forderung nach zusammenlegung nicht der raf und deren umfeld zuzuschreiben sei, sondern alle im widerstand befindlichen menschen angehe,da auch der staatsapparat nicht zwischen antiimp,autonom und raf unterscheiden würde, fand keine mehrheit.

man einigte sich dann darauf, die forderung in den text einzuarbeiten, und um einige sätze erklärend zu erweitern. dies sollte sicherstellen, daß die antiimp-linie den aufruf nicht dominiert.

dennoch gab es erste äußerungen, in denen von putsch gesprochen wurde. so fühlten sich die sozialrevolutionäre in diesem aufruf (es gab bereits einen aufruf für düsseldorf) unterrepräsentiert. da viele ihrer anliegen weggefallen wären, könnten sie sich in diesem aufruf nicht mehr wiederfinden. die verantwortung hierfür wurde den antiimps zugeschoben, die sich in einer mehrheit befanden. den fehlenden konsens des ausgewogenen sahen auch teile der autonomen anti-akw bewegung.

der streit ging soweit, daß in einigen städten auf flugblättern dazu aufgerufen wurde, nicht an der demo teilzunehmen, da die demo und deren inhalte falsch seien.

auf einem weiteren treffen, bei dem viele autonome nicht mehr vertreten waren, und sich somit die mehrheitsverhältnisse weiter zugunsten der antiimps verschoben hatten, wurde selbstkritisch festgestellt, daß einer formalität wie einem aufruf zuviel platz in der diskussion eingeräumt worden sei.

viel wichtiger sei es, sich mit den inhalten der demo auseinanderzusetzen. quer durch alle fraktionen wurde zugestimmt, daß es nicht ausreiche, einen gemeinsamen aufruf zu formulieren, um dann auf der demo selbst wieder in einzelne blöcke zu zerfallen. die demo dürfe kein selbstzweck sein, sondern sollte, so die antiimps, als anfangspunkt gesetzt werden, um die kämpfe aufeinanderzubeziehen und zusammenzufassen. daß es dann doch keine demo gab, lag an der einschätzung der einzelnen städte, daß man dort nicht stark genug sei, um für die demo zu mobilisieren.

als die sozialrevolutionäre kundtaten, daß sie an einer demo zwar teilnehmen, stiegen aber nicht mitmachen wollten, stiegen auch die antiimps aus, da für sie nur eine demo des gesamten widerstandes infrage kam.

ALTE LAIER

der versuch, eine gemeinsame, offensive demo des gesamten widerstandspektrums in nrw gegen den staat- und bullenterror der letzten monate auf die beine zu stellen, ist erst mal gescheitert.

die gründe hierfür sind vielschichtig. zu einfach machen es sich jene leute, die einfach von einem putsch der antiimps reden und somit die schuldigen für das scheitern des gemeinsamen projekts ausfindig gemacht haben.

daß es für uns schwierig ist, autonome standpunkte in die politische diskussion mit den antiimps einzubringen, wissen wir nicht erst seit dem kongreß in frankfurt.

auch auf den vorbereitungstreffen zur demo wurden wir wieder mit einem inhaltlich gut vorbereiteten antiimp-block konfrontiert, dem wir nichts entgegenzusetzen hatten. und hier muß die kritik an unserem autonomen selbstverständnis und unserer art von politik ansetzen.

wir können doch nicht ernsthaft von putsch oder vereinahmung durch die antiimps reden, weil wir es in der auseinandersetzung mit einer gruppe zu tun haben, die ihre ziele und inhalte klar formuliert.

den fehler, der für das scheitern er diskussion um die demo verantwortlich ist, sollten wir in erster linie in den fehlenden kommunikationsstrukturen innerhalb der autonomen bewegung suchen. die beziehungslosigkeit unter den einzelnen gruppen und städten ist verantwortlich für den frust, den wir uns in der auseinandersetzung mit den antiimps (und nicht nur dort) immer wieder einfangen. um eine starke autonome politik zu machen müssen wir unsere städteghettos verlassen und endlich unsere inhaltlichen unterschiede diskutieren, um daraus gemeinsame positionen für unseren kampf zu entwickeln.

es gilt nicht in der auseinandersetzung um eine zusammenfassung unseres widerstandes den kopf in den sand zu stecken und treffen, wo es zu schwerwiegenden inhaltlichen unterschieden in der bewertung der politischen situation kommt, aus dem weg zu gehen oder diese frustriert zu verlassen.

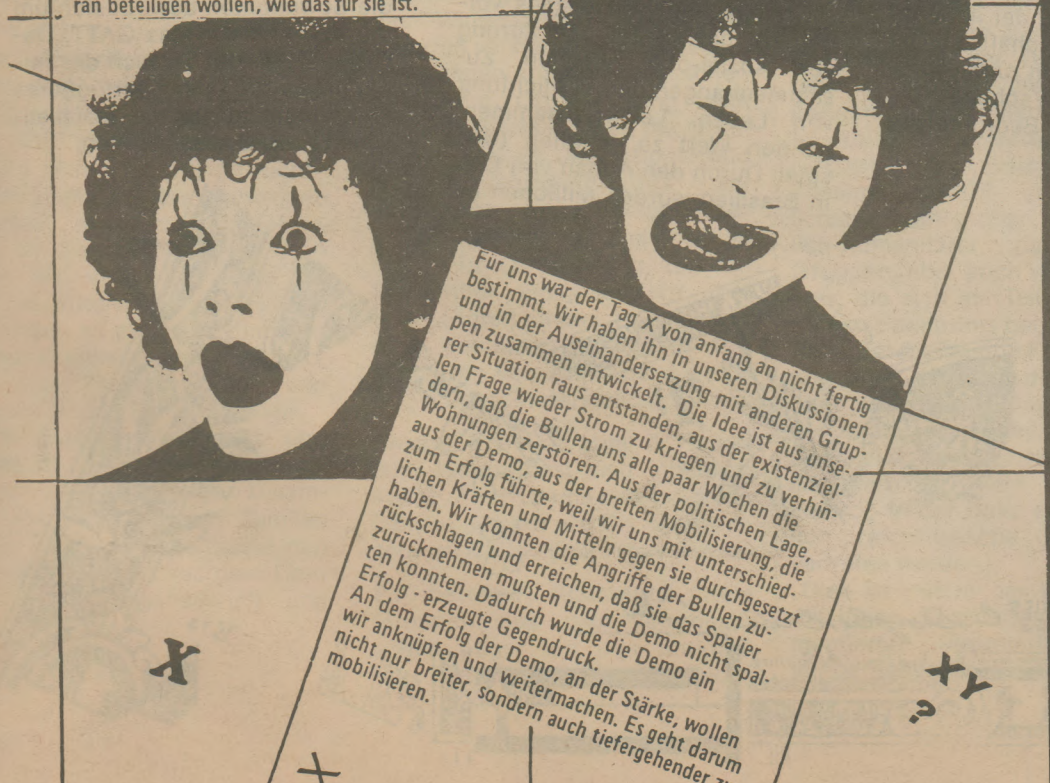
wir sollten uns nicht immer darüber definieren welche inhalte wir nicht mittragen können, oder sagen, wo wir uns ausgrenzen, sondern es ist an der zeit, endlich zu sagen, was wir wollen.

VORN

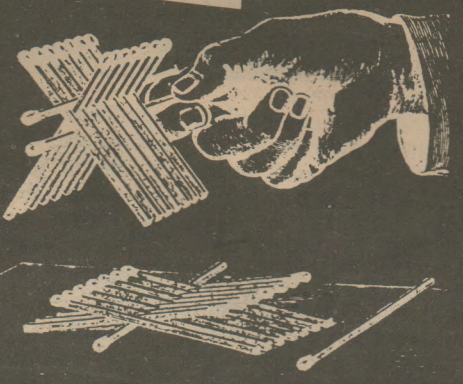
"In Erwägung, daß da Häuser stehn, während Ihr uns ohne Bleibe laßt,
haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehn, weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.
In Erwägung, Ihr hört auf Kanonen, andre Sprache könnt Ihr nicht verstehn,
werden wir dann eben - ja das wird sich lohnen - die Kanonen auf Euch drehn

Um zur Sache zu kommen:
An einem selbstbestimmten Tag X wollen wir mit möglichst vielen Gruppen den Apparat, der die tägliche Unterdrückung organisiert, möglichst weitgehend stören. Aus der Tatsache, daß die Bullen fast wöchentlich uns mit Einsätzen terrorisieren, haben wir beschlossen, den Spieß gegen sie zu drehen, sie anzugreifen.
In den Diskussionen zu Tag X hat sich für uns rausgestellt, daß wir ein großes Treffen von allen Gruppen und Leuten brauchen. In dem Diskussionsprozeß entwickeln wir die Aktion, die Vorstellung davon, die Ziele, die Durchführung. Die Veranstaltung soll kein platter Austausch, sondern Stoffwechsel, lebendige Vermittlung, neue Verbindungen aus den unterschiedlichen Ansätzen sein. Es soll ein Treffen sein mit allen, die sich in irgendeiner Form am Tag X beteiligen wollen, unabhängig davon ob sie sich schon länger mit der Idee auseinandersetzen oder ob sie jetzt zum ersten Mal davon hören. Gruppen können Beiträge machen, wie sie das sehen, warum sie sich daran beteiligen wollen, wie das für sie ist.

TAG X



Für uns war der Tag X von anfang an nicht fertig bestimmt. Wir haben ihn in unseren Diskussionen und in der Auseinandersetzung mit anderen Gruppen zusammen entwickelt. Die Idee ist aus unserer Situation raus entstanden, aus der existenziellen Frage wieder Strom zu kriegen und zu verhindern, daß die Bullen uns alle paar Wochen die Wohnungen zerstören. Aus der politischen Lage, aus der Demo, aus der breiten Mobilisierung, die zum Erfolg führte, weil wir uns mit unterschiedlichen Kräften und Mitteln gegen sie durchgesetzt haben. Wir konnten die Angriffe der Bullen zurückschlagen und erreichen, daß sie das Spalier zurücknehmen mußten und die Demo nicht spalten konnten. Dadurch wurde die Demo ein Erfolg - erzeugte Gegendruck.
An dem Erfolg der Demo, an der Stärke, wollen wir anknüpfen und weitermachen. Es geht darum nicht nur breiter, sondern auch tiefergehender zu mobilisieren.



Aber der Druck der Demo reicht noch nicht, sie dazu zu bewegen, daß sie von ihrer stumpfen Räumungs- und Zerstörungslinie abrücken. Wir müssen Wege finden, wie wir die Stärke der Demo auf anderer Ebene organisieren und weiterbringen, für den Gegendruck, der sie zwingt, von ihren Positionen abzugehen und auf unsere Forderungen einzugehen.
Das hört sich ziemlich hochgesteckt an, wird dann aber greifbar, wenn wir von unseren eigenen Erfahrungen ausgehen.
Mit ihrer Einsatzstrategie wollten sie erreichen,

daß wir der Frustration und der Ratlosigkeit verfallen, uns damit zermürben und zum Aufgeben zwingen. Weil aber Pawelczyk und seine Sinnesgleichen nie begreifen, wie aus unserem Zusammenleben Power entsteht, haben sie sich mit ihren Strategien verkalkuliert. Aus unserem gemeinsamen Leben, aus unserer Fähigkeit Grundbedürfnisse zusammen zu organisieren, uns gegenseitig zu unterstützen, schaffen wir eine Grundlage zur Solidarität, zum gemeinsamen Kampf, die von den Schweinen immer wieder angegriffen wird, aber niemals zerstört werden konnte. Das verstehen wir unter Strukturen, das Verhältnis untereinander, das wir weiterbringen und vertiefen wollen.

Dazu gehört selbstverständlich auch, daß wir unsere Handlungsfähigkeit dadurch festigen, indem wir verantwortlich, listig und schlau mit unseren Plänen gegen sie und für uns umgehen.
Dabei sehen wir uns als Teil einer Bewegung gegen Staatsterrorismus und für Befreiung und Autonomie.

Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler.
Wir haben ihren ganzen Apparat gegen uns, nicht nur einzelne Behörden wie Sozialamt, Baubehörde, Kreiswehrersatzamt etc.
Wir wollen gemeinsam mit Euch und koordiniert versuchen, ihren Unterdrückungsapparat zu blockieren. Jeder von seinem Punkt und seinen Erfahrungen aus, selbstbestimmt in jeder Beziehung.

Unser Ziel bei dem Aktionstag X ist es, so eine Stärke herzustellen, daß wir uns und unsere Forderungen durchsetzen können.
Unsere Minimalforderungen sind:
X Wiederanschluß des Stroms durch die HEW
X Zurückgabe der geräumten Wohnungen
X Keine weiteren 'Begehungen' durch Bullen und Saga.
X Erhalt aller Häuser mit uns als Bewohner/innen

Die Stärke, die wir dafür entwickeln müssen ist die, daß sie am Tag X mit so einer Menge und Vielfalt von Aktionen konfrontiert werden, daß sie es einfach nicht mehr schaffen und um die 'Ruhe und Ordnung' wiederherzustellen nachgeben müssen!
Alfons Pawelczyks Pläne von einem Hamburg ohne Hafenstraße und ohne Widerstand bzw. von einer Stadt, wo kalte Friedhofsruhe herrscht, müssen von uns klare Grenzen gegestzt werden. Alfons Pawelczyk muß geräumt werden!

Befreiung oder Barbarei!

Hafenstr. Febr. '87

Es lohnt sich, hier weiter zu denken

Eine größere Anzahl Streichhölzer mit einem Zündholz in die Höhe heben

Das mag ein nettes Konzert sein, welches die drei jungen Herren auf unserem Bilde veranstalten, wird mancher unserer Leser sagen. Nun, warum, können die drei Jünglinge nicht auch Virtuosen sein? Es ist noch nicht lange her, da las [illegible] den Zeit[illegible] von einer Pfeifer[illegible]

Vorwärts und nicht vergessen: IWF/Weltbank-Tagung Sept. '88 in Westberlin

Verhindern wir den Kongreß

Im September 1988 kommen sie alle her. Die Finanzchefs aus den kapitalistischen Zentren von Tokio, Frankfurt bis New York; die Bankmanager von Chase Manhatten bis Deutsche Bank; die Schreibtischtäter aus den Schaltzentralen der Multis Toyota, Lockhead, Siemens; die Spekulanten von den Computerterminals des internationalen Währungsdeals. Dazu Minister, Staatssekretäre, Experten, Journalisten und ihre Bewacher. Mehr als 14 000 werden es sein, die den Kongreß des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank in Westberlin abhalten. Für wenige Tage wird die Frontstadt Berlin im Schein des kapitalistischen Imperiums stehen. Alle Hotels werden ausgebucht sein, Straßen und ganze Stadtteile abgesperrt; Berlin wird zur Sicherheitsfestung ausgebaut sein.

Die Ausgangslage ist klar: Die Verantwortlichen für Hunger, Ausbeutung, Terror und Kriege auf der ganzen Welt kommen in diese „Hauptstadt der Freien Welt". Dagegen wehren wir uns.

Unser Vorschlag: Verhindern wir diesen Kongreß!

Wir meinen diesen Vorschlag nicht als militärisches Problem. Wir müssen erreichen, daß ihnen jede ihrer feierlichen Erklärungen im Halse stecken bleibt, daß sie sich in ihre Hochsicherheits-Hotels, in ihre Tagungsbunker und ihre militärisch abgesicherten Zufahrtswege verschanzen müssen, weil zuviele in der gesamten übrigen Stadt sind, die ihre Lügen erkannt haben, vor deren Ablehnung und Wut sie sich zurückziehen müssen.

Verhindern heißt, ihnen klar zu zeigen: Es wird keine Prestige-Tagung der Reichen und Mächtigen werden, sondern eine Demonstration des weltweiten Widerstandes — und das wird nicht in ungestörter Harmonie verlaufen.

Dafür brauchen wir eine gut vorbereitete Kampagne, viele aufeinander abgestimmte Aktionen, Störung, Behinderung und Widerstand gegen dieses dreiste Öffentlichkeitsspektakel. Und wir wissen, wir können sie angreifen, denn sie sind bei diesem Propagandarummel angreifbar. Es gibt weltweiten Widerstand gegen IWF/Weltbank: Hungerrevolten, Streiks und Aufstände gegen IWF-Diktate, gegen die Krisenlösungen der herrschenden Klasse in den drei Kontinenten.

Widerstand hier gegen den IWF scheint auch für viele von uns selbstverständlich. Daß es eine zentrale Institution zur Regulierung und Aufteilung der imperialistischen Weltherrschaft ist, hat sich bei den meisten rumgesprochen. Aber zugleich scheinen die Auswirkungen und Bedrohungen für uns viel weiter weg, als die AKW's und Atomraketen der NATO vor unserer Haustür zu sein. Wir müssen begreifen, daß sie nur die andere Seite derselben Medaille sind.

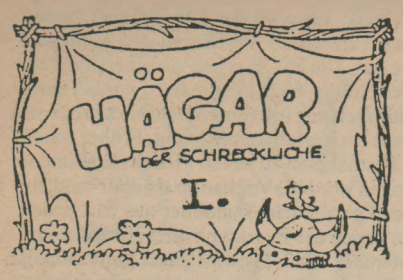
Der IWF und seine Funktion

Nach dem 2. Weltkrieg entstanden im Rahmen der Neuordnung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 die Weltbank (WB), das GATT (Internationales Zoll- und Handelsabkommen) und der IWF, als Institutionen der imperialistischen Weltherrschaft. Es geht um Entwicklung durch Vernichtung, wie sie der Nationalsozialismus vorgeführt hat: Durch Zerstörung von sozial-ökonomischen Zusammenhängen und Vernichtung von Leben, Lebenszusammenhängen Wert zu schaffen (Beispiel: Durch den Anbau von Soja in Brasilien wurden Millionen ihrer Lebensgrundlage beraubt. Dadurch wurden die Tauschwerte geschaffen, die erst den Kauf von Pestiziden und AKW's ermöglichten).

In den 70er Jahren wurden die Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerikas mit billigen Krediten in Milliardenhöhe verschuldet. Nach der weltweiten Wirtschaftskrise und hohen US-Zinsen Ende der 70er, mußten sich diese Länder fast allen Bedingungen des IWF und der Großbanken zur Zurückzahlung der Schulden unterwerfen. Dabei entwickelten Konzerne und Banken Strategien, um sowohl die Ausbeutung hier in den Metropolen durchzusetzen, als auch die Länder der drei Kontinente wirtschaftlich zu durchdringen. Als der Schuldeneintreiber der Banken bündelt der IWF diese Politik und zwingt sie den betroffenen Ländern mit „Stabilisierungsprogrammen" auf. Für die Menschen dort bedeuten diese „Anpassungsprogramme" Massenentlassungen und Kürzung von Sozialausgaben und Löhnen. Millionen werden dadurch in Armut und den Hungertod getrieben. Das ist nichts anderes als Völkermord.

Diese Ausbeutung hat viele Gesichter: Wir erkennen sie an der Lohnarbeiterin in den sogenannten Weltmarktfabriken der Multis genauso, wie in den Schwitzbuden und Klitschen der einheimischen Kapitalisten, an der Landarbeiterin für die Exportfrüchteplantagen, oder am „freien" Bauern, dem Kauf und Verkauf seines Saatsguts, Dünger und seiner Ernte, diktiert wird von den Chemie- und Nahrungsmittelriesen. Dazu zählen auch die von ihrem eigenen Land vertriebenen, die noch vor Jahren für den Eigenbedarf arbeiteten und heute als Wanderarbeiter und Flüchtlinge durch die Länder der drei Kontinente ziehen, und Frauen, die als Prostituierte in Weltmarktbordellen und Heiratskatalogen verkauft werden. Von diesen Millionen gelangt nur ein Bruchteil als „Asylanten" hierher in die Metropolen — immer auf der Suche nach erträglicheren Lebensbedingungen und überall, von Bangkok bis Berlin, mit denselben Konzernen konfrontiert. Während die Flüchtlinge die billigsten und widerlichsten Arbeiten machen müssen, versuchen wir, unsere Haut unter etwas besseren Bedingungen so teuer wie möglich zu verkaufen.

Die IWF-Strategie wird in den letzten Jahren auch auf die osteuropäischen Länder und China ausgedehnt. Seit einiger Zeit läuft eine Welle von Betriebsgründungen, bei denen mit Hilfe von westlichem Know How und Kapital (Joint Ventures) eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität geplant ist. Folgen dieser Strategie werden erhöhte Arbeitslosigkeit und Kampagnen gegen die „Bummelei" sein. Schon jetzt sind Polen, Ungarn, Rumänien und China Mitglieder des IWF, die Sowjetunion bewirbt sich um die Aufnahme in das GATT. Dahinter steckt der Versuch des Imperialismus, das ihm verfügbares Weltproletariat auf die sozialistischen Länder auszudehnen.

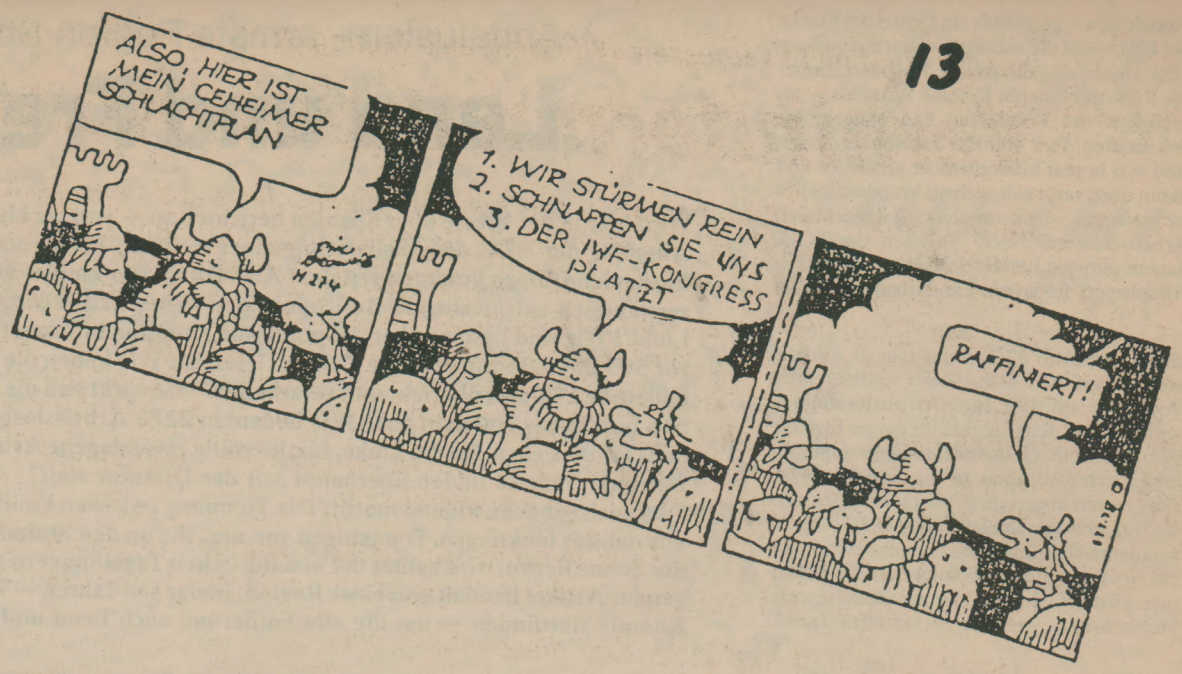


Genauso vielfältig wie die Ausbeutung ist aber auch der Widerstand der Menschen weltweit gegen die ihnen aufgezwungenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Klassenkampf drückt sich nicht nur in Streiks und Kämpfen um mehr Lohn und weniger Arbeit aus, sondern auch in Hungerrevolten und Plünderungswellen in den südlichen Ländern, denen der IWF zuvor ein „Stabilisierungsprogramm" verordnet hatte. Mal sind es Landbesetzungen vertriebener Bäuerinnen und Bauern, ein andermal Kämpfe um den Erhalt ihrer sozialen und politischen Lebenszusammenhänge in großstädtischen Slums. Doch nicht nur brennende Barrikaden bringen das Kapital in Schwierigkeiten, sondern auch das Verweigern der vorgegebenen Arbeitstakte, Sabotage und das Ausnützen erkämpfter Sozialleistungen. Das ärgert den Chef, die Sozialpolitiker und die Globalstrategen bis in die Etagen des IWF hinein, denn sie können nur Profite machen, indem sie unsere lebendige Arbeitskraft aussaugen.
Seit den 80er Jahren hat das Kapital seinen Zugriff weltweit verschärft, wenn auch in unterschiedlicher Form: während wir hier weniger Lohn oder Sozi bekommen, kann ein Sparprogramm in Brasilien den Hungertod von Tausenden auslösen. Um die Ausbeutung und Herrschaft langfristig abzusichern und noch auszuweiten, versucht das Kapital alle Bereiche der Gesellschaft zu durchdringen und unseren Alltag zu bestimmen; z. B. über Städtebau und Überwachung (Datenangriff).

Dazu schafft es sich neue Bereiche, wie die Bio- und Gentechnologie, die der Profitmaximierung und derem Instrumentarium einer „qualitativen Bevölkerungskontrolle" und der militärischen und ökonomischen Unterwerfung dienen. Atomkraft steht heute nicht nur für Energie und Waffenplutonium, sondern auch für Technologieexporte in die drei Kontinente und für die Industrialisierung ganzer Regionen.
Viele Zusammenhänge ahnen wir mehr, als daß wir sie wissen und belegen können. Darum sind alle Gruppen, die zu verschiedenen Teilbereichen arbeiten, aufgefordert, die Verknüpfungen, die zu Institutionen wie dem IWF und der WB bestehen, aufzuspüren und dagegen aktiv zu werden.
Also: Die Interessen beider Seiten sind klar, die Fronten auch!

Die Bündelung unserer Kräfte...

Lohnt sich dafür der Riesenaufwand? Natürlich ist ihre Herrschaft nicht gebrochen, nur weil sie ihre Propaganda-Show einmal nicht durchziehen können. Es gibt nicht eine einzige wichtige Entscheidung, die sie deshalb ernsthaft verschieben müßten. Aber wir können ihr feines Netzwerk und ihre informellen Gespräche durcheinander bringen. Wir wollen zu einem bestimmten Zeitpunkt unsere Kräfte bündeln: aber der Prozeß vorher und nachher ist das Entscheidende.
Kapitalistischer Weltmarkt und Völkermord und Vertreibung hängen eng miteinander zusammen. Die Vertreibung der Tamilen in die BRD hängt auch mit den Waffenlieferungen aus dem Bonner Verteidigungshaushalt und



der Entwicklungshilfe für das derzeit größte Staudammprojekt auf dem indischen Subkontinent zusammen. Mit deutschen Waffen werden die tamilischen Subsistenzbauern von ihrem Land vertrieben, damit auf dem neuen bewässerten Großgrundbesitz der internationalen Agrarkonzer-

ne Südfrüchte für den japanischen und europäischen Markt angebaut werden können.
Oder das Beispiel der Anti-AKW-Bewegung, die inzwischen nicht mehr nur das jeweils neue AKW bekämpft, sondern sich vorgearbeitet hat zum Kampf gegen die politisch-militärische Bedeutung des Atomstaats, und die jetzt die Profitgrundlagen ins Visier

nimmt: Kampf gegen den Atomkonzern KWU und die Muttergesellschaft Siemens, und damit auch Kampf gegen den entscheidenen Profitzweig — den weltweiten Export des Atomprogramms.

Unsere Verhinderungsparole ist also ein Schritt zur Bündelung unserer Kräfte hier. Unsere Gegner sind in allen Teilbereichen immer wieder gut organisiert, und ihren Staat, ihre Gesetze und Medien haben sie gut im Griff. Wir haben zwar oft gefordert, von dem Kampf in Teilbereichen zum Kampf gegen das System insgesamt zu kommen, aber praktisch haben wir es kaum umgesetzt. Deshalb wollen wir nicht anstelle der Teilbereichskämpfe nun eine IWF-Kampagne (wir wollen kein neues Modethema), sondern schlagen vor, von den Teilkämpfen aus weiterzugehen, in der inhaltlichen Auseinandersetzung und im praktischen Widerstand.

Die Kampagne zur Organisierung des Widerstandes gegen den Kongreß verstehen wir als Beginn einer neuen antiimperialistischen Bewegung. Organisierung heißt für uns an erster Stelle die Organisierung eines Diskussions- **und** Aktionszusammenhangs der autonomen und antiimperialistischen Kräfte. Unser Ziel dabei ist nicht nur Orientierung auf den September 1988, sondern über den Kongreß hinaus. Dazu gehört eine genauere inhaltliche Bestimmung von Antiimperialismus und unserer Widerstandsformen.

Unsere Position zum IWF und zum Kongreß ist also inhaltlich klar und grenzt uns eindeutig von den Reformern ab. Die Mordmaschine IWF ist nicht reformierbar.

Es bereiten sich auch viele Gruppen aus dem reformistischen Lager auf den Kongreß vor. Die Berliner AL, kirchliche Arbeitskreise haben seit 3 Monaten einen Koordinationskreis und der „Bundeskongreß entwicklichungspolitischer Gruppen" (BUKO) macht den IWF zum Hauptthema seines nächstes Bundestreffens und will auch für 1988 nach Berlin mobilisieren. Ein Teil der Reformer wird versuchen, die allgemeine Kritik am IWF/Weltbank aufzunehmen und durch eine Verbesserung dieser Maschinerie das Geschäft des IWF zu besorgen. Es wird aber auch viele Menschen geben, die gegen den IWF protestieren, die aber denken, daß es ausreicht, diesen Protest in Form von Veranstaltungen, Mahnwachen und Menschenketten zu artikulieren. Alternative Gegenkongresse, Menschenketten, werden nicht ausreichen, einen effektiven politischen Widerstand gegen die Mordmaschine zu organisieren, um den Kongreß zu verhindern. Wir werden versuchen, unsere Basis zu verbreitern, unsere noch zu entwickelnden Widerstandsformen gegen die IWF-Tagung nachvollziehbar zu machen. Wir müssen jedoch beachten, daß sich kein Mensch bei uns „einreiht", wenn wir nicht von den arroganten und abstrakten Sprüchen wegkommen, die in aller Regel nur Unkenntnis und Unsicherheit überdecken.

Bringen wir sie ins Schwitzen!

Die 14 000 Strategen und Technokraten werden in diesen Tagen, im September 88, überall in der Stadt und sogar in Ostberlin wohnen; sie werden in Wagenkolonnen herumfahren und sich die Stadt ansehen. Mit ein bißchen Mühe müßte sich dieses Schauspiel in einen Hexenkessel verwandeln lassen. Wer bewacht die Mercedeskarossen, die Parkplätze, Hotels, Grenzübergänge, Nobelrestaurants und das ICC? Wer gibt acht auf herumstreunende Demonstrantengruppen, wer durchleuchtet alle Angestellten beim ICC, den Hotels und der Gepäckabfertigung? Diese Aufgabe muß den Bullenchefs schon jetzt den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Wir sollten alle ihre Ängste ernst nehmen! Auch wenn der Kongreß trotzdem seinen Fortgang nehmen wird, kann den Regierenden die Lust auf solche Provokationen gründlich verdorben werden.

Zu Beginn der Kampagne ist es notwendig, die Teilschritte zu bestimmen. Was hat der Datenzugriff, die Sozialausforschung der Volkszählung mit der IWF-Politik zu tun, in welchem Zusammenhang steht die Politik der Deutschen Bank und der KWU zur IWF-Politik? Welche Aktionen sind dagegen denkbar, wie können diese aufeinander abgestimmt werden und schließlich, wie wollen wir eine Öffentlichkeitsarbeit organisieren? Und wie wollen wir Reagan empfangen?! Fragen, die wir bald miteinander diskutieren sollten.

Autonome Gruppen Westberlin
c/o Lateinamerikazentrum, Crelle Str. 72, 1000 Berlin 62

Nachbemerkung

Bei der Formulierung des Aufrufs zu einer IWF/WB-Kampagne entbrannte eine spannende Diskussion um verschiedene Herangehensweisen an die Reformer. Einigkeit herrschte darüber, daß kein Bündnis mit ihnen eingeganen werden soll. Doch während die einen meinten, auch ein Dialog mit ihnen käme überhaupt nicht in Frage, stand demgegenüber eine Minderheiten-Position, die die autonome Position offensiv gegenüber den Reformern vertreten will.
Diskutiert wurde dann anhand des Beispiels der Buko-Konferenz im Mai, die die Verschuldungskrise zum Thema hat. Buko (Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Gruppen) ist ein Zusammenschluß unterschiedlichster, zum großen Teil kirchlich-humanitärer pazifistischer Gruppen, aber auch vieler komitees, die sich als Teil des autonomen Spektrums begreifen. Die Buko hat hier einige Kampagnen angeleiert, wie z. B. die Pharma- oder Südafrikakampagne. Durch den relativ losen Zusammenhang und die Verschiedenheit der Gruppen, ist nicht unbedingt klar, ob in der Buko ausschließlich reformistische Positionen vertreten werden.
„Dies ist nur in der Diskussion mit ihnen rauszukriegen", argumentierten Vertreterinnen der Minderheiten-Position, und so sei es ein Teil der Kampagne, sich vorzubereiten und zur Buko zu fahren. Dort solle dann die Diskussion in Gang gesetzt werden, daß Institutionen wie IWF/WB nicht reformierbar sind und darauf gedrängt werden, daß die Buko ihr Treffen '88 nicht im Mai sondern im September in Westberlin abhält. Und weiter noch, sie dann auffordern, klar zu formulieren, bzw. sich daran zu beteiligen, daß der IWF/WB-Kongreß verhindert werden muß. Mit dieser Diskussion sollen die Leute des Buko erreicht werden, die eine klare und deutliche Haltung dazu richtig finden. „Ihr könnt doch nicht glauben, daß der Kongreß verhindert werden kann, wenn wir nur unter uns bleiben."

Demgegenüber hatten viele ein tiefes Mißtrauen. „Wenn es dort Leute gibt, die an unserer Position interessiert sind, können sie doch zu unseren Veranstaltungen kommen!" Neben weiteren Argumenten, „wir werden die Reformer nicht überzeugen, die machen es eh wie sie es wollen" und „sie werden uns nur von unseren Aktionsformen abhalten wollen", stand die Kernfrage: „ist dies nicht ein erster Schritt zum Reformismus?" Dieses Mißtrauen beruht aus vielen Erfahrungen mit Leuten, die erst beteuerten, daß sie nur mit den Reformern reden wollen, ohne Aufgabe der eigenen Position, die dann aber letztendlich doch ins reformistische Lager abrutschen.
Es ist nicht das erste Mal, daß diese Diskussion aufkommt. Sie wurde und wird auch in anderen Gruppen geführt. Sie kann durchaus spannend und produktiv sein, vor allem wenn sich viele daran beteiligen. Dabei muß jedoch stärkstens darauf geachtet werden, daß sich 'Dialog' und 'unsere Position offensiv vertreten' nicht mit dem Begriff 'Bündnis' vermischen. In der nächsten Unzertrennlich könnten dann beide Positionen noch einmal ausführlich und die Meinungen anderer dazu veröffentlicht werden.

Andalusien – ärmste Region Spaniens

Land und Freiheit

Wird hier in der Presse über Spanien berichtet, so — von taz bis FAZ — über einen jüngsten Anschlag der ETA, die Auslieferung eines weiteren Etarra aus Frankreich, eine Demo im Baskenland. Dazu kommen seit dem Ausverkauf des Landes an ausländische Multis selbstverständlich entsprechende Berichte in den Wirtschaftsteilen der rechten Presse. Und die Linke? Wir sind bestens über die politische Situation informiert — und zwar genau über die vor 50 Jahren. Worüber keine Zeile zu lesen ist: Wie haben die Spanier die fast 40 Jahre andauernde Diktatur überlebt und verarbeitet? Wie wirkt sich die Diktatur heute auf ihr Leben und politisches Handeln aus? Was bedeuten 22 % Arbeitslosigkeit (nach offiziellen Angaben) für ihr Leben, für die Linke, für die völlig zerschlagene Arbeiterbewegung? Welche Umwälzungsprozesse finden überhaupt seit der Diktatur statt?
Was mich genauso wütend macht: Die Trennung zwischen Politik hier und dort, die viele von uns nahtlos hinkriegen. Denjenigen von uns, die an den Stränden von Cadiz oder Malaga in der Sonne liegen, wird keiner der andalusischen Tagelöhner mit Flugis hinterherrennen. Folgender Artikel handelt von einer Region, in der seit Jahren — hier wenig beachtet — heftige Kämpfe stattfinden — um die alte Forderung nach Land und Freiheit.

Andalusien — es umfaßt ein Drittel der Fläche der BRD — ist die wichigste Agrarregion Spanien, gleichzeitig die ärmste. Es spielte immer die Rolle der inneren Kolonie Spaniens — als Lieferant von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften. Fast 400000 Tagelöhner/innen sind von Januar bis September arbeitslos und damit dazu verurteilt, sich als Wanderarbeiter zu verdingen — mit zunehmend schlechteren Arbeitschancen. Nach Angaben der SOC, derzeit aktivste Landarbeitergewerkschaft in Andalusien, findet ein Landarbeiter zur Zeit durchschnittlich 32 Tage im Jahr in Andalusien Arbeit. Mit dem daraus resultierenden Anspruch auf 100 Tage Arbeitslosenunterstützung und dem Entgeld für einige Tage Arbeit aus dem Gemeindearbeitsprogramm ergibt sich (Abgaben an die Sozialversicherung bereits abgerechnet) daraus ein Monatseinkommen von umgerechnet 162,- DM. So wanderen viele im Frühjahr nach Navarra aus zur Spargelernte, im Sommer an die Mittelmeerküste, die Inseln oder zur Gemüseernte, im Herbst zur Weinlese nach Südfrankreich.

tierra y

Bis in die sechziger Jahre hatten die meisten der Tagelöhner/innen in Andalusien Arbeit gefunden. Die damals einsetzende Modernisierung der Landwirtschaft löste eine riesige Auswanderungswelle aus. Obwohl viele angesichts der Arbeitslosigkeit im übrigen Europa wieder zurückgekehrt sind, leben noch heute drei der insgesamt 9,5 Millionen Andalusier in anderen Regionen, v. a. Katalonien, dem Baskenland, und dem Ausland. Zunehmend verschwand in der Landwirtschaft das,was von der SOC „soziale Kulturen" genannt wird: Olivenkulturen, Wein, Zuckerrüben. „Sozial" deshalb, weil sie vielen Menschen Arbeit gaben. In den letzten zehn Jahren wurden 60 % der Olivenbäume ausgerissen und durch Getreide und Sonnenblumen ersetzt.
Spaniens EG-Beitritt beschleunigte diese Entwicklung. Das Ausreißen von Olivenbäumen und Weinstöcken wird von der EG subventioniert. Multinationale Konzerne haben bereits begonnen, Land aufzukaufen und lokale Industriebetriebe, die bisher von spanischem Kapital kontrolliert worden waren. In Andalusien liegt der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten bei 28 %, in den übrigen EG-Ländern bei 4—6 %.

Der Kampf der andalusischen Landarbeiter um Land und Freiheit

Die Geschichte Andalusiens seit der Reconquista ist die Geschichte des Kampfes gegen den Großgrundbesitz. Die Familientitel vieler Großgrundbesitzer zeugen noch heute von der Verteilung des Landes an die adligen Feldherren nach der Vertreibung der Araber. Der Herzog von Infantado besitzt in Andalusien 17000 Hektar Land, die Herzogin von Alba besitzt in Andalusien und der Extremadura 40000 Hektar, mit zu den größten Familien gehören der Marques de la Rana und der Herzog de la Maza bei Moron. In der Gemeinde El Coronil, südlich von Sevilla, besitzt die Familie Candau das meiste Land, über 10000 Hektar mit 16 Gutshöfen. Diese Familie floh während der französischen Revolution nach Andalusien, an ihren damals erworbenen Besitz hat sich bis heute nichts geändert. In England und Frankreich fand eine Agrarreform bereits im 17. bzw. 18. Jahrhundert statt, in Andalusien ist der Kampf für eine Agrarreform genauso alt. 60 % des Landes befinden sich heute noch immer in den Händen von 2 % der Großgrundbesitzer.

Bereits im 18., v. a. jedoch seit dem 19. Jahrhundert kam es ständig zu Bauernaufständen. Zum Teil waren es spontane Einzelaktionen, wie das Stürmen von Märkten, Kornspeichern und Läden, die Besetzung von Häusern der Reichen, Geld- oder Viehbeschaffungsaktionen (teilweise wurde das Geld bereits abgeschafft). Einige Aufstände waren jedoch bewaffnet und mit klaren politischen Zielen. Beim ersten bewaffneten Aufstand 1857 in El Arahal bei Sevilla wurde die Kaserne der Zivilgarde angesteckt, Grundbücher und Pachtverträge verbrannt, Häuser besetzt und die Republik ausgerufen mit der Parole „Tod den Reichen". Ähliches passierte gleichzeitig in anderen Dörfern. Der Aufstand wurde blutig unterdrückt, es gab 150 Todesurteile. Beim zweiten bewaffneten Aufstand 1861 besetzten 10000 bewaffnete Bauern die Ortschaft Loja. Sie wollten die Monarchie abschaffen und forderten die Aufteilung des Bodens. All diese Revolten, die bis zum Bürgerkrieg anhielten, waren stets lokale Aktionen, ohne Koordination, so wurden sie jeweils nach wenigen Tagen blutig niedergeschlagen. Als Fanelli, ein Schüler Bakunins, nach Spanien kam, fielen seine Ideen sofort auf fruchtbaren Boden. Nach Katalonien wurde Andalusien zur zweiten Hochburg der Anarchisten. Der größte Teil Andalusiens fiel bereits in den ersten Monaten des Bürgerkriegs. Die Zahl der Opfer des faschistischen Terrors läßt sich nur schwer schätzen. Nach Angaben eines (rechten) Notars, der Zugang zu den Archiven hatte, beträgt sie in den Provinzen Granada 26000, Cordoba 32000, Sevilla 47000. In der Provinz Sevilla hielt sich die Guerilla in den Bergen noch bis 1949.

Und heute...

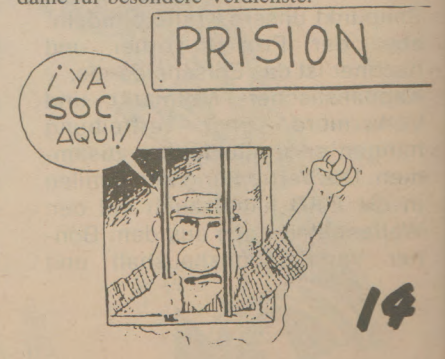
In El Coronil, südlich von Sevilla, ist die SOC sehr stark verankert. 600 Tagelöhner, das sind 70 % der aktiven Bevölkerung, sind hier arbeitslos. Durch Streiks (was als Arbeitsloser natürlich schwierig ist) und jahrelange Kämpfe haben sie inzwischen erreicht, daß sich die Großgrundbesitzer der Gemeinde jeweils vor der Ernte mit der SOC zusammensetzen und gemeinsam die Anzahl der Arbeitstage und die Zahl der Tagelöhner/innen aushandeln. Die SOC setzte sich die letzten Jahre dabei immer durch. Der Vorteil dieser Verhandlungen besteht darin, daß sich die Großgrundbesitzer dadurch die Leute nicht individuell aussuchen und die Löhne bestimmen können — Frauen kamen früher fast nie dran. Der letzte große Streik war 1983 der „Zuckerrübenstreik". Damals gaben die Großgrundbesitzer der Forderung der SOC nach 90 Arbeitstagen pro Jahr nicht nach, stattdessen stellten sie für die Ernte Streikbrecher ein. Die Zivilgarde ging mit großer Härte gegen die Landarbeiter vor, die versuchten, die Streikbrecher an ihrer Arbeit zu hindern. Nach getaner Arbeit gingen die Leute aus El Coronil in die beiden Dörfer, aus denen die Streikbrecher waren, verprügelten diese, gewannen auch, und rangen ihnen das Versprechen ab, sich nie mehr als Streikbrecher in ihrer Gemeinde blicken zu lassen. Der ganze Ärger mit der Zivilgarde, Presse etc. führte schließlich zu dem Zugeständnis der Großgrundbesitzer. Im vergangenen Jahr hatten die Landarbeiter aus El Coronil durchschnittlich 71 Tage Arbeit, der Durchschnitt in Westandalusien liegt dagegen bei 32 Tagen. Erst ab 60 Tagen haben die Tagelöhner vollen Anspruch auf Arbeitslosengeld, dies schafft nicht einmal ein Drittel. Der Höchstsatz liegt bei 250,- DM, wer weniger Tage Arbeit findet, bekommt entsprechend weniger. Den Aktionen der SOC in El Coronil ist es auch zu verdanken, daß der Grad der Mechanisierung in der Landwirtschaft hier wesentlich geringer als auf umliegenden Dörfern ist.

libertad

Der Preis: Etwa 80 der Landarbeiter/innen haben inzwischen Verfahren, die wenigsten nur eines. Die PSOE erließ vor einem Jahr ein neues Gesetz, nach dem jede/r, der bei einer Landbesetzung festgenommen wird, pro Festnahme ein Verfahren bekommt. Früher waren alle Festnahmen zu einem Prozeß zusammengezogen worden. Vor knapp ein Jahr fand ein Prozeß gegen acht Taglöhner aus El Coronil statt wegen der Besetzung ihres Rathauses im September 1983. Die Zivilgarde hatte damals die Türe mit Plastiksprengstoff aufgesprengt, die Tagelöhner kamen ins Gefängnis, begannen sofort einen Hungerstreik und wurden nach 10 Tagen auf Kaution freigelassen. Die Staatsanwaltschaft hatte insgesamt 17 Jahre Knast wegen dieser Aktion beantragt. Wegen der vielen Proteste (auch im Ausland) und Aktionen dagegen lautete das Urteil dann auf insgesamt fünf Jahre. Unter den acht Tagelöhner war auch Diego Canamero, derzeitiger Generalsekretär der SOC. Er ist 30 Jahre alt, wurde im Laufe seines Landarbeiterlebens 40 mal verhaftet, saß fünf mal im Gefängnis, hat zehn Prozeße hinter sich, 15 noch vor sich und Gerichtsschulden von über 100000 Peseta.

Die Forderung nach Amnestie

Die PSOE-Regierung zeigt bislang noch kein Interesse an einer politischen Lösung. Die von ihr propgierte „Agrarreform" , eine Umschreibung für Modernisierung der Landwirtschaft, ist längst gescheitert.Der Großgrundbesitzerverband ASAGA klagte gegen den Gesetzesentwurf und gewann gerade in letzer Instanz. Zur Zeit stehen 600 Verfahren gegen Mitglieder der SOC an. Dazu kommen Verfahren gegen Mitglieder der Landarbeitergewerkschaften „Comisiones Obreras del Campo" (Arbeitergewerkschafen auf dem Lande), der CNT und der MCA (Kommunistische Bewegung Andalusiens). Die Prozeßwelle begann von zwei bis drei Jahren, oft werden bereits Jahre zurückliegende Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen. Zehn Prozesse pro Tagelöhner/in sind keine Seltenheit, zwei Tagelöhner haben mit Gerichtsschulden bereits die Millionengrenze (in Peseta) überschritten. Allein aus Marinaleda, wo die SOC ebenfalls sehr stark verankert ist, sind über 100 Tagelöhner/innen angeklagt wegen der Besetzung der Finca „El Humoso" im Sommer 1985. Sie wurde mit 400 Leuten an über 40 Tagen besetzt und 37 Mal geräumt — jeden Tag außer sonn- und feiertags, da hat die Zivilgarde frei. Demnächs stehen Prozesse gegen sieben Tagelöhner/innen von der SOC aus Paradas (Sevilla) und gegen sieben Tagelöhner/innen der CNT aus Arahal (Sevilla) an wegen Straßensperren. Die Forderung der Staatsanwalt: Je zwischen zwei Jahren und zwei Jahren und vier Monaten Knast. Im Februar sind mehrere Prozesse gegen Tagelöhner/innen, die in Gruppen auf Großgrundbesitze gingen, um dort zu versuchen, ohne Vertrag zu arbeiten — was ihnen die Festnahme durch die Zivilgarde einbrachte. Antrag der Staatsanwaltschaft: Je drei Monate Knast und 30000 Peseta Strafe. Bei Prozessen gegen Tagelöhner entsprechen die Richter in der Regel den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Kein Grund für die Befangenheit eines Richters stellt die Tatsache dar, daß deren Familien oft selbst Großgrundbesitzer sind. Im Februar dieses Jahres wurde Sanchez Gordillo, Bürgermeister von Marinaleda, wegen einer Landbesetzung verurteilt — von einem Richter, der selbst Großgrundbesitzer ist. Sind die Tagelöhner selbst Angkläger, sieht die Situation anders aus. Im Februar 1986 fand der Prozeß gegen einen Zivilgardisten statt, der einen Tagelöhner aus der Nähe von Cadiz beim Versuch erschossen hatte, eine Kuh zu stehlen. Der Staatsanwalt in diesem Prozeß war ehemals Minister unter Franco. Das Urteil: 18 Monate Gefängnis. Der Zivilgardist wurde nie vom Dienst suspendiert, er bekam noch während des laufenden Ermittlungsverfahrens eine Ehrenmedaille für besondere Verdienste.



Die SOC fordert eine Amnestie sowohl für die bereits abgeschlossenene als auch die noch ausstehenden Verfahren. Ihre letzte spektakuläre Aktion fand in der ersten Septemberhälfte statt. 300 Tagelöhner/innen sorgten zwei Wochen lang in Madrid für viel Aufsehen, um die Aussetzung der bevorstehenden Knaststrafe für Diego Canamero zu erreichen — mit Erfolg, darüber hinaus ging es ihnen jedoch um die Forderung nach Amnestie für alle. Sie nahmen eine Kirche in Beschlag, von der aus sie täglich neue Aktionen unternahmen, parallel dazu liefen Landbesetzungen, Hungerstreiks etc. in Andalusien.
Die PSOE landete inzwischen ihren nächsten Coup gegen die Landarbeiter: Im Januar gab sie bekannt, daß ab 1987 anstatt wie bisher zehn Tage nun 20 Tage Arbeit die Mindestvoraussetzungen sind, um Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Laut „El Pais" kriegten 1986 243638 Landarbeiter/innen Arbeitslosenunterstützung. Nach der neuen Regelung werden etwa 100000 keinerlei Unterstützung mehr bekommen. Gleichzeitig kürzte die PSOE ab sofort die eh knappen Gelder für die sog. „Gemeindearbeitsprogramme", die für jede/n Landarbeiter/in einige wenige Tage Arbeit pro Jahr bedeuten, um 12 %.
Betroffen sind vor allem Andalusien und die Extremadura, die zweitärmste Region des Landes. Die ersten Streiks und Aktionen dagegen haben bereits angefangen.

Die SOC (Sindicato de Obreros del Campo) macht seit 1978 von sich reden. Aus den Tagelöhnerkommissionen, die am Ende der Franco-Diktatur die ersten illegalen Aktionen unternahmen, entstanden, organisierte sie die ersten Landbesetzungen seit dem Bürgerkrieg. Die meisten fanden 1978 und 1983 statt. Im August 1983 organisierte sie den großen Marsch auf Sevilla, an dem zuletzt 10000 Landarbeiter teilnahmen. Weitere Aktionsformen sind Besetzungen von Kirchen und Rathäusern, „Hungerstreiks gegen den Hunger" (am bekanntesten wurde der in Marinelda 1980, wo 700 der 2500 Einwohner in einen unbefristeten Hungerstreik traten), Sperren der Landstraßen mit Kundgebungen, Stillegung von Erntemaschinen, etc.
Aus ihrem Programm:
„Unsere Philosophie kann man auf folgende Weise zusammenfassen: Die Erde ist, wie die Luft und das Wasser, eine Gabe der Natur, die sich niemand zu seinem privaten Profit oder zu seiner persönlichen Bereicherung aneignen kann. Die Erde ist Gemeingut, Eigentum des Volkes — nur jene, die darauf leben und arbeiten, haben das Recht, über sie zu verfügen und sie zu nutzen...

...Wenn also der Boden niemandem gehört, dann ist Eigentum an Boden — Diebstahl. Die Großgrundbesitzer sind und waren seit jeher die großen Landräuber, die sich an einem Gut bereichert haben, das niemandem gehört als dem Volk. Wir fordern daher ihre entschädigungslose Enteignung..."

SINDICATO DE OBREROS DEL CAMPO. c/. Santas Patronas, 24 - Telf. 213259. Sevilla

Zentralamerika-Solidarität im Umbruch

Hoch die...

Der Moment kommt auf jede Solibewegung zu. Irgendwann ist die Euphorie weg und die politischen Widersprüche sind da: die Revolution, die Befreiungsbewegung schliddert vom erklärten, revolutionären Fahrplan ab. Dies bringt die übliche Spaltung mit sich zwischen denen, die die Widersprüche nicht sehen (wollen), verharmlosen oder wegerklären („Diese seien keine Hauptwidersprüche, sondern Nebenwidersprüche.") und den anderen, die versuchen, die Widersprüche zu erkennen und zu analysieren. In unserem poltischen Alltag sind solche Auseinandersetzung keinem von uns fremd. Sei es in der Diskussion um die RAF, oder die Auseinandersetzung innerhalb der Autonomen, oder eben die Fragen zur internationalen Solidarität.
Wohin mit der Kritik? Wo sind die Grenzen? Wann ist die Kritik konstruktiv und wann arbeitet sie den System hier zu? Vor diesen Fragen steht zur Zeit die Zentralamerika-Solidaritätsbewegung (ZA-Solibewegung).
Eine weitere Problematik, die diese Bewegung beschäftigt ist die breite Bündnispolitik mit der SPD, den Grünen, den Krichen und den Gewerkschaften, die 1983 vor der drohenden US-Invasion in Nicaragua entstand. Diese Politik wird neuerdings von Teilen der Autonomen in Frage gestellt. Es wird behauptet, daß damit die eigenen radikalen linken Inhalte geopfert wurden und dies zu einer Isolierung der ZA-Solibewegung innerhalb der autonomen Bewegung geführt habe. In dieser ausgebrochenen Diskussion wird versucht, Begriffe wie „Anti-Imperialismus" und „Solidarität" neu zu bestimmen, nicht nur bezüglich Zentralamerika, sondern auch in Bezug auf die Situation hier in der BRD.

Die Auseinandersetzung in der ZA-Solibewegung begann vor der jüngsten Bundeskonferenz vom 28. bis 30. November in West Berlin. In dem Zentralamerikainfoblatt, IDES, erschien eine Reihe von Artikeln der Redaktion, die eine zunehmende Entpolitisierung und Isolation der ZA-Solibewegung von der „außerparlamentarischen BRD-Opposition (Anti-AKW-Bewegung, Startbahnbewegung usw)" und eine abnehmende Fähigkeit der Solibewegung zum politischen Handeln innerhalb der BRD feststellen. Diese Tatsache ist laut IDES zum Teil auf das zu breite Bündnis zurückzuführen, denn „unsere neuen Bündnispartner, die Grünen,Teile der Gewerkschaften etc., haben nur wenig Interesse an einer breiten Diskussion über eine Reaktivierung einer linksradikalen Politik in der BRD, die eine radikale linke Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik 'unserer' Befreiungsbewegungen ebenso zum Thema hat wie den Versuch, unser jeweiliges Abgleiten in einzelner politische Teilbereich rückgängig zu machen."
Weiterhin läge diese Entwicklung an der unkritischen Auswertung vom politischen Prozeß in Zentralamerika mit all seinen Widersprüchen und Fehlern, wodurch ein Bild der politischen Gradlinigkeit entstehen würde, um Projekte, Geldsammlungen und das große Bündnis zu fördern. Die Solibewegung habe dadurch ihre Glaubwürdigkeit unter den radikalen Linken verloren und wäre auf dem besten Wege, eine alternative Caritas zu werden. Die Abflachung und Abschwächung sei nur durch eine Repolitisierung der Solidarität und ihrer Umsetzung innerhalb der BRD zu überwinden, d.h. eine Reintegration der ZA-Solibewegung in den Kmapf gegen den Imperialismus in der BRD.

Kritik am Ides

Kritik an dieser Position wurde danach im IDES abgedruckt. Die Kernaussagen lauteten, daß die Verbreiterung der ZA-Solibewegung in Kirchen- und SPD-Kreisen der Bewegung nicht die Radikalität beraube. Es gehe allein um eins: „Den Kampf gegen den Imperialismus." Was die von der IDES-Redaktion gewünschte Kritik und Diskussion an revolutionären Bewegungen in Zentralamerika betrifft, sei sie nur gültig, so die „Bündnisbefürworter", wenn sie diese Bewegungen nicht in Frage stellten („Sie darf nicht den partiellen Rückzug gegenüber der Revolution bedeuten").
Die Argumente des IDES:
1. Jede revolutionäre Bewegung begeht Fehler; zu tun, als ob diese Widersprüche nicht existierten, erzeugt weder propagandistische Erfolge noch Solidarität.
2. Es ist die Aufgabe der Solidaritätsbewegung im eigenen, wie im Interesse der anderen, diese Widersprüche zu untersuchen und im Rahmen aktueller und historischer Bedingungen zu begreifen.
3. Wenn eine revolutionäre Bewegung im Namen des Antiimperialismus ähnliche Repressions- und Ausbeutungsformen des Imperialismuis verwendet, ist dies wohl ein Grund zur Kritik und Distanzierung.
Diese Argumentation wurde von den Kritikern abgelehnt, mit der Begründung, diese Argumente spielten in die Hände der Rechten.
Die Ironie lag darin, daß auch die Kritiker des IDES die Schwächung der ZA-Solibewegung zugeben mußten, aber selbst keine Erklärung und auch keine Lösung anbieten konnten. Einige suchten Zuflucht in einem neuen Riesenprojekt. Andere riefen auf, einen neuen Schwerpunkt für die politische Arbeit mit Leuten zu bilden, „die erkennen, daß es in Mittelamerika nicht um humanitäre Hilfe geht, sondern um den weltweiten Kampf gegen das westliche Kapital in der Dritten Welt und in den Metropolen". Aber wie? Diese Leute sind es doch, die sich wegen der gegenwärtigen Politik der ZA-Solibewegung von ihr abgewandt hatten.

Neue politische Gegebenheiten

In der ZA-Solidaritätsbewegung geht es heutzutage hauptsächlich um Nicaragua. Die Solidarität mit der guatemaltekischen Befreiungsbewegung hatte hierzulande nie eine starke politische Konjunktur. Heute hat die FMLN in der BRD nicht die aktive Unterstützung wie früher nach ihrer letzlich fehlgeschlagenen Endoffensive von 1981, nach dem „unrealisierten" Marsch zum Sieg, die 1984 ins Stocken kam, nach dem Mord an Ana-Maria und Selbstmord vom Marcial 1983. Der fehlende lange Atem hier in der BRD und die schlechte Soli-Politk der Salvadorianer (samt Partei-Intrigen und oberflächlicher Propaganda) hat jene Solidaritätsbewegung ziemlich ausgedünnt.
Nach der wellenartigen Wiederauferstehung der Nicaragua-Solidaritätsbewegung (die seit 1980 wegen Widersprüche in der FSLN-Innenpolitik angeschlagen war) wegen der drohenden US-Invasion im Herbst 1983, wo unter dem Motto „Gegen die US-Invasion in Nicaragua" ein breites Bündnis und eine Mobilisierung in der BRD von Anti-Imps und Autonomen bis in den moderaten SPD-Flügel und DGB ermöglicht wurde, ist Nicaragua nicht mehr „das" politische Thema, sondern eines von vielen Teilbereichen in der Linken geworden. Was das mittelfristige Mobilisierungspotential angeht, ist das Thema Mittelamerika gegenüber der Volkszählung, der Anti-AKW-Bewegung, fälschungssicheren Ausweisen, Flüchtlinge, IWF, in der BRD sekundär. Die Mobilisierungskraft der ZA-Solibewegung hängt, so wie sie heute funktioniert, zu sehr von den Geschenisse drüben ab.
Die akute Gefahr einer US-Invasion in Nicaragua gibt es zur Zeit kaum. Die US-Intervention ist zum Alltag geworden. Die US-Strategie des „Krieges der niedrigen Intensität" (die langsame Zermürbung des Feindes durch ständigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Druck) ist heute Tatsache. Zudem ist es bei dem gegenwärtigen politschen Klima in der BRD schwierig, eine Mobilisierung dagegen herbeizuführen. Dies stimmt auch für die eigenen Reihen der Solibewegung: Militanz und Aktionen werden weniger.
In der heutigen Analyse der US-Strategie in Mittelamerika ist dieser Krieg der niedrigen Intensität in Nicaragua nur ein Bestandteil der regionalen US-Strategie der Eindämmung (Containment) und Wiedereroberung. Die BRD ist eine wesentliche Stütze dieser Aufstandsbekämpfung. Während Kohl wegen des politischen Drucks hier sich in Nicaragua dezent zurückhält, läuft die Unterstützung der Diktaturen und Repression in den anderen zentralamerikanischen Ländern auf vollen Touren. Hunderte von Millionen DM fließen nach El Salvador und Guatemala. Das BMZ ließ sogar 10 Mio. DM für Polizeausrüstung und -ausbildung in Guatemala als

„Entwicklungshilfe" abbuchen.
Die logische Verlegung des Haupthandlungsfeldes der ZA-Soligruppen in ihrem Kampf gegen den Imperialismus in Zentralamerika, von den Nordgrenzen Nicaraguas zurück in die BRD (eine Entscheidung, die durch die Räumung der Brigadisten aus diesem Gebiet durch die Sandinisten erleichtert wurde), sprengt aber das breite Bündnis der Solibewegung. Der beteuerte Anti-Imperialismus des breiten Bündnisses entpuppt sich als ein bloßer Anti-Amerikanismus.
Wenn es darum geht gegen den Imperialismus in der BRD, d.h. gegen das System der Ausbeutung und Repression in der BRD, gegen die NATO, gegen die Politik der internationalen Firmen und Banken zu arbeiten sind SPD, Grüne, Gewerkschaften und Kirchen nicht bereit, „diesen" Anti-Imperialismus nachzuvollziehen. Die Tatsache, daß der vorletzte Bundeskongress der ZA-Solibewegung gerade am Wochenende (7.6.86) der Großmobilisierung für Wackersdorf durchgeführt wurde, sagt schon viel über die unpolitsiche Inhalte jenes breiten Bündnisses.

Was sind die Konsequenzen

In ihrer Selbstkritik haben die Autonomnen der ZA-Solibewegung weder für einen offenen Bruch mit dem breiten Bündnis noch dafür plädiert, die Befreiungsbewegung „fallenzulassen"-.Sondern, sie haben vorgeschlagen neue Schwerpunkte in ihrer politischen Arbeit zu setzten: Aufarbeitung ihrer Analyse bezüglich des BRD-Imperialismus, sowie des Widerstandes in der Peripherie und BRD, und sich damit in anderen Teilbereichen zu integrieren.

Weiterhin müssen jene Autonomen in der Solibewegung zugeben, daß in den letzten Jahren theoretisch wenig gelaufen ist. Die Auswertung ihrer Arbeit und Information ist im Namen der Solidarität ausgeklammert worden. Viel Propaganda ist unkritisch weitergegeben worden. Viele eigene Erfahrungen sind im engsten Kreis behalten worden. Bei der Märchenwelt, die große Kreise der Solibewegung als „Realität" in Nicaragua vorzuziehen pflegen, ist es kein Wunder, daß einem Aufruf zur Aufarbeitung und Einordnung der Widersprüche der FSLN-Politik der Vorwurf von Unsolidarität und Verrat entgegengehalten wird. Das gleiche gilt, wenn die Analysen der FMLN in Frage gestellt werden.

Schon praktisch gesehen sind solche Vorwürfe unglaubwürdig. Es heißt, dadurch werden „die Befreiungsbewegung geschädigt", „man/frau spielt in die Hände der imperialistischen Propaganda" oder „solidarische Menschen werden ihre Unterstützung entziehen". Zunächst schädigt eine solche Kritik die Befreiungsbewegungen überhaupt nicht. In Nicaragua, Guatemala, El Salvador und Honduras interessiert sich niemand für unsere Kritik. Die bürgerliche Presse in der BRD übernimmt unsere Kritik ebensowenig, nicht zuletzt, weil sie mit für sie unbrauchbaren linken Kategorien durchgeführt wird. Dafür hat die bürgerliche Presse ihre eigene geschliffene Propaganda. Die Diskussion über die politische Realität in Zentralamerika läßt sich vielleicht noch weiter hinauszögern, aber im Endeffekt kann eine wirkungsvolle politische Arbeit nur auf der Realität und nicht einer Märchenwelt basieren.

Die Behauptung, „die Dritte Welt bedarf eines präzisen Kriteriensets, der von uns noch entwickelt werden muß und der sich aufgrund der besonderen Bedingungen revolutionärer Prozesse in Lateinamerika nicht einfach aus dem Ärmel schütteln läßt" mag wohl stimmen. Kann sich aber die ZA-Solibewegung deswegen leisten, solange zu schweigen?
Es geht bei einer kritischen Analyse z.B. von Nicaragua nicht darum, ob es Korruption, Inkompetenz und Repression unter den Sandinisten gibt. Mittlerweile wird das von der FSLN selbst bestätigt. Noch geht es darum ,die gemischte Wirtschaft, die schlechte gesellschaftliche Lage der Frauen oder das sich fortsetzende Klassensystem zu denunzieren. Diese Tatsachen sind nicht ignorierbar. Bei der Diskussion zu Nicaragua handelt es sich um die Politik der FSLN als herrschende Macht, und wie sie diese Macht einsetzt.
Es geht bei der internationalen Solidarität weder darum , Apologet der Befreiungsbewegungen zu werden, noch allein nur darum , Spenden für sie zu sammeln, sondern ein Bewußtsein auf der Basis von politisch-ökonomischen Kategorien für die internationale Qualität des Kampfes gegen Ausbeutung und Repression zu entwickeln. Umgesetzt können diese Kategorien nur im eignen Widerstand werden. Wenn die Autonomen feststellen, daß der Widerstand in der BRD nicht mehr das Ziel der ZA-Solibewegung ist, dann ist ihre Kritik gerechtfertigt. Ein Bündnis soll eine politische Stärke erzeugen, nicht Schwäche vertuschen.
Es sollte den Autonomen der ZA-Soligruppen nun darum gehen, ihre eigene Stärke wieder aufzubauen, was nur im politischen Alltag der BRD möglich ist. Es ist auch wichtig, dieses Element des Kampfes, den Internationalismus, gegen den Imperialismus hier stärker einzubringen, weil mit der Spezialisierung und Trennung der Teilbereiche eine Abschwächung des Internationalsimus in unseren eigenen Reihen erfolgt ist. So wenig, wie die Solibewegung den Kampf miteinbezieht, genauso wenig kümmern sich allerdings bisher die Autonomen um den Internationalismus in ihren Teilbereichskämpfen. Eine Verstärkung des Internationlismus bedeutet auch eine Verstärkung des Kampfes hier.

AKTIVE FLUCHTHILFE JETZT

Mitte Februar fand in Genf ein Treffen von Ministerialen aus europäischen, kanadischen und australischen Innenressorts zur Koordinierung des Asylrechts und der Abschiebepraxis statt. Dieses Treffen blieb weitgehend unbeachtet, es war nicht das erste dieser Art. Ergebnisse wurden nicht bekanntgegeben. Trotzdem ist klar, daß es sich um weitreichende Koordination in Fragen der Lagerhaltung, des Arbeitsverbots, der Anerkennungsgründe handelt sowie um den Ausbau eines Datennetzes, um die Flüchtlingsströme zwischen den Industrienationen besser kontrollieren und damit besser zurückweisen zu können.

So sind z.B. Verbesserungen im gegenseitigen Vorgehen im Falle der Tamilenauswanderung nach Kanada konkret in Mache, als Konsequenz aus der spektakulär gewordenen Verschiffungsaktion im letzten Jahr. Aus Bremen ist zu erfahren, daß ein neues Schiff grade startklar gemacht wird. Die Gegenseite beobachtet zur Zeit nur und kündigt an, keine Genehmigung zur Ablegung geben zu wollen.
Oder daß man gemeinsam feststellte, von den "alten Kolonialmächten" lernen zu wollen.
Demgegenüber beginnt sich in der BRD und Westberlin eine Flüchtlings- und Asylbewegung bundesweit zu organisieren, um der Abschiebepraxis, Grenzendicht-Politik und dem geschürten Rassismus effektiv was entgegensetzen zu können.
Nach Frankfurt hat im November letzten Jahres in Hamburg ein 2. bundesweites Treffen stattgefunden.

Eine Bewegung von beachtlichem Ausmaß, ca. 60 Gruppen aus vielen auch kleinen Städten der Bundesrepublik. Beachtlich ist auch die Tatsache, daß es sich bei dieser Bewegung nicht um die Reaktion auf eine unmittelbare Bedrohung wie beispielsweise bei Tschernobyl und der anschließenden Massenbewegung gegen AKWs handelt, sondern eher den Charakter einer Menschenrechtsbewegung trägt, die an einen antifaschistischen Begriff von Demokratie und einen Begriff von Christentum als Nächstenliebe und widerständige Solidarität mit den Armen und Unterdrückten anknüpft.
Ein 3. Treffen ist für den 20.-22. März in Nürnberg im KOMM angesagt.
Nachdem der Austausch bisher überwiegend organisatorisch war und im Erfahrungs- und Praxisaustausch bestanden hat, soll es diesmal um eine klarere inhaltliche Bestimmung der Fluchthilfearbeit gehen.
Die Schwierigkeit besteht dabei darin, zu einer schärferen Erfassung der Lage zu kommen, ohne zu Spaltung und Ausgrenzung beizutragen.
Fakt ist, daß das unmittelbare Eingreifen gegen drohende Abschiebung und Lagerhaltung von Menschen und Gruppen kommt, deren Antriebskraft die direkte menschlich-solidarische Hilfe ist.
Fakt ist natürlich gleichzeitig, daß diese Haltung dem zynischen Kalkül mit den Flüchtlingsströmen überhaupt nicht gewachsen ist und Gefahr läuft, zerschlagen zu werden oder den berühmten Tropfen auf dem heißen Stein darzustellen, zumal, wenn die Haltung, der staatlichen Abschiebepolitik unmittelbar in die Arme zu fallen, nicht offensiv propagiert wird, sondern als persönlicher Gesetzesbruch möglichst geheim gehalten wird.
Zum anderen sprengt diese Art von Flüchtlingshilfe die Dimension einer Spende für die hungernden Kinder in Afrika nicht, wenn sie den dahinterliegenden Motor nicht erkennt und die Mechanismen seiner Funktionsweise, seine Zentralen nicht angreift.
Andererseits aber stellt diese direkte persönliche Solidarität, die den Bruch des grade verschärften geltenden Ausländerrechts nicht fürchtet, sehr wohl einen wichtigen Gegenpart zur alltäglichen rassistischen Hetze dar, die ja als legitimatorischer Unterbau zur imperialistischen Politik stark gebraucht wird.

Um aber den Dimensionen der imperialistischen Flüchtlingspolitik, die ja auf Vernichtung, Massenmord und Völkermord hinausläuft, wirklich gerecht zu werden, ist viel stärker als bis jetzt geschehen nötig, die Völkermord-,Kriegs- und Hungerpolitik der Konzerne und Banken, des IWF als zentrales Mittel, in eigenen Ländern anzugreifen und die direkten Profiteure und Betreiber zu benennen, ihre Machenschaften aufzudecken und zu bekämpfen.

Von den Autonomen wird das Thema vor allem im Zusammenhang mit Antifa-Arbeit diskutiert, wo sich herausschält, daß es sich bei der Asylpolitik um eine insgesamt faschistische, weil rassistische Politik handelt, die in Arbeitsteilung zwischen Staat und Neonazis durchgesetzt werden soll. Der Kampf dagegen wird entsprechend als antifaschistischer Kampf geführt, mit der Stoßrichtung der Verhinderung der Lagerhaltung = KZs, dem Angriff gegen eine Sozialpolitik, die auf Basis einer rassistischen Hetze an den Ausländern ausprobiert und vorgeführt wird, letztlich aber für breitere Dimensionen von sog. Marginalisierten gedacht ist, und gegen die Haltung einer Arbeitskraftreserve, die zu den am meisten entrechteten Bedingungen der schrankenlosen Ausbeutung ausgesetzt ist, was widerum Rückwirkungen auf den restlichen Arbeitsmarkt haben wird.
Dem internationalistischen, antiimperialistischen Gesichtspunkt wird dabei zur Zeit noch wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Kaum gerät die Deutsche Bank, geraten Rüstungskonzerne, Lebensmittelkonzerne, die Chemie- und Pharmaindustrie in die Zeilen eines Artikels zur Asylpolitik.

Die Profiteure von Elend, Hunger und Vernichtung können ihre Geschäfte noch viel zu ruhig betreiben.
Daran wird sich in nächster Zeit was ändern müssen.

Abschiebungen aus Westberlin

Die Deportationspraxis des Senats seit Oktober 1986

Abschiebungsvorbereitende Maßnahmen treffen die Ausländerbullen das ganze Jahr über, um sich die Möglichkeit einer sofortigen Abschiebung offen zu halten. Die Aufenthaltsgestattungen werden eingezogen, sobald das Asylverfahren negativ abgeschlossen ist. An ihrer Stelle werden Paßeinzugsbescheinigungen ausgestellt mit dem Stempel für eine Duldung über 3 Monate, vier Wochen oder eine Woche bzw. täglich. Fotos müssen von den Flüchtlingen mitgebracht werden, wenn der Paß abgelaufen ist und verlängert werden muß. Die Abschiebeknäste sind voll von Gefangenen, die wegen ungültiger Papiere nicht abgeschoben werden können.

Das Abgeordnetenhaus hatte nun im Oktober 1986 durch einen Beschluß den Abschiebestop in den Libanon offiziell wieder aufgehoben. Eine Weiseung sieht zunächst nur die Abschiebung von Libanesen vor, der eine „genaue Prüfung" auf eine eventuelle Gefährdung vorrausgehen soll. Für Staatenlose müsse noch eine Regelung gefunden werden.

Als "Vorbereitung" für die Abschiebung "Staatenloser" hat die BRD 70 Millionen DM an den Libanon gezahlt, damit er als Gegenleistung auch die abgelaufenen Pässe für "Staatenlose" Palästinenser und Kurden aus dem Libanon für die Deportation beschleunigt verlängert.

Bei den Ausländerbullen herrscht eine angespannte Ruhe. Viele Deutsche begleiten nun Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind, um bei eventuellen Verhaftungen schnell reagieren zu können und um zu beobachten, wie sich der Abschiebungsbeschluß in der Praxis niederschlägt.

Wenn Deutsche von den abschiebungsbedrohten Ausländern mit Vollmacht ausgestattet zu den Ausländerbullen gingen, ist es öfters vorgekommen, daß diese extra lange warten mußten und das Sondereinsatzkommando in der Zwischenzeit zu den Wohnungen der betroffenen Ausländer als auch der bevollmächtigten Deutschen ging, um die Flüchtlinge zu verhaften. Oder aber die Vollmachten wurden überhaupt nicht mehr anerkannt.

Der Paß ist abgelaufen ...

Die Flüchtlinge haben Angst, wenn sie in das Zimmer für "Abschiebeangelegenheiten" müssen. Nun, nichts passiert, nichts Neues – Duldungsverlängerungen für eine Woche, einen Monat, 2 Monate. Einige Flüchtlinge müssen Unterschriften leisten zur Verlängerung ihrer Pässe, einige müssen Fotos mitbringen, einige werden aufgefordert, in 1–2 Wochen mit einem Flugticket zu kommen. Verhaftungen werden zunächst nicht vorgenommen.

Während der Beratungszeiten ist der Raum überfüllt: Ausreiseaufforderungen mit der Aufforderung zur Stellungnahme, Ausreiseaufforderungen mit der Androhung, zwangsweise abgeschoben zu werden, wenn nicht innerhalb von vier Wochen ein Flugticket vorgelegt wird. Eine Libanesin, Mutter von drei kleinen Kindern, soll ebenfalls ausreisen. Zwei ihrer Kinder stehen auf ihren Paß. Ihr drittes Kind ist hier geboren und ist nirgendwo eingetragen. Der Vater der drei Kinder ist Palästinenser und kann z.Zt. nicht abgeschoben werden, da sein Paß abgelaufen ist. Das Telefon klingelt und wir erfahren, daß am Vormittag ein Kurde festgenommen wurde, der seinen Asylantrag zurückzog. Die Ausländerpolizei hatte ihm dazu 'geraten', da sein Asylantrag sowieso keine Aussicht auf Erfolg habe. Eine alte palästinensische Frau bricht in der Beratung zusammen – sie lebt hier mit einem blinden Sohn, drei ihrer Kinder sind im Libanon verschollen, am Morgen erfuhr sie, daß ihr fünftes Kind, ihr Sohn, nach drei Jahren aus einem israelischen Gefängnis entlassen worden war und bei seinem Transport in den Libanon dort sofort erschossen wurde ...

Am Morgen des 14. November erfahren wir, daß ein junger Palästinenser gegen 6 Uhr früh von der Polizei aus dem Flüchtlingslager Friedrich-Olbrichtdamm abgeholt wurde. „Wir bringen sie zu einem Anhörungstermin zum Gericht", log die Ausländerpolizei. Der Palästinenser wurde sofort abgeschoben. Die Ausländerpolizei entwickelte zunächst die Praxis, Flüchtlinge aus ihren Wohnungen und aus den Lagern heraus zu verhaften, jetzt werden auch Flüchtlinge wieder auf der Ausländerpolizei in der Puttkramerstraße festgenommen.

Im November und Dezember des vergangenen Jahres hatte der Senat mehrere Abschiebungen vorgesehen, die aber verhindert werden konnten, weil mensch rechtzeigt davon erfuhr. Durch von außen veranlaßte einstweilige Anordnungen, z.B. griffen die Gerichte oft in die bereits laufende Abschiebung ein und konnten sie so in letzter Minute noch stoppen. Oft war der Flüchtling bereits in Frankfurt auf dem Verbindungsflughafen nach Beirut. Wie der Senat die Möglichkeit der Gefährdung eines Flüchtlings im Falle seiner Abschiebung überprüft, zeigt sich an dieser Stelle: ohne die Intervention der Gerichte zöge der Senat seine Abschiebungen durch, insbesondere von Palästinensern und Kurden aus dem Libanon.

Über Weihnachten setzte der Senat die Abschiebungen aus. Bereits am Freitag, den 16. Januar, wurden gleich die nächsten Abschiebungen vorgenommen. Zwischen 8 und 18 Flüchtlinge, die genaue Zahl ist nicht bekannt, waren schon in Frankfurt, von wo sie aber nicht weiterfliegen konnten, da die 'Middel East Airlines' wegen schlechter Wetterverhältnisse den Flughafen Kopenhagen nicht verlassen konnte. Die Flüchtlinge sind wieder in Berlin, einer ist wieder frei, wo sich die anderen befinden, war bis heute nicht zu erfahren.

Um Widerstand zu verhindern, wurde inzwischen zu 'Direktabschiebungen' übergegangen. D.H., daß die Flüchtlinge aus den Lagern oder Wohnungen heraus verhaftet und direkt zum Flughafen gekarrt werden; das ist gleichbedeutend damit, daß es unmöglich ist, Anwälte einzuschalten.

Widerstandsaktion am Flughafen

Im Laufe des späten Nachmittags des 29. 1. '87 wurde die Meldung immer wieder bestätigt, daß am darauffolgenden Tag mehrere Flüchtlinge in den Libanon abgeschoben werden sollten. Sowohl der Pressesprecher der CDU Birkenbeul, als auch Kohnen bestätigten die Meldungen, weigerten sich aber die Namen der Flüchtlinge herauszugeben.

Da aufgrund der fehlenden Namen keine Interventionen durch die Gerichte veranlaßt werden konnten, versuchten am kommenden Morgen ca. 250 Personen am Flughafen den Abschiebungen Widerstand entgegenzusetzten. Die Polizei ging mit Knüppeleinsatz und Tränengaseinsatz dagegen vor. Davon wurden auch viele Mitglieder der obersten Kirchenleitung getroffen. Letztlich bewirkte dieser Widerstand, daß bis auf einen "freiwilligen Rückkehrer" niemand abgeschoben wurde. Der Senat log dann, daß das eh nie vorgesehen war.

Die jetzige Abschiebepraxis des Westberliner Senats ist eine deutliche Verschärfung gegenüber 1983:

Während sich 1983 der Senat gezwungen sah, aufgrund von Stellungnahmen durch den UNHCR, Medico International und der FU-Berlin, den Abschiebestop offiziell wieder im Abgeordnetenhaus zu beschließen, zieht der Senat heute trotz aller Warnungen seine Abschiebungen durch. Seit Oktober 1986 gehen Stellungnahmen von UNHCR, Medico International, Amnesty, FU-Berlin, AWO, e.v. Kirche, Diakonisches Werk und sogar die Deutsche Botschaft (Beirut) ein, die dringend dazu auffordern, nicht in den Libanon abzuschieben.

Dabei dürfen wir allerdings nicht vergessen, daß auch Flüchtlinge aus anderen Ländern, in denen Krieg oder Faschismus herrscht bewußt in den Tod geschickt werden. Es gibt kaum Angaben, welche Flüchtlinge aus welchen Ländern abgeschoben werden. Wir erfahren über die Beratung oder über Rechtsanwälte von Einzelfällen, worüber die Öffentlichkeit so gut wie nie informiert wird. Um dem abzuhelfen drucken wir im Anschluß ein Gedächtnisprotokoll ab, wie eine Abschiebung von Iranern verhindert werden konnte.

Nicht aus den Augen zu verlieren ist, daß sich die Lage der Flüchtlinge durch das neue Asylverfahrensgesetz immer weiter verschlechtert.

- Erweiterung des Arbeitsverbots von bisher 2 auf nunmehr 5 Jahre.
- Nachfluchtgründe werden nicht mehr als Asylgründe anerkannt.
- die Visumspflicht ist jetzt auch für die Flüchtlinge eingeführt, die Zwecks Weiterreise in ein drittes Land, in der BRD oder Westberlin zwischenlanden müssen.
- nicht mehr nur das Bundesamt entscheidet offiziell über die Asylanträge, sondern die Entscheidungskompetenzen sind jetzt auch auf den Bundesgrenzschutz übertragen worden – eine Gesetzesänderung, die nun die bisherige Praxis legalisiert hat.
- die privaten Lager werden jetzt aufgelöst und die Flüchtlinge kommen nicht in Wohnungen, sondern in die Lager des DRK, das damit in Kürze das Monopol über die Flüchtlingslager hat. In den DRK-Lagern verschlechtert sich das Leben für die Flüchtlinge um ein Weiteres – so konnte in vielen privaten Lagern noch selbst gekocht werden, Besuch empfangen werden, es gab keinen Wachschutz, keine perfekte Kontrolle. Das DRK organisiert gemeinsam mit der Ausländerpolizei die Abschiebungen. Eine Tatsache, die nachzuweisen ist.

Gedächtnisprotokoll

Widerstand gegen Abschiebung

Am Mittwoch, den 24. 9. 86 erhielten wir noch spät abends einen Anruf aus dem Abschiebeknast in der Kruppstraße. Gefangene, Flüchtlinge aus dem Iran, teilten uns mit, daß sie am nächsten Tag, Donnerstag, den 25. 9., in den Iran abgeschoben werden sollten.
Gleich am selben Tag noch, spät, riefen wir die Ausländerabgeordnete der AL und Barthel, SPD, an, um der Ausrede vorzubeugen, niemand habe etwas gewußt. Darüberhinaus wollten wir diese alarmieren mit der Aufforderung, alle Kraft gegen die Abschiebungen einzusetzen. Wir wußten, daß am Donnerstag früh der Ausländerausschuß tagen würde, der die Möglichkeit hätte, gegen die Abschiebungen zu intervenieren. Donnerstag ganz früh benachrichtigten wir Rundfunk und Presse. Wir baten den Gefängnispfarrer, weitere Namen von von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen in den Abschiebeknästen in Erfahrung zu bringen, und sie draußen bekannt zu geben. Wir versuchten noch einmal, mit den 4 uns bekannten Iranern im Knast Kontakt aufzunehmen, was aber den ganzen Vormittag über nicht, niemanden gelang.

Eine Ungeheuerlichkeit – der gesamte Ausländerausschuß wurde von den Bullen belogen.
Schnell fuhren wir zum „Reichstag", wo die gesamte AL versammelt war zu ihrem Congreß. Frau Bischoff-Pflanz rief sofort Chamier an, der aber seine Aussage des Morgens nur wiederholte. Er gab den Tip, den Oberleiter der gesamten Ausländerbullen Hollenberg, doch anzurufen. Nach langem Telefonieren: „Rufen Sie bitte noch einmal in einer halben Stunde zurück...", derweil die Zeit zu rasen schien, bestätigte Hollenberg, daß **abgeschoben** wird.
Eine Rechtsanwältin, Leute vom Congress, Frau Bischof-Pflanz und wir fuhren sofort zum Flughafen Tegel: mit welcher Maschine sollen sie wohl fliegen, wie kommen wir an sie heran, was tun wir, wenn die sie nicht freigeben... quälende Gedanken auf einem noch viel zu langen Weg.
Auf dem Flughafen. Auf Nachfragen, mit welchem Flugzeug die von uns immer wieder geannten Flüchtlinge fliegen sollen, auf Nachfragen der Anwältin, wo sie nun ihren Mandanten sprechen könne – keine Antwort: die Flugabfertigung „aus Sicherheitsgründen können wir Ihnen keine Auskunft geben" – der Leiter der Flugabfertigung „ich habe keine Zeit"; die Bullen „wir haben keine Ahnung, wo die Leute hier sein könnten" – die Flughafenwache „wir sind hierfür nicht zuständig, das ist Sache der Ausländerpolizei".
Wir wurden quer durch den ganzen Flughafen verwiesen und wieder zurück und waren noch keinen einzigen Schritt weiter. Inzwischen flog die erste Maschine ab, waren sie da schon drin? Niemand wußte etwas, niemand war zuständig, niemand hatte plötzlich etwas zu sagen.

Die Rechtsanwältin versuchte weiterhin verzweifelt unter Vorzeigen ihres Anwaltsausweises an die Flüchtlinge heranzukommen. Aussichtslos. Draußen fuhren 3 Gefängniswagen vor. Zivis drinnen und auch sofort draußen. Nach etlichen Überredungskünsten der Rechtsanwältin gelang es, mit je einem Gefangenen zu sprechen. „Freiwillige Rückkehrer" im Gefangenentransport, die sich unter dem Druck der Lüge, daß Asyl aussichtslos sei und sie nach Istanbul abgeschoben würden, hatten breitklopfen lassen, sich nicht zu widersetzen. Sie kamen aber in eine Maschine über Zürich nach Teheran. Umgeben von Bullen, eingezwängt in den Zellen der Gefängniswagen, sahen sie keine Hoffnung auf Schutz hier, auch dann nicht, wenn sie jetzt noch ausgestiegen wären. Die uns bekannten Flüchtlinge waren angeblich nicht in den Wannen, kontrollieren aber durfte die Anwältin dieses nicht. Die Zivis: „Wir können Ihnen nichts sagen. Die Leute sind jetzt nicht hierbei. Rufen Sie die Ausländerbullen an."
Nun, das taten wir dann zum x-ten Mal an diesem Tag: „Die leute sind von der Flugliste gestrichen, die sind hier in der Kruppstraße". Wir kündigten unser umgehendes Kommen an.
Erleichterung. Wir erlaubten uns, uns trotz alledem zu freuen. Wir freuten uns tierisch!
Wütend über alle diese Sauereien kamen wir in der Kruppstraße an. Papiernummer, vor dem Gebäude warten... plötzlich hörten wir drinnen einen Gefangenen laut und angstvoll schreien. Mir schoß durch den Kopf: die machen da jetzt noch einen dafür fertig, daß er die Abschiebungen verhindert hat. Einer kriegt jetzt dafür eine rein. Ich hatte Herzklopfen vor Ohnmacht und Wut... das Gefängnistor öffnete, eine Wanne fuhr heraus, ein Gefangener, nach vorne gebeugt, saß drin. Wir hatten nichts zu sagen, wußten nicht, was tun... ich wußte nur, daß ich Recht hatte.

Die Vertreibung ist weltweit: Crossroads bei Kapstadt

Über das rote Kreuz erfragten wir, ob Abschiebungen vorgesehen seien und die 4 uns bekannten Namen auf der Flugliste stünden. Man versicherte uns, daß für diesen Tag keine „Rückkehren" vorgesehen seien. Gegen 12 Uhr gelang es endlich, jemanden von der AL zu erreichen, um das Ergebnis des Ausländerausschusses zu erfahren. Sie teilten uns mit, daß der Leiter der Ausländerpolizei in der Torfstraße, zuständige Stelle für Flüchtlinge mit laufenden Asylverfahren, Chamier, zugesichert habe, daß an diesem Tag keine Iraner abgeschoben würden. Der gesamte Ausländerausschuß sah sich außerstande, diese Zusicherung in Frage zu stellen und glaubte demzufolge.
Wir aber nicht, hatten die Gefangenen doch angerufen, uns beharrlich um Unterstützung gebeten und Fakten zu ihrer geplanten Abschiebung genannt.

Ziemlich ratlos starteten wir einen letzten Versuch. Wir riefen noch einmal bei den Ausländerbullen an, die zuständige Stelle für die Fluglisten. Wir formulierten eine harmlose Frage nach einem der Namen – „Ja, der Mann steht auf unserer Liste". „Fliegen noch mehr Iraner heute ab?" „Ja, es stehen noch mehr auf der Liste. Sie fliegen zwischen 15.00 und 16.00 Uhr", verriet er uns.

Die drei uns bekannten Gefangenen waren noch dort. Bei unserem Besuch erzählten sie, daß sie in der Torfstraße verhaftet wurden, wo sie hingehen **müssen**, wenn sie einen Asylantrag stellen, und das wollten sie an diesem Tage tun. Die Torfstraße ist der Ort der Falle: du muß dahin, sonst bist Du illegal hier, gehst du hin, dann haben sie Dich. Man hatte sie zwingen wollen, ihre freiwillige Rückkehr zu unterschreiben. Sie waren sicher, daß sie das nicht tun durften, und verweigerten. Am darauffolgenden Tag, am Freitag, kamen die drei Gefangenen frei! Der vierte Gefangene war tatsächlich kurz vor Erreichen durch die Anwältin in den Abschiebeknast am Augustaplatz gebracht worden. Es war der Gefangene in der Wanne.

Die Anwältin fuhr mit einem Übersetzer dorthin. Der Iraner befand sich in einem total verstörten Zustand. Tiefe Wunden an seinen Handgelenken von den viel zu engen Handschellen, eine Wunde an der Stirn. Als man ihn aus der Kruppstraße abtransportierte, ließ man ihn in dem Glauben, daß er nun abgeschoben würde. Dieses ist eine Methode der Faschisten – z. B. werden im Iran zum Tode Verurteilte mehrmals zur Hinrichtungsstelle geführt und dann wieder zurück in die Zelle. Der Iraner hat einen Folgeantrag, seine Klagefrist konnte er nicht einhalten, weil er seine Post in dem Riesenlager in der Streitstraße des DRK nicht rechtzeitig erhalten hatte. Der Flüchtling ist noch immer in Haft.

Nach diesem Tag war uns erneut bestätigt: in kurzer Zeit werden hier Menschen verschwinden, von denen niemand etwas weiß. Die Bullen haben hier einen ausgesprochenen Freiraum der Selbstjustiz, der Praktizierung von Sadismus, Rassismus und der Anwendung von Gewalt.

„Bürgerinitiative Demokratie & Identität"

Faschisten hinter demokratischer Fassade

Berlin-West während der Hetze vom Senat und Medien gegen die Flüchtlinge im Sommer '86:
Die Bürgerinitiative Demokratie und Identität (BDI) verteilt Flugblätter gegen die Unterbringung von Asylanten auf einem Neuköllner Sportplatz. Sie rufen Hetzparolen gegen die Flüchtlinge, bis ihre Kundgebung von ca. 50 alarmierten Antifaschisten gestört wird. Anwesend sind Mitglieder der „Freiheitlichen Arbeiter Partei" (FAP), die daraufhin unter Polizeischutz ihren Rückzug organisieren. Der Versuch, Flugblätter der BDI unbrauchbar zu machen, war Anlaß für die Polizei für Knüppeleinsatz und versuchte Festnahmen. Im Laufe der Auseinandersetzung sollen nach Polizeiangaben 3 Bullen verletzt worden sein. Wegen versuchten Totschlags, Gefangenenbefreiung und gefährlicher Körperverletzung wurde ein Genosse ca. 3 Monate später verhaftet, nach 2 Wochen U-Haft gegen Auflagen wieder entlassen. Gegen einen weiteren Gegendemonstranten wurde Anklage erhoben.
Am 30. Juli veranstalteten die West-Berliner Neonazis unter Führung der BDI eine „Kundgebung gegen die Asylantenflut". Zum ersten Mal seit 3 Jahren traten Nazis öffentlich in Berlin bei einer Kundgebung auf, das Ganze natürlich wieder unter Bullenschutz. Herbst '86: verstärkte Flugblattaktionen der BDI an mehreren Orten Berlins gleichzeitig. Eine „Deutsche Jugendinitiative Berlin" (DJI) verteilt im Herbst '86 und Winter 86/87 an ca. 30 Schulen und in Einkaufszonen Hetzschriften, in denen „Ausländer für die umweltzerstörung verantwortlich" (Volk ohne Raum) gemacht werden.

Der Hintergrund

Heidelberger Manifest (von rechtsradikalen Professoren veröffentlichte Plattform gegen „Rassismus und jeden Links- und Rechtsextremismus"): „Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird der Bundesrepublik als eines der dichtbesiedelsten Länder nicht nur eine gesellschaftliche Entlastung, sondern auch eine ökologische Entlastung bringen."

Michael Kühnen '82 (z. Zt. in Haft wegen Verbreitung von NS-Propaganda. Freie Umschau, Berlin 10/86): „Fast alle Gruppierungen, die deutsche Interessen vertreten, haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Bekämpfung der offiziellen Ausländerpolitik geeinigt."

Militante Neonazis aus der '83 verbotenen ANS/NA (Aktions nationaler Sozialisten/nationale Aktivisten) arbeiten jetzt seit Winter '86 zusammen mit Mitgliedern anderer Nazi-Splittergruppen, in der BDI mit. Auf dieser Basis, die legal ist, rekrutieren sie zahlreiche Jugendliche zur Organisationsarbeit für die FAP.

Geworben werden neue Leute erstmal für die BDI und ihre Jugendabteilung die DJI, die Organisationsübergreifend sind. So mischt auch dort die Nationalistische Front (NF) mit, die bundesweit die Zeitung „Klartext" in hoher Auflage verteilt.
Grundlage für das Erstarken der Nazi-Scene ist neben der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit der organisatorische Rahmen der BDI. Es gibt sie seit Mai 1980. Ihre ideologische Grundlage ist das „Heidelberger Manifest". Ihre Flugblätter sind betont „demokratisch" formuliert – seit Jahren betreiben sie eine planmäßige Organisierung der rassistischen und faschistischen Kräfte. Dabei vermeiden sie Nazi-Symbole und eindeutige, leicht erkennbare, faschistische Parolen. Ihr erklärtes Ziel ist es die bürgerlichen Parteien nach rechts zu drücken, ihr Favorit heißt Lummer (CDU-Bundestag), sie pflegen Kontakte mit Ausländerfeinden der bürgerlichen Parteien, suchen Kontakte mit aufgehetzten bürgern, um diese zur Mitarbeit zu bewegen.
National organisiert ist die BDI in der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Bürgervereinigungen" – das sind u. a. die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" und der „Schutzbund für das deutsche Volk". Ausführliche Informationen sind in einer kürzlich erschienenen Dokumentation enthalten.

Die Dokumentation ist zu bestellen über das 'Antifaschistische Jugend-Info' der 'Jugendgruppe gegen Faschismus und Rassismus', c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 1/61. 3.50 DM in Briefmarken beilegen oder über AL-Charlottenburg.

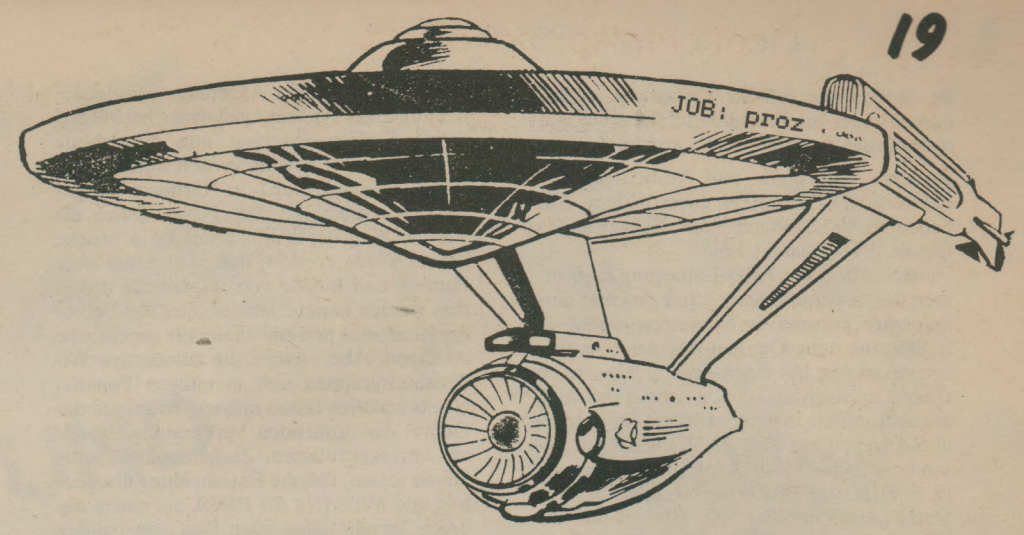
Berlin

FAP-Versammlung von 104 Neonazis ausgehoben

Am 31. 10. 87, ein Tag nach dem Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, trafen sich die Nazis in der Spandauer Kneipe „zum Jägerhäuschen". Ein Jahr vorher wurde auf diesem Treffen die Mitarbeit in der „Bürgerinitiative für Demokratie und Identität" (BDI) beschlossen.
Mit Anweisung der Alliierten nahmen Westberliner Bullen alle Teilnehmer fest, führten 61 Wohnungsdurchsuchungen in Berlin und auch bei den westdeutschen Teilnehmern durch und ließen alle Nazis wieder laufen. Anwesend waren vor allem Faschisten der „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) im Alter von 17 bis 'scheintot'. Unter ihnen war auch Günter Bernburg und Reinhard Golibersuch, die kürzlich wegen Gründung der „ANS/Großberlin" zu Haftstrafen verurteilt worden sind.
Dieses formale, lächerliche Verbot hinderte die Nazis nicht daran, sich weiter und besser zu organisieren.
Die Medien berichteten über Schlagstockeinsätze der Bullen, was aber mehr eine harmlose Schupserei war. Weiterhin wurde dieses Treffen als Gründungstreffen der FAP bezeichnet. Es läßt sich nicht mit Klarheit bestätigen, ob das zutrifft. Die Nazis suchen nach einer legalen Organisationsform, wozu in Westberlin aber eine andere Plattform als die der FAP in Westdeutschland nötig ist.

Prof. Blumewitz an der FU

Juntafreund bekam eine aufs Maul



Am 28. 1. 1987 fand im Amtsgericht Tiergarten ein Prozeß gegen einen Genossen statt, wegen der Beteiligung an einer militanten Vorlesungsverhinderung an der FU. Bei der Aktion wurde der Würzburger Schreibtischfaschist Prof. Dieter Blumenwitz aus dem Saal geprügelt!
Der Staatsschutz-Staatsanwalt, auch bekannt aus dem 11. 6.-Prozeß, Carlo Weber, forderte wegen Nötigung, gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung ein Jahr auf drei Jahre Bewährung, außerdem 40 Arbeitstage à acht Stunden in „sozialen Einrichtungen" und Einziehung des Motorrades als Tatwerkzeug. Nach Verlesung der Prozeßerklärung und Saalräumung durch die Bullen, verurteilte der Richter den Genossen zur Zahlung von 500,— DM an Amnesty International und sechs Monate auf drei Jahre Bewährung.

Prozeßerklärung

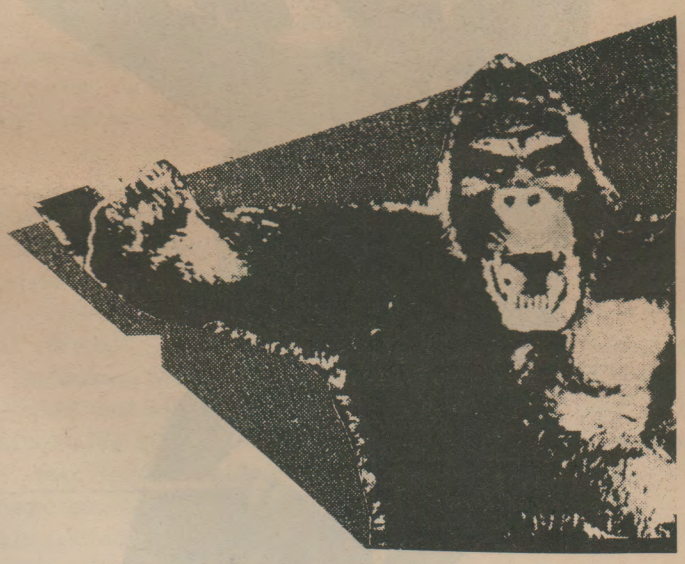
Am 11. 5. 1985 fand an der FU eine Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung „8. Mai 45 — Zusammenbruch oder Befreiung", mit dem rechten sogenannten Völkerrechtler Prof. Dr. Bumenwitz statt. Diese Vorlesung und Diskussionsveranstaltung wurde militant verhindert!
Blumenwitz, Mitglied der Konservativen Aktion, Mitarbeiter der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung und tatkräftiger Unterstützer der chilenischen Militärjunta (er arbeitete an der chilenischen Juntaverfassung mit und erhielt dafür von der Junta einen Orden. Er rechtfertigte den Militärputsch als Notwehr des chilenischen Volkes). Blumenwitz ist ein typischer Schreibtischtäter. An einer Person wie Blumenwitz wird der internationale Zusammenhang zwischen Ausbeutung und Unterdrükkung hier und der Durchsetzung von Kapitalinteressen und deren Aufrechterhaltung mittels faschistischer Militärregimes in Chile und anderswo klar. Er ist mitverantwortlich an den Massakern an der kämpfenden Klasse und der Folter in den Knästen und Konzentrationslagern Chiles! Deshalb ist es wichtig, hier den internationalen Zusammenhang der Klassenkämpfe deutlich zu machen und praktisch einzugreifen, damit die internationale Solidarität nicht zur Phrase wird!

Nun soll es mir hier weniger darum gehen, nochmal auf die Funktion und Bedeutung der Person Blumenwitz einzugehen, sondern vielmehr um die Bedeutung einer Diskussionsveranstaltung und die von pseudolinken Profs und Studenten gewünschte intellektuelle Auseinandersetzung mit einem Faschisten an einer sogenannten Freien Universität! Mit einem Faschisten zu diskutieren, sich auseinanderzusetzen, heißt erstmal eine Akzeptanz der gegeneinanderstehenden Auffassungen. Eine Akzeptanz oder Tolerierung der faschistischen Ideologie bedeutet ausdrücklich Nichtbekämpfung des Faschismus. Im Gegensatz dazu sind technische Planer des Klassenkrieges wie Blumenwitz jederzeit bereit, politische Gegner oder die Kapitalinteressen gefährdende Befreiungsbewegungen mit Gewalt zu bekämpfen oder zu zerschlagen. Dies verdeutlicht auch seine Teilnahme an einer sogenannten „Antiterrorismustagung" im März '85 in den Räumen der Hans-Seidel-Stiftung in Malaga, wo sich Polizeiexperten, Politiker und Juristen aus Westeuropa, USA und Israel über die Bekämpfung des sogenannten „Staatsterrorismus" und sogenannter terroristischer Gruppen in Westeuropa berieten! Als Mitglied im Präsidium der „Gesellschaft für Menschenrechte unterstützt er aktiv den Kampf der Contra in Nicaragua!
Worum kann es Intellektuellen, sogenannten Linken, in so einer Auseinandersetzung gehen wie mit einem Blumenwitz?
Der Mann soll in einer verbalen akademischen Diskussion widerlegt werden; während in Chile Tausende in den Kerkern der Diktatur gefoltert werden, Antifaschisten hier wegen aktiven Widerstands gegen Neofaschisten oder die Flüchtlingspolitik in den Knast wandern und verknackt werden, leisten sich pseudolinke Intellektuelle den Luxus sich „wissenschaflich" mit einem für die Unterdrückung und Ausbeutung Mitverantwortlichen auseinanderzusetzen, womöglich um ihm die Armseligkeit seiner Argumente vor Augen führen zu wollen. Die TAZ spricht hinterher von einer verpassten Möglichkeit!
In Reaktionen (Leserbriefen und Kommentaren in der TAZ, Distanzierungsschreiben im Asta-Info und in einer spontanen Unterschriftensammlung nach der Aktion) ist immer wieder die Rede davon, daß mit der Aktion wieder ein Stück Gewalt in die Uni getragen worden ist. Es ist sicher müßig, darauf zu reagieren und zu sagen, mit Blumenwitz oder mit dem ersten Unternehmertag sei die Gewalt schon dort gewesen. Es geht darum, zu begreifen, daß die Institution Universität an sich, mit ihrer militärisch-industriellen Ausrichtung, der Schulung und Ausbildung von Sozialarbeitern und Juristen, der industriellen und politischen Elite von morgen, ein Teil des gesellschaftlichen Gewaltverhältnisses ist, welches es zu beseitigen gilt. Die Universität ist Teil der Herrschaftssicherung, ein Ort der intellektuellen wissenschaftlichen Auseinandersetzung solange diese Auseinandersetzung nicht die Interessen der Herrschenden direkt gefährdet. Da wo die Auseinandersetzung eine Dynamik bekommt, unkontrollierbar wird, dort wo Studenten ihren Intellekt dazu benutzen, einzugreifen, aktiv zu werden, den Klassenkonflikt dorthin zu tragen, wo ein Teil seines Urspungs liegt, da reagiert der kapitalistische Staat mit Raumverboten, Aussperrungen oder direkten Polizeiangriffen, wie bei der Studentenbewegung '68, weil es ein Angriff auf eine staatliche, herrschaftssichernde, und mehr ist die Uni nicht, Institution ist.

Es ist kein Zufall, daß Unternehmertage an der FU stattfinden, daß Leute wie Blumenwitz unter der Leitung von sogenannten linken Profs ihren Dreck verbraten sollen, daß Bundeswehroffiziere in Westdeutschland in Universitäten ihre militärischen Planspiele durchziehen, während nebenan pseudolinke Studies ihre Transparente zur nächsten Friedensdemo oder Sitzblockade malen.
Es gibt keine wertfreie Wissenschaft, sie ist unmittelbarer Ausdruck des Klassenwiderspruchs.
Der Universität den Schein der Neutralität nehmen, die Uni als Institution der herrschenden Klasse angreifen, und als Student sich selbst in Frage stellen!
FÜR DEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS!

Die neuen „Anti-Terror-Gesetze"

Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann



Im folgenden Artikel könnten vor allem zwei Aspekte manchem Leser Kopfschmerzen bereiten.
Zum Einen wäre da das Problem mit der Theorie mit den zum Teil ungewohnten oder unbekannten Kategorien einer Kritik der Politik. Nun, „wo die Theorie im Leeren endet, beginnt die Blindheit der Praxis". Und wen beschleicht nicht der Zweifel, wenn er sich das vergebliche Anrennen gegen Metallgitterzäune durch den Kopf gehen läßt? Damit sind „wir" schon mitten drin im Sumpf des zweiten Punkts. Der Leser wird sich fragen: Ja, wo bleibt die Empirie, was soll ich denn konkret anfangen und was lassen? Tut mir leid, da" in dem Artikel vorderhand keine Rezepte, Bastelanleitungen usw. verbreitet werden. Es geht um Diskussionen und darum, daß „wir" uns unsere Infrastrukturen nicht zerstören lassen wollen. Da ist erstmal selbst denken angesagt!

Anstöße zu einer Diskussion des Verhältnisses von Autonomiebestrebungen — z. B. Widerstand — und realexistierenden Rechtsstaat anläßlich der Reform des politischen Strafrechts 1987.

Probleme einer Analyse des Verhältnisses von staatlichen Reformen und Widerstand

Was haben „wir" von den aktualisierten Paragraphen zu erwarten? Wenn ich die in autonomen Kreisen kursierenden Infos und Flugis durchlese, dann fallen zwei sich ergänzende Aspekte ins Auge. Einerseits wird der analytische Blickwinkel auf die juristische Ebene verkürzt. Die Infos bestehen im Wesentlichen aus Pragraphen-Ketten mit kommentierendem Anhang; sie verheddern sich also eher im Paragraphendschungel und können kaum mehr Auswege aus ihnen aufzeigen.
Auf der anderen Seite übernehmen die Stellungnahmen die Rolle des Kaninchens in seinem Verhältnis zur Schlange. die psychische Ausgangsstellung besteht in seiner Verunsicherung über die reale Stärke des Widerstands in der BRD. Ebenso kommen vor eine Ungewißheit und z. T. vage Vostellungen über die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen des ein weiteres Stück die Gesellschaft durchdringenden Staatsschutzes.
Diese psychologische Seite kann sich sowohl individuell (jeder Autonome hat die eigenen Widerstandsuhr zu laufen) als uach kollektiv in größerem Umfang auf den Demos oder im begrenzten Feld vor autonomen Kleingruppenaktionen bemerkbar machen. Soweit diese psychische Ebene auftritt, kann der Repressionsapparat dies als Teilerfolg für sich verbuchen.
Nun stellen der psychologische Aspekt und die Suche nach einer einigermaßen korrekten Einschätzung für sich genommen nichts Neues dar. Werfen wir einen Blick in die BRD-Geschichte:

1966 ließ die BRD-Regierung mittels ihrers Botschafters bei den befreundeten Regierungen des westlichen Auslandes anfragen, ob dort gesetzliche Grundlagen für Internierungslager bestehen würden oder in kurzer Zeit erlassen werden könnten. In der BRD selbst liefen in jener Zeit zwischen 20 und 50000 politische Ermittlungsverfahren. Allein 1964 9289 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wg. Hochverrats (Mindeststrafe 10 Jahre), Landesverrats und Staatsgefährdung. 1973 stellte die Rote Hilfe West-Berlin in ihrem Beitrag: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken kritische Fragen an eine Analyse staatlicher Repression. „Den linken Analysen zufolge erscheinen die repressiven Maßnahmen des Staatsapparates als eine Lawine in Zeitlupe, wobei es offen bleibt, ob man individuell sich in Sicherheit zu bringen hat, oder ob man mit der bisherigen politischen Tätigkeit einfach fortfährt oder alle Anstrengungen daransetzt, den Widerstand zu organisieren. Eine Darstellung staatlicher Unterdrückungspolitik, die nicht die Erfahrungen des Widerstandes gegen sie aufnimmt, ist reine Panikmache. „In einer Kritik der politischen Repression sollten also die politischen Konsequenzen sichtbar werden, Gegensätze innerhalb des politischen Apparats zum Vorschein kommen und nicht zuletzt der Grad des sozialen Widerstands und Aspekte der Solidarisierung (z. B. bügerliche-demokratischer Weis) mit ihm dargestellt werden.

II. Der Rechtsstaat, kein unbekanntes Wesen

In die Diskussion der anstehenden Probleme gerät mitunter die Gegenüberstellung vom Rechtsstaat, wie er laut Grundgesetz sein sollte, mit dem gegenwärtigen BRD-Staat, der den Rechtsboden unter seinen Füßen längst verloren habe. Ein kleiner Ausflug in die Geschichte unter Zuhilfenahme einiger Überlegungen zur Kritik der Politik, soll versuchen etwaige Fehleinschätzungen zu korrigieren.
Das Konzept des sog. Rechtsstaats ist ein spezifisch deutsches Phänomen — im anglo-amerikanischen heißt es: rule of law — und hat mit der historischen Schwächen der deutschen Bourgeoisie zu tun. Einerseits diente es als Kampfinstrument der Bürger gegen die absolute Monarchie, in dem für den Einzelnen ein vorstaatliches (z. B. naturrechtliches) subjektives Recht reklamiert wurde, das derselbe Staat zu schützen habe. Auf der anderen Seite bedeutet der Rechtsstaat die Formbestimmug der Politik: Die rechtlich formulierte und verbindliche Regelung der Macht, also ihre Regelhaftigkeit und damit Berechenbarkeit und Benutzbarkeit.
Dieses der bürgerlichen Vernunft entsprechende Konzept des Rechtsstaates erfuhr aufgrund der sich verändernden ökonomischen und sozialen Bedingungen eine wichtige Änderung oder konnte sich in Deutschland nicht gegen die absolute Monarchie durchsetzen und mußte einem „Realismus" Platz machen. Spätestens 1866 mit der Gründung der nationalliberalen Partei war es in Deutschland vorbei mit der bürgerlichen Verteidigung subjektiver Anspruchsrechte gegen den Staat. Ökonomisch suchte die Bourgeoisie ihren Schutz im Schatten der absoluten Monarchie und konnte so einen den Staat mit Regelungs- und Planungsversuchen beauftragenden Monopolkapitalismus „friedlich" entwickeln. Dieser Tendenz entspricht auf der sozialen Ebene das Auftreten einer die Kapitalreproduktion periodisch und permanent störenden Arbeiterklasse und Masse. Die Bourgeoisie braucht einen autoritären Staat mit einer starken Exekutive. Sie hat nicht das Privileg durch das Recht ersetzt, damit die Arbeiter-Massen sich dieses Rechts bedienen, um ihre Interessen durchzusetzen.
Also wurde die Ide eines subjektiven (oder gar historischen) Rechts gegen den Staat und seien Gewalten umgedreht, die Dominanz der Exekutivgewalt über ihre beiden Schwestern (Legislative und Judikative) durchgesetzt. Dadurch sollen die Massen von den politischen Entscheidungszentren ausgeschaltet bleiben und jegliche öffentliche Kontrolle zurückgedrängt werden. Diese historische Entwicklung findet ihren Niederschlag in der derzeitigen Verfassung bürgerlichen Herrschaft.
Eine Anrufung des BVerfG — ohnehin ein wesentlich durch die Exekutive bestimmtes Organ — oder eine Berufung auf das GG mit seiner Kabinettsregierung, das in der Antiterrorpropaganda nicht mehr vorzufinden sei (Stichwort: Auseinanderfallen von Norm und Wirklichkeit), führt in die Irre. Das Volk hat in der BRD kein konstitutionelles Recht auf eine

Revolution, die soll die Verfassung verhindern, sonder die beschränkte Aufgabe, den ökonomisch-kapitalistischen und bürgerlich-sozialen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse von Zeit zu Zeit zuzustimmen. Was bedeuten diese allgemeinen Bemerkungen für die BRD-Realität 1987?

Zunächst liegt die BRD-Linie ganz im Rahmen der inststitutionelen Strategie einer permanenten präventiven Konterrevolution: sie stellt keine neue Qualität der Antiterrorgesetzgebun dar, hat einen generalpräventiven Charakter, die Maßnahmen richten sich auch gegen Konflikte in den Betrieben. Im Vordergrund stehen zur Zeit die Konflikte im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbereich (z. B. Hamburg, Brokdorf, Wackersdorf, incl. Stadt-Land-Guerilla), die unter Kontrolle gebracht werden müssen. Mittels Verrechtlichung sollen soziale Widerstandsformen unterdrückt und/oder in staatspolitische Scheinkonflikte umgepolt werden. Wie kommt dies zum Ausdruck?

Einmal in der funktionellen Stärkung von BKA, BAW, BGH, Geheimdiensten und anderen diskreten Organen unter dem Schirm vom Bundesinnenministerium und der Sicherungsgruppe Bonn. Auf der juristischen Ebene erscheint diese Stärkung durch die weitere Einführung von Generalklauseln, Ermittlungsparagraphen und Ermessensspielräumen, der zunehmenden Verschiebung von Täterstrafrecht hin zum Tatstrafrecht etc. In seiner Kritik der Politik bedeutet dies, daß derzeitige Lücken und Einbruchsstellen von unten in das politische System des totalen Konsens geschlossen und deren Subjekte unterdrückt werden sollen.

Das heißt, es soll die Akzeptanz verschiedener militanter Widerstandsformen bei bürgerlichen Kreisen abgebaut udn der latente Bruch in der Bewegung vertieft werden. Der Konflikt um die BuKo in Nürnberg hat gezeigt, wie dieser Prozeß abläuft. Durch die Verschiebung des Konflikts auf die juristische Ebene wurde erreicht, daß nicth mehr über Formen und Inhalte von Widerstand diskutiert werden konnte, sonder über das Verbot der Konferenz und einzuhaltende gerichtliche Auflagen. Also werden die autonomen Widerstandsgruppen sich in einigen Punkten Neu es einfallen lassen müssen, schon um der Gefahr der drohenden Verknastung Einzelner entgegenzutreten. Zudem sollten beide Seiten wissen, daß die Entscheidung über Erfolg und Mißerfolg der Politik auf einem anderen Terrain fallen wird: Den anstehenden ökonomischen und sozialen Konflikten. Das Wiederaufleben von Konflikten im Stahlsektor und damit zusammenhängend Diskussion über Betriebsbesetzungen können durchaus als ersten Anzeichen gedeutet werden.

Lochte wg.Teile und herrsche auf Neudeutsch

Einen spezifischen Bekanntheitsgrad für sich verbuchen kann ein gewisser Herr Lochte aus Hamburg. Seine Sichtweise der sozialen und politischen Zustände in der BRD haben ihn zu einem gefragten Diskussionsteilnehmer auf staatspolitischen Veranstaltungen und autonomen Küchentischen werden lassen. Warum und wem nützt es?

Vielleicht, weil er Banalitäten kundgibt, die einem bei dem sonstigen Politikergesülze schon fast als staatspolitische Weisheiten vorkommen können. Zum anderen weil er sich mehr für polizei-praktikable Lösungsformen der gesellschaftlichen Konflikte interessiert und den funktionellen Nutzen des liberalen Scheins bürgerlicher Repressionsapparate erkannt hat? Jedenfalls verkörpert er geradezu diese liberale Scheinwelt, wenn man ihn mit Friedrich Zimmermann vergleicht. Anscheinend befürchtet er, daß die von ihm so geschätzte Segmentierung und Stigmatisierung des Protestpotentials in der BRD aufgelöst werden. Doch lassen wir Herrn Lochte selbst zu Wort kommen.

Die sog. Kronzeugenregelung lehnt er ab, weil sie nichts bringen würde und außerdem sei sie für den Staat kontraproduktiv. „Man gibt der RAF durch diese Regelung eine Wichtigkeit, die sie nicht hat: Man bestärkt sie stattdessen in ihrer Absicht, daß das imperialistische System sich in der Defensive befinde, wenn rechtliche Grundsätze mindestens zeitweilig für eine bestimmte Personengruppe außer Kraft gesetzt werden sollen."

Bemerkenswert erscheint hier zweierlei: Einmal stellt die Organisation RAF in den sozialen Konflikten dieser Welt eine vernachlässigbare Kraft dar; insofern scheint eine Kritik der RAF oder RAF-Diskussion überflüssig. Zum Anderen werden rechtliche Grundsätze nicht außer Kraft gesetzt sondern der veränderten Situation angepaßt und modernisiert. Leihen wir dem Herrn Lochte ein letztes Mal unser Ohr. „Die geplante Erweiterung des § 129a StGB würde erstmals terroristische Organisationen und militante Autonome auf eine Stufe stellen. Eine gleiche Bewertung dieser unterschiedlichen Bereiche des Linksextremismus ist unzulässig." Warum, möchte man fragen, und Lochte antwortet: „Die willkürliche Ausdehnung des Begriffs Terrorist kann zu einer Radikalisierung und einer verstärkten Solidarisierung der Betroffenen mit der RAF führen. Durch eine dadurch bewirkte Durchlöcherung ihrer Isolierung könnte eine Stärkung der RAF eintreten."

Individuell gesehen ist durchaus möglich, daß eine Angestellte oder ein Pfaffe — als Individuen aus den sog. bürgerlich-demokratischen Kreisen — die bestehenden Vorbehalte gegen RAF und Widerstand abbauen. Als Bedingung für eine solche Bewußtseinsveränderung könnten ihre sinnlichen Erfahrungen mit dem Polizeiapparat, die Abstempelung einezelner prominenter Personen (z. B. Robert Jungk) zu Sympathisanten des Terrors oder die Hochstilisierung bürgerlicher Protestformen zum sog. Terrorismus angeführt werden. Jedoch geht es hier nicht mehr um die Organisation RAF als beispielhaftes Symbol von Widerstand, sondern Lochte befürchtet, daß der Bruch innerhalb der sozialen Zusammensetzung des Widerstands — Verhältnis Autonome und Grüne — na, sagen wir mal, gekittet und die sog. Legitimationsprobleme des politischen Systems verstärkt würden.

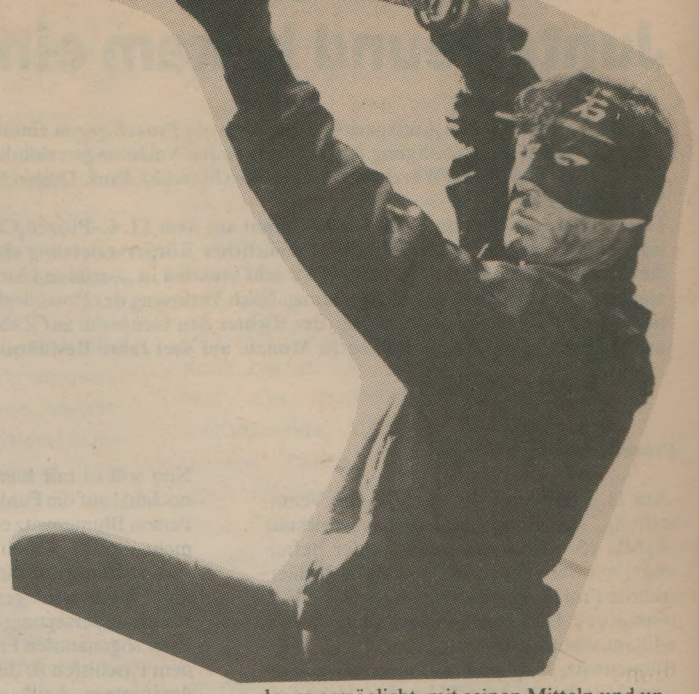
Dabei vergißt Lochte den instrumentellen Charakter einer generellen Kriminalisierung. Die aufgeregten Bürger — vornehmlich aus den sog. Neuen Mittelschichten und der 68er Generation kommend — haben einerseits ökonomisch andere Interessen als die eher klassendiffusen Autonomen.

Andererseits dominieren diese Protestbürger derzeit innerhalb des Widerstands, geben ihm seinen bürgerlichen Charakter und grenzen sich von den Autonomen ab. Vorbei die Zeiten einer begrenzten politischen Zusammenarbeit mit den liberalen Bürgern. Erinnert sei nur an das Verfahren gegen die AGIT-Drukker oder gegen Klöckner-Härlin wg. Radikal. Selbst die Solidarität mit der eher harmlosen Radi-Aktiv läßt zu wünschen übrig. Also die von Lochte so geschätzte Segmentierung hat andere Ursachen und Bedingungen, richtet sich wenig nach der Logik des Repressionsapparats.

Anders die soziale Stigmatisierung. Wenn jeder zum potentiellen Terroristenfreund werden kann, verliert die politische Formel „Terrorist" scheinbar ihren funktionellen Sinn.

Oberflächlich betrachtet scheitert die soziale Stigmatisierung und tendenzielle Ausbürgerung von lokalisier- und erkennbaren Teilen der Bevölkerung. Beim genaueren Zusehen wird deutlich, da die Kriminalisierung aus dem bürgerlichen Umfeld genau diese Stigmatisierung dem eigentlichen Staatsapparat abnehmen und sie stattdessen selbst betreiben.

Nach dem Motto „Wir" sind keine Terroristen, haben nichts gegen die Verfassung, nur etwas gegen schlechte Politik, werden diejenigen, die an einem grundlegenden Widerstand festhalten wollen, aus- und abgegrenzt. Sozial werden sie tendenziell ausgeschlossen. Zugleich wird das Konflikt-Thema auf die Ebene der Poltik transportiert mit dem Ergebnis, daß jetzt Anti-Repressionspolitik, Durchsetzung von Diskussionsveranstaltungen oder gerichtliche Auseinandersetzungen über die Grenzen der Meinungsfreiheit (Gewaltdebatte) im Vordergrund stehen, die Kämpfer beschäftigen und der eigentliche Konfliktinhalt verloren gegangen ist. Was bleibt, ist ein doppelter Schein. Einmal der Scheinkonflikt in dem Sinne, daß scheinbar noch ein Konflikt abläuft, obwol er nur noch künstlich auf der juristischen Ebene verlängert am Leben gehalten wird, und seine sprengende Kraft längst hinter sich gelassen hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die jahrelangen Prozesse gegen staatliche Großprojekte. Zum anderen der Schein eines neutralen politischen Staates,



der es ermöglicht, mit seinen Mitteln und unter seiner Obhut soziale Konflikte und Widersprüche auszufechten.

Regionale Unterschiede und arbeitsteilige Repression

Zum Schluß seien noch einige Aspekte benannt, die auf die konkrete Umsetzung der neuen Maßnahmen einwirken. Die Stunde der Exekutive — wie Fr. Zimmermann zu sagen pflegt — oder die Stunde der Politik — wie ein Autor im Arbeiterkampf betont — schlägt unterschiedlich bedingt durch die jeweilige Situation — die sog. Kräfteverhältnisse — vor Ort. an den Beispielen Rattay-Einsatz in Berlin, Heiligengeistfeld in Hamburg oder BuKo in Nürnberg läßt sich aufzeigen, daß Verwaltungsgerichte immer für einen kritischen Zuspruch zu den Maßnahmen der Gauweiler gut sind; auch eine gewisse regulative Einwirkung sollte ihnen nicht abgesprochen werden. Aber Vorsicht! der Spruch des Verwaltungsgerichts von Ansbach wg. BuKo war kein Erfolg, sondern verlängerte genau die vorgegebene Linie der Politik.

Trotzdem ist die Reaktion des Staates in Bayern gewissermaßen anachronistisch, denn Bayern hat hinsichtlich der konkreten Erfahrungen mit sozial oder politische motivierten Konflikten einen Nachholbedarf.

Dies zeigt sich weniger beim Vorgehen der Bullen bei Demos in Wackersdorf, sondern eher beim Dilettantismus, mit dem der Apparat seine Poltik durchsetzen will. Einreiseverbot, Radi-Aktiv-Verfahren oder Verbote der BuKo lassen gut erkennen, daß es in Bayern immer noch keinen nennenswerten Widerspruch gegen die (Strauß-)Politik gibt. Hier weht dem Widerstand sicher ein härterer Wind entgegen. Erschwert werden wird die Situation auch dadurch, daß die Szene oft zwar fest verankert aber auch leicht überschaubar ist. In den großen Städten wiederum wird viel davon abhängen, „was sonst so läuft", wie es autonom heißt.

Diskussionsveranstaltungen in Berlin konnten bisher ohne größere Probleme durchgeführt werden. Allerdings laufen bereits pilotprojektartige Kriminalisierungsversuche von Seiten der Staatsanwaltschaft. Gegen die taz wird ein 130a Verfahren geprüft (wg. Hamburger Erklärungen), und gegen einige Kollektive und Personen nach 129a (wg. Radikal 132) ermittelt. Hier wird abzuwarten sein, ob am Ende exemplarisch gegen einige wenige Anklage erhoben wird, ob die ganze Sache im Sande verläuft oder ob gegen alle Betroffenen ein Urteil angestrebt wird. Der Grad der Repression wird also arbeitsteilig und unterschiedlich ausfallen. Die Kraft des Widerstands vor Ort und die jeweiligen Klassenkonstellation stellen der Repression entgegenwirkende Bedingungen dar. Mit „Klassenkonstellation" soll darauf hingewiesen werden, daß es kaum ein 130a-Verfahren (wg. „Billigung eines historischen Ereignisses in der Absicht es als nachahmenswertes Vorbild hinzustellen) geben wird, wenn in einer in einem bürgerliche Ambiente erscheinenden Publikation der amerikanischen Befreiungsterrorismus gegen die englische rechtmäßige Regierung gebilligt und desgleichen zur Nachahmung empfohlen wird. Andererseits werden linksradikale Buch- oder Infoläden vermehrt zusehen müssen, mit welchen (auch rechtlichen) Mitteln sie die neuen Kriminalisierungsversuche unterlaufen werden können.

BUKO IN NÜRNBERG

Unsicherheiten und Zweifel bestimmten unsere Gedanken und Gespräche in der Woche vor der Buko in Nürnberg. Gerüchte über Absprachen der Anmelder mit den Gerichten und der Stadt Nürnberg, die angebliche Zurückziehung des als Diskussionsgrundlage geltenden Readers, auf den sich schon in Regensburg das Verbot der Buko stützte, machten die Runde. Diskussionen liefen, ob mensch da überhaupt noch hinfahren kann, ob nicht unter diesen Vorzeichen es politisch richtig und auch vertretbarer sei hierzubleiben ud nicht an der Buko teilzunehmen.
Dennoch bliebs für Viele von uns klar: wir fahren da runter, ziehen uns da nicht raus und überlassen womöglich dem breiten links-liberalen Prominenten-Unterstützungsspektrum die Durchführung der Buko.

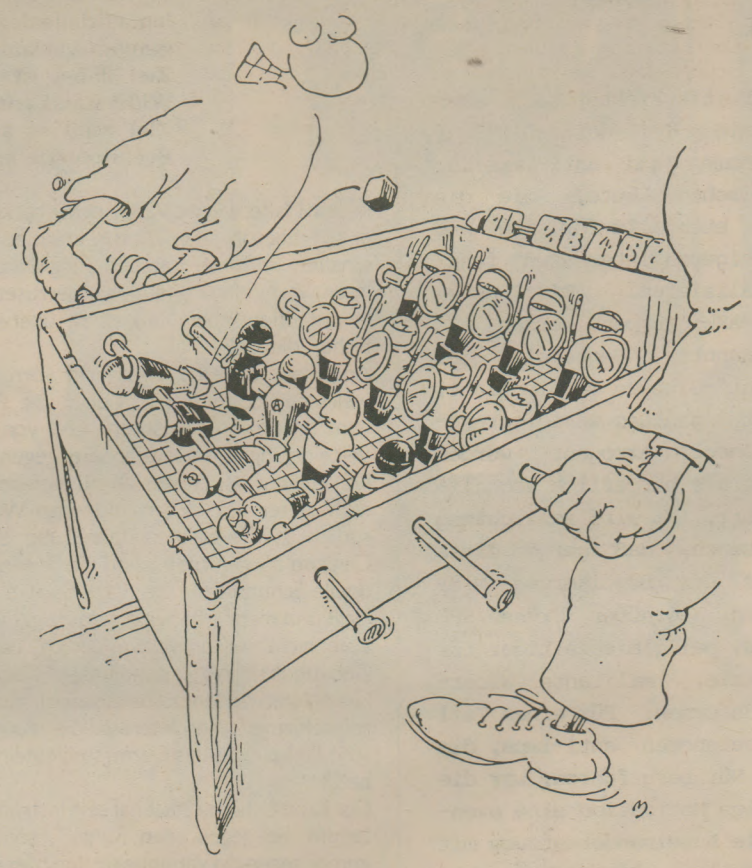
Zu unserer Überraschung wurde die Buko dann in der Nacht auf Freitag doch noch erlaubt. Trotz eisiger Kälte und Schneeverwehungen, die pausenlos im Radio gemeldet wurden, machten wir uns auf den Weg nach Nürnberg. Fast pünktlich kamen wir dort am Freitag abend an, die große Eingangsveranstaltung hatte bereits begonnen und wir hatten große Mühe uns in all dem Gewirr erstmal zurechtzufinden.

Ein Plenum oder größeres Treffen von Vielen war zu diesem Zeitpunkt, wo etwa 2500 Menschen im KOMM (die meisten auf der Veranstaltung) waren noch nicht möglich, was einerseits wohl an der überfüllten Veranstaltung lag, als auch daran, daß ein großer Teil der Besucher/innen dieser Veranstaltung nicht eigentlich an der Buko teilnehmen wollten.

Parolen wie "Pennt alle hier" verzierten bald die Wände auf den Fluren des KOMM. Für diesen ersten ziehmlich chaotischen Abend lief's dann doch noch ganz gut weiter: Nachtwachen wurden aufgestellt, alle Türen des KOMM mit Heizkörpern und viel anderen netten Dingen verbarrikadiert; nur ein kleiner Seiteneingang blieb für alle die rein oder raus wollten offen.
Einige andere Leute hatten sich zusammengesetzt und überlegten, wie's nun am nächsten Tag, dem eigentlichen Beginn der Buko, weitergehen könnte. Dabei entstand die Idee, eine Resolution an den Anfang dieser Buko-Eröffnung zu stellen, die nach der Demo stattfinden sollte, auf der die Ablehnung aller Auflagen, und eine klare und offensive Position zum einen nach Außen vermittelt werden sollte, zum anderen auch dieses ewige Hin und Her mit Auflagen zu beenden. Wir wollten nun endlich mal zu unseren uns selbst wichtigen Inhalten und Punkten kommen, und andere Kritikpunkte (was ist schiefgelaufen in der Vorbereitung, Trägerkreis, Verhandlungen mit der Stadt, Auflagen angenommen? usw.) auf einem späteren Nachbereitungstreffen aufzugreifen und zu diskutieren.
Toll war das Bild, das sich am nächsten Morgen im KOMM bot. In der Eingangshalle war auf einem riesigen Transparent zu lesen: "Den Sprung von der spontanen Bewegung zur revolutionären Kraft einleiten – Die militante Debatte organisieren und durchsetzen", auf einem anderen in einem der langen Flure stand zu lesen "Freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft", auf die Wand in der Eingangshalle war gesprüht: "Nichts ist vergessen – alles im Werden, Andreas, Gudrun, Jan – 77 ermordet", und viele andere mehr .....
Dies vorweg als optischer Eindruck, aber auf jeden Fall auch als Ausdruck der Stimmung zu verstehen, in der sich viele befanden. Die Demo war nach langer Diskussion um ein Vielfaches verkürzt worden, nur mehr ein Teil der Leute die auf die Buko gekommen waren, ging zu dem Treffpunkt, viele blieben gleich im KOMM. Als die Demo später im KOMM endete, begann kurz darauf das Eröffnungsplenum.

Endlich waren alle, die die Buko eigentlich machen wollten, auf einem Haufen. Der erste Redner brachte die Stimmung vieler auf den Punkt: „Na, ihr habt ja alle gehört, daß es hier für die Buko Auflagen gibt, wie z. B., daß nicht behauptet werden darf, daß es politische Gefangene in der BRD gäbe – es gibt politische Gefangene; daß nicht behauptet werden darf, daß die Gefangenen aus der RAF ermordet worden seien – sie sind ermordet worden... und Strommasten werden natürlich auch weiter fallen...!"
Die darauf hin verlesene Resolution wurde mit tosendem Beifall beschlossen. Sie war deshalb wichtig, weil sie die Grundlage von Regensburg, die in Frankfurt noch einmal beschlossen wurde, wieder herstellte, und damit die ganze Verunsicherung, die sich im Vorfeld und am Vorabend der Buko breit gemacht hatte einen klaren Gegenpunkt setzte.
Wir lassen an uns und unseren Treffen/Aktionen nicht die neuen Sicherheitsgesetze ausprobieren – die breite Mobilisierung machte möglich, daß wir mit diesem Versuch, uns mit Auflagen zu belegen, offensiv umgehen konnten. Es war klar, daß wir Verantwortung tragen wir weitere Treffen, Konferenzen und Aktionen dieser Art, die ansonsten leichter durch diesen Präzidenzfall mit Auflagen zu rechnen hätten. Die Resolution war den öffentlichen Stellen und der Presse bereits am Samstag mittag bekannt und sollte öffentlich unsere Positionen zu bisherigen Presseberichten über die Buko klarstellen. Dies geschah jedoch kaum, weshalb der Erfolg, die Buko durchzusetzen, nach außen in den Medien kaum rüberkam. Einzig fast das Verwaltungsgericht Ansbach würdigte diese Resolution, indem sie als die eigentliche und endgültige Begründung des Buko-Verbotes auserkoren wurde.

Kurz darauf wurden die Arbeitsgruppen vorgestellt, es gab mehr AG's als Räume vorhanden waren, also mußten einige sich auch außerhalb des KOMM treffen, insgesamt warens an die 20. Viel Beifall fand der Vorschlag, als ein Typ aufstand und meinte: 'also ich will ja eigentlich schon über die Geschichte mit den Strommasten reden, ich mach 'ne Arbeitsgruppe „Schrauben"'. Erwartungsgemäß fand denn auch die AG zu politischen Gefangenen in der BRD reges Interesse, wie die AG zur Kampagne gegen die KWU und andere Atomfirmen, die AG zu Wackersdorf und viele andere auch.



In der Arbeitsgruppe wo ich war, waren etwa 50-70 Leute gekommen, um über die Kampagne gegen die KWU und andere Atomfirmen zu diskutieren und sich auszutauschen. Zu Beginn erzählten alle, woher sie kamen und was bei ihnen bisher gelaufen ist. Auf die KWU-Kampagne bezogen war besonders erfreulich, daß von allen Standorten der KWU Leute vertreten waren. Aber auch aus vielen anderen Städten waren Leute da, die Interesse und Ideen mitbrachten für eine weitergehende Kampagne nicht nur gegen KWU, sondern auch gegen andere Atomfirmen. In diesem Zusammenhang erzählten Leute aus Hamburg über ihre Startschwierigkeiten am Beispiel des Konzern-Giganten Siemens. Trotz vielfältiger Produktion dieses Konzerns (oder vielleicht gerade deshalb) ist es nicht einfach, einen greifbaren Ansatz zu finden. Das Gelände liegt weit ab vom Schuß – was lässt sich dort praktisch machen?

An den meisten Standorten waren die Aktivitäten erst am Anfang. In Berlin und Erlangen war zwar schon einiges gelaufen (Blockade in Berlin, Ausstiegsfest, Beobachtungstage; in Erlangen zu Pfingsten eine große Demo, Sonntagsspaziergang, usw.), aber insgesamt hatten wir den Eindruck, daß es noch nicht ausreicht zu einer massiven zentralen Aktion (es gab den Vorschlag, in Berlin im Mai eine zweitägige Blockade durchzuführen). Die Idee, die in der Diskussion entstand, passte weit besser: Für den 2. Mai wurde ein dezentral abgestimmter Aktionstag an den verschiedenen Standorten vorgeschlagen, um die KWU-Kampage bundesweit auszubreiten. Der 2. Mai liegt günstig, da dies einer der regelmäßigen stattfindenden Widerstandssamstage ist und er zum anderen in die Tschernobylwoche fällt.
Die Buko hat den Vorschlag unterstützt, der Aktionstag gegen KWU und andere Atomfirmen findet statt. Am 21./22. März gibts dazu ein bundesweites Vorbereitungstreffen in Berlin (SFE, Mehringhof). Bitte meldet euch rechtzeitig an im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30!

Auf dem zwar nicht sehr stark besuchten Plenum, ging es dennoch ziemlich drunter und drüber – wieder mal. Es wurde mit fortschreitender Stunde immer unklarer, wieviele Leute eigentlich diese zweite Nacht im Komm bleiben werden. Verschwunden war die Ruhe und Sicherheit, die nach der ersten Nacht, in der zwei- bis dreihundert im Komm übernachtet hatten, die Gemüter bestimmte.
Die Diskussionen zogen sich endlos, teils nur mehr mit 80 bis 100 Leuten, die noch bis ca. halb drei Uhr im Saal waren, als das Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach bekannt wurde. Zu dieser Zeit lagen wir schon in unseren Schlafsäcken, nachdem wir den ewigen Diskussionen über etwaige Räumung nicht mehr zuhören wollten. Schließlich griff dann gegen halb vier Uhr diese Unruhe dennoch dermaßen um sich, daß an ein Weiterschlafen nicht mehr zu denken war, Leute wurden geweckt, Panik verbreitet, in der sich bei uns vor allem die Sozialarbeiter hervortaten. Jetzt kam nochmal richtig durch, daß es leichter ist, Beschlüsse zu fassen als sie durchzusetzen. Wir hatten hinterher das stärkste Gefühl zu den 80-100 Leuten, die auch in dieser zugespitzten Situation dageblieben sind. Hier war klar, daß es absurd ist, erst entschlossene Resolutionen zu verabschieden um dann hinterher freiwillig das Komm zu räumen, bevor überhaupt irgendein ein Bulle vor der Tür steht!

9.30 am nächsten Morgen. Und sie kamen nicht!...
Das Abschlußplenum begann, in dem die verschiedenen Ergebnisse der Arbeitsgruppen erzählt und zu beschließende Resolutionen verlesen wurden. Beschlossen wurde hierbei der Aufruf zu dem Aktionstag gegen die KWU, ein Aufruf zum weiteren Widerstand gegen die Atommülltransporte; vorgestellt wurde denn auch das Ergebnis der AG Schrauben unter dem Titel „Demontiert den Atomstaat, in dem offen zur Demontage aufgerufen wird, egal ob in aller Öffentlichkeit, mit Presse usw (so geschehen in Brokdorf) oder eben heimlich. „Dieser Aktionsvorschlag ist nicht besser oder schlechter, als ein Strommast der fällt", der lange anhaltenden Applaus erntete.

Nicht beschlossen werden konnte eine Resolution der AG pol. Gefangene, in der sich viele an dem Satz störten: „...in dem Kampf gegen die WAA in Wackersdorf, am Bauzaun, hatten aus diesem Kampf heraus viele Menschen das Bedürfnis bekommen, sich mit den politischen Gefangenen auseinanderzusetzen,..." Die Diskussion darüber, die wohl mindestens einige Stunden lang geworden wäre, wurde hinten angestellt, wurde dann jedoch nicht mehr geführt. Auch über den Vorschlag Großaktion oder Blockade in Wackersdorf gegen die WAA konnte nicht entschieden werden, da ein als einstimmig vorgestelltes Ergebnispapier sich als als doch nicht so einstimmig für alle in dieser AG beteiligten herausstellte. Es wäre ebenfalls eine längere Diskussion um diese beiden Vorschläge nötig gewesen. Es wurde denn nach langem Tauziehen auf die Atommüllkonferenz am 21./22.2. in Bielefeld vertagt. Danach folgten Bericht von vielen anderen AG's, wie z. B. zu Stade, wo eine geplante Blockade zu einem der Brennelementewechsel im Frühling vorgestellt wurde.

Nach einer ausufernden Diskussion darüber, wann wir die Buko beenden wollen, einigten wir uns schließlich auf 13.30 Uhr. Viele Leute von weiter weg wollten nicht länger bleiben. Eine weitere Diskussion bzw. Beschlüsse mit nur mehr einem Teil der Gruppen und Leute schien nicht sinnvoll und repräsentativ . Das dann genau um 13.30 Uhr die in der Umgebung postierten Bullen und BGS Einheiten auffuhren, um das Komm zu räumen, ist sicher nicht ganz zufällig.

Für uns war die Buko ein Erfolg, weil sie uns in unserer praktischen Perspektive unseres Widerstands weitergebracht hat, und wir sie trotz Bayern, trotz Absage an die Auflagen, durchsetzen konnten. Ob sich dieser Erfolg auch in späteren Konferenzen auswirkt, wird sich zeigen...

Autonome

Aus

Berlin

Kommentar

Die Buko ist ein wichtiges Forum der Anti-AKW-Bewegung auf außerparlamentarischer Ebene. Dort treffen sich Menschen aus den verschiedensten Zusammen hängen, um über das gemeinsame Vorgehen im Widerstand gegen das Atomprogramm zu diskutieren. Beschlüsse, die dort gefaßt werden sind häufig richtungsweisend. Die Buko ist ein regelmäßiger und kontinuirlicher Diskussionszusammenhang. Jede Initiative/ Gruppierung/BI aus der Anti-AKW-Bewegung nutzt dieses Forum für Diskussionen, vor allem Diskussionen über die eigenen Interessen.

Diese ursprüngliche Funktion der Buko läßt in letzter Zeit sehr zu wünschen übrig. Trotz Neu-Aufleben der Anti-AKW-Bewegung, vor allem durch den Widerstand gegen die WAA und die Betroffenheit nach dem GAU in Tschernobyl, ist die politische Bedeutung der BUKO gesunken. Sie ist kein Forum der gesamten Anti-AKW-Bewegung, repräsentiert nicht die Breite der verschiedenen Interessen, ist verkommen zu einem Insidertreffen, wo nur wenige die Fäden in der Hand halten.

Vor allem seit den bayrischen BUKOs(Regensburg/Nürnberg) reduzierte sich die Konferenz auf Durchsetzung, auf Auseinandersetzung mit dem Repressionsapparates des Staates. Konstruktive Diskussionen konnten, wenn überhaupt, nur am Rande geführt werden.

Doch bereits in Frankfurt zeichnete sich die Schwäche der Konferenz ab. Direkt nach Tschernobyl kamen nur wenige Hundert Leute zusammen, vor allem die neue Anti-AKW-Bewegung und die Anti-WAA-Inis aus der Oberpfalz fehlten. Beschlüsse wurden durchgepeitscht, zu inhaltlichen Fragen kam es kaum.

Die Kritik richtet sich an die Leute mit Funktionärsstatus und die,die schon längere Zeit dabei sind und über viel Erfahrung verfügen.Von diesen Leuten wird eine Atmosphäre produziert, ein Diskussionsstil gewählt, der es vielen, vor allem neuen und weniger erfahrenen Leuten schwer macht,sich überhaupt zurechtzufinden, ganz zu schweigen, eigene Interessen anzubringen und durchzusetzen. Diese neuen Leute werden nicht ernstgenommen, sondern funktionalisiert. Es werden zwar Appelle an sie gerichtet, auf den BUKOs werden sie nicht wahrgenommen.

Ganz davon abgesehen war die Buko vor dem Regensburger Verbot in weiten Teilen der Anti-AKW-Bewegung gar nicht bekannt.

Die Kritik richtet sich auch an einen Teil der radikalen, autonomen und anti-imperialistischen Leute, die die Buko ebenfalls für sich und die eigenen Interessen funktionalisieren. Die neuen Anti-AKW-Gruppen werden als sogenannte "Bequerel" oder "Eklat"-Gruppen verniedlicht, dadurch genauso wenig ernstgenommen. Arrogant werden diese als bürgerlich abqualifiziert. Es wird schlichtweg übersehen, daß gerade diese Teile der Bevölkerung Mißtrauen gegenüber Grünen/SPD hegen, bei gleichzeitiger Sympathie für radikale, militante Widerstandsformen. Für einen Teil der autonomen/ anti-imps, die nach Nürnberg fuhren, war die einzige Motivation eine eventuelle Auseinandersetzung mit den Bullen. Sie zeigten ein destruktives, intolerantes Verhalten, ihre Aufgabe lag im Verbarrikadieren von Türen ohne Interesse an inhaltlichen Diskussionen.

Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß die BUKO ein Forum ist,was sich vorwiegend mit der Atompolitik beschäftigt und nicht verwässert zu einem Forum der verschiedensten politischen Themen (z.B. Zusammenslegungs-Diskussion). Gerade aber deswegen ist die radikale, autonome, anti-imperialistische Linke gefordert die BUKO als einen Teil ihres Widerstandes zu begreifen und zu nutzen und zwar über die Diskussion der Widerstandsformen hinaus. Es geht vielmehr um eine inhaltliche Bestimmung und eine Ausweitung der Strukturen.

Das AKW-Programm muß in den Zusammenhang des kapitalistischen Systems gestellt werden und unter der Frage diskutiert werden, ob das AKW-Programm isoliert abgeschafft werden kann, ohne nicht gleichzeitig das kapitalistische System, was dieses Atomprogramm hervorbringt und davon profitiert, in Frage zu stellen.

Diese inhaltlichen Diskussionen müssen geführt, Hanau war ein Anfang, und die neuen Leute damit konfrontiert werden, ohne sie selbst zu überfahren.

Die Entwicklung von Strukturen und Organisierung von Widerstand in der BRD sind im Anti-AKW-Kampf am weitesten vorangeschritten. Gerade deswegen besteht hier auch ein Ansatz,dies auf den verschiedenen Ebenen weiterzverfolgen und der Ausgrenzung und Isolierung der Autonomen und Anti-Imperialistischen Linken positiv entgegenzutreten.

Autonome AKW-Gegner Rhein-Main

Volkszählung gegen Klassenkampf

Im folgenden Artikel wird versucht,die Informatisation der Gesellschaft als Antwort auf den Klassenwiderstand der 60ger und 70ger Jahre zu begreifen. Die Herangehensweise basiert auf dem Verständnis, daß primär das Verhalten des Proletariats die Kapitalentwicklung und damit auch ihre Krisen bestimmt. Denn das Kapital ist kein sich selbst produzierender Moloch, sondern existenziell daran gebunden menschliche Arbeit zu verwerten. Entzieht ein Teil der Klasse dem Kapital die Kontrolle über seine Arbeitskraft, so müssen Mittel gefunden werden ,die das Kapitalkommando wiederherstellen. Mithilfe der Neuorganisation der Produktions- und Reproduktionsbedingungen verändert das Kapital fortwährend das „Gesicht der Arbeiterklasse". Ziel dabei ist es, die Punkte, an denen sich eine Vereinheitlichung und Widerstand entwickelt haben,aufzulösen und neu zusammensetzen. Unser Ziel muß es sein, die Instrumente dazu zu blockieren und die sozialen Brennpunkte in Richtung einer proletarischen Gegenmacht zu organisieren.

In dem Maße, wie die VZ '87 näher rückt, gilt es sich über ihre Funktion Klarheit zu verschaffen und sich mit den Möglichkeiten ihrer Verhinderung auseinanderzusetzen. In der öffentlichen Diskussion überwiegt bisher die bekannte Angst der neuen Mittelschicht vorm Orwell'schen Sonnenstaat. Viel ist die Rede vom „gläsernen Menschen" und von der Verteidigung der Privatsphäre gegen die Kontrollwut des Staates. Argumentationslinien dieser Art kennen nur den Widerspruch zwischen Individuum und Staat. Ganz im bürgerlichen Sinne werden individuelle Schutzrechte bei Papa Staat eingeklagt und mehr Liberalität gefordert. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da die Debatte ja noch von den Funktionären der Grün-Alternativen dominiert wird, mit deren reformerischen Interesse die proletarische Linke nicht das Geringste gemeinsam hat.

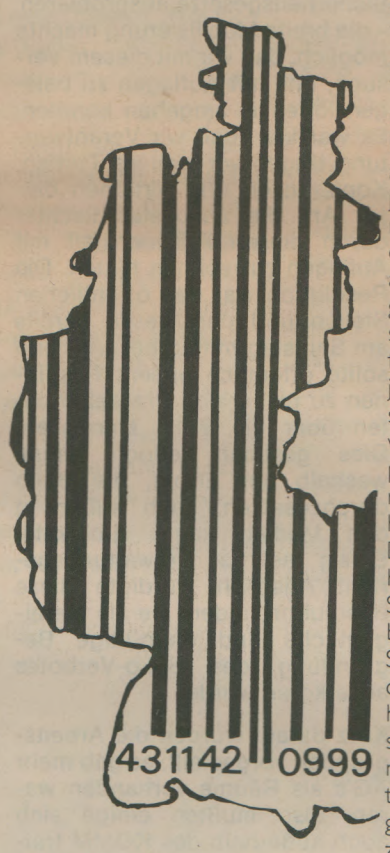
Der kapitalistische Staat hat sein Instrumentarium nie gegen „den Bürger", sondern immer gegen die Vereinheitlichung der Klasse gerichtet. Und dem modernen bürgerlichen Staat geht es in weit stärkerem Maße um sozialtechnische Prävention und Regulierung als um polizeiliche Überwachung. Die Fixierung auf die Repression greift zu kurz. Wo die eigentlichen Planungskapazitäten liegen,wird anschaulich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nirgends detailliertere Informationen gehortet werden, als bei den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, den Rentenversicherungen, Arbeitsämtern, Meldebehörden sowie anderen staatlichen Planungs- und Verwaltungsstellen. Den Klassengehalt der VZ und der Anwendung neuer Informationstechnologien aufzuspüren,wird erst möglich, wenn man sich klarmacht, daß sie die Basis zur Neuorganisation des Planstaats bilden; d.h. einer neuen Sozial-, Beschäftigungs-und Bevölkerungspolitik, die im Rahmen der Austerity (1) neu konzipiert wird.

Restrukturierung gegen Klassenkämpfe

Die Notwendigkeit eine VZ durchzuführen hat ihre Grundlage in den immer noch recht undurchschaubaren Bedingungen,die das Kapital durch seine Krisenangriffe seit 1973 angerichtet hat. Im Produktionsbereich, auf dem Arbeitsmarkt und auf der gesellschaftlichen Ebene haben sich derart radikale Veränderungen ergeben, daß die traditionellen Erfassungs- und Planungsmittel nicht mehr tauglich genug sind, soziale Prozesse adäquat abzubilden.

Gegen die internationalen Klassenkämpfe der 60ger und 70ger Jahre ist das Kapital in seine größte Krise seit 1929 gegangen, und hat diese dazu benutzt, seine Ausbeutungsorganisation mittels technologischer Veränderungen und Massenarbeitslosigkeit zu reorganisieren. Die rebellischen Metropolenarbeiter wurden aus den Zentren der Kämpfe — den großen Fabriken der Massenproduktion — rausgeschmissen und einem verschärften Arbeitszwang in neuen Dienstleistungsklitschen, ausgelagerten Zulieferbetrieben oder staatlichen Arbeitsprogrammen unterworfen, d.h. die Proudktion wurde im Territorium verstreut, (2) um die Widerstand leistenden Arbeiter voneinander zu trennen. Wesentliches Instrument hierzu war die Arbeitslosigkeit. Die Fabrikhallen wurden mithilfe der Computertechnologie so umstrukturiert, daß die Arbeiterkontrolle über den Produktionsablauf und damit die Möglichkeit ihn zu stören, so weit wie möglich in die Hände des Managements überging. Das bedeutet natürlich nicht, daß,wenn z.B. die Kommunikationslinien am Fließband zur Organisation von wilden Streiks benutzt wurden, diejenigen Arbeiter, die nun isoliert vor einem Bildschirm sitzen, keinen Widerstand mehr organisieren können. Nur vorerst haben sie unter den neuen Arbeitsbedingungen auch neue Widerstandsformen auszuloten.

Auch der Arbeitsmarkt wurde zersplittert. Ein wachsender Teil der Klasse hat heute mit einer Zwangsmobilisierung zwischen Phasen der Beschäftigung, Arbeitssuche und verschiedenen Jobs klarzukommen. Auf der einen Seite ein schrumpfender Teil hochqualifizierter, sozial abgesicherter und hochentlohnter Arbeiter; auf der anderen stark verunsicherte Arbeitsverhältnisse, d.h. Teilzeitarbeit, befristete Verträge, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, Schwarzarbeit ,etc.. Damit entstand ein Heer von Tagelöhnern, welche die Kehrseite des konjunkturellen Aufschwungs ausmachen. Im Verlauf der Entwicklung hat das Kapital vielfältige Übergänge eingeführt, um die Klasse immer weiter zu spalten: Klitschen mit und ohne chips, Hungerlohnjobs und klimatisierter Computerraum, illegale Schwitzbuden und automatisierte Werkshallen gehören dabei zusammen.



Diese Verhältnisse haben aber noch lange nicht die Arbeitsverweigerung und die Aneignung von Soziallohn beseitigt. In den 70ger Jahren gab es trotz einsetzender Massenarbeitslosigkeit ein stetes Ansteigen der Wohlfahrskosten, die auf dem proletarischen Gebrauch des Sozialstaats fußten: Krankfeiern, Arbeitslosenkohle und Bafög abziehen etc. Dagegen hat das Regime dann ja auch die vielfältigsten Schritte unternommen: Sozialleistungen streichen, Kostendämpfungen, Zumutbarkeitsregelungen auf dem Arbeitsamt, Zwangsarbeit an Sozi gekoppelt, etc.. Mithilfe der computergestützen Arbeitsvermittlung wurde es leichter die Leute in irgendwelche Scheißjobs zu jagen. Nichtsdestotrotz gibt es noch Nischen, um dem Arbeitszwang auszuweichen bzw. ihn zu mildern: Schwarzarbeit plus Soziallohn, Kleinkriminalität und andere Formen unkontrollierter Reproduktion haben sich massenhaft ausgeweitet.

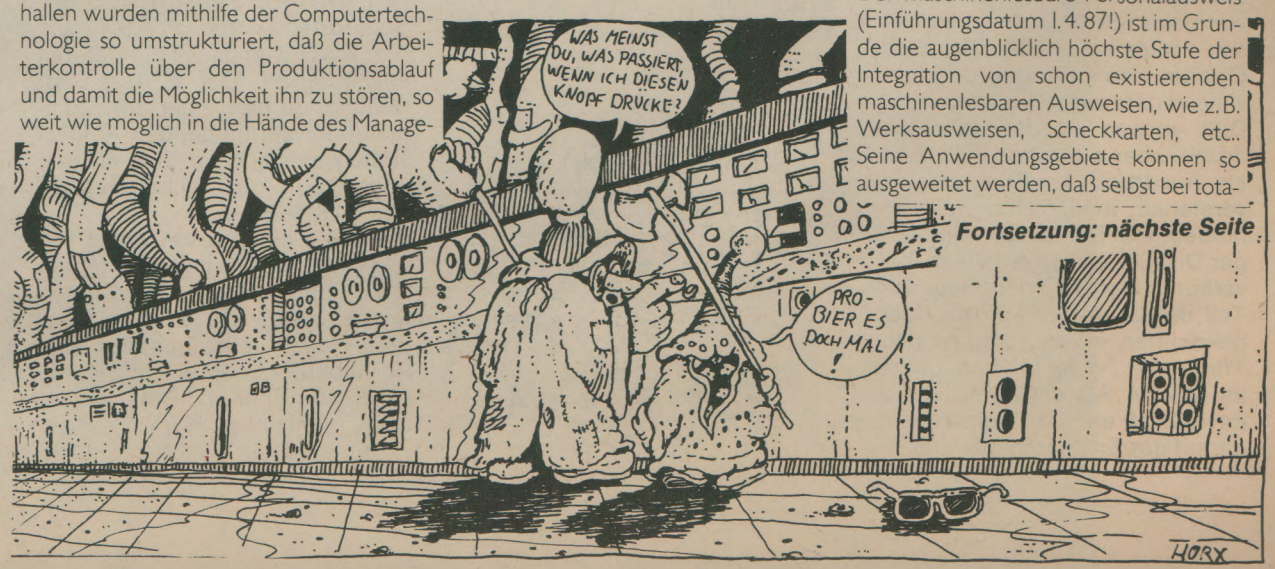
Die unstabilen Beschäftigungsverhältnisse haben also zu Kontrollücken geführt, die der Staat nunmehr schließen will. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zum Ort unübersichtlicher Sozialprozeße geworden (z.B. Jugendbanden und Hausbesetzungen). Die Frauen sehen Hausarbeit nicht mehr als ihren ausschließlichen Lebensinhalt an. Von daher müssen ihre Funktionen entweder in kapitalistische Dienstleistungsberufe übertragen oder sie müssen wieder an den Herd zurückgedrängt werden. Die Ausländercommunities entwickeln zunehmend unkontrollierbare Existenzsicherungsformen. All dies erfordert eine VZ und die Anwendung der Informationstechnologien, denn all dies trägt den Keim unvorhersehbarer sozialer Kämpfe in sich.

Instrumente der sozialpolitischen Ausgrenzung

Hier nun zunächst die wichtigsten Mittel zur Effektivierung der sozialen Kontrolle:

— Der maschinenlesbare Personalausweis (Einführungsdatum 1.4.87!) ist im Grunde die augenblicklich höchste Stufe der Integration von schon existierenden maschinenlesbaren Ausweisen, wie z.B. Werksausweisen, Scheckkarten, etc.. Seine Anwendungsgebiete können so ausgeweitet werden, daß selbst bei tota-

Fortsetzung: nächste Seite



ler Zerstreuung der Klassenindividuen ein Bewegungsprofil herstellbar ist, welches nicht nur Geheimdiensten und Polizei die Arbeit erleichtert, sondern auch Gesundheits-, Ausländer-, Jugendschutz-, Umweltschutzbehörden u.a..

— Durch den Ausbau von Verkabelung und Bildschirmtext können diverse Planungsinstanzen (z.B. Marketingforscher, Polizei, Finazamt) an die sie interessierenden Informationen herankommen.

— Aufgrund der Datenerfassungsverordnung (DEVO) und der Datenübermittlungsverordnung (DÜVO) leiten die Unternehmer Daten aus ihren Personalinformationssystemen an die Sozialversicherungsträger weiter. Damit wurde ein Sozialinformationssystem verwirklicht, welches die staatliche Zurichtung der Arbeitskraft erheblich erleichtert und die illegale Aneignung von Soziallohn erheblich erschwert hat (3). Aber mehr noch: einerseits besteht die Wirksamkeit eines Sozialinformationssystems im Rückgriff auf Individualdaten und damit der Einkreisung individuellen Widerstandsverhaltens, andererseits fließen die Informationen bei der Sozialdatenbank des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zusammen und ermöglichen dort die Simulation von Sozialverhalten. Doch dazu später.

— Das neue Melderecht — das durch die VZ überprüft wird — stellt im Kern den Aufbau eines Einwohnerinformationssystems dar. Im Zuge der Integration mit der Sozialversicherung wird dem Regime eine Bevölkerungspolitik ermöglicht, die eine genauere Ausgrenzung im sog. „sozialen Netz" zum Ziel hat und damit die Verelendung unproduktiver Klassenteile vorantreibt.

— Über die neuen Sicherheitsgesetze, Rasterfahndung u.s.w. ist schon dermaßen viel diskutiert und geschrieben worden, daß ich hier nur darauf hinweisen möchte, daß auch sie eine Effektivierung durch VZ, Datenverbund und Verarbeitung erfahren.

Die VZ hat nun die Aufgabe, Daten zu zentralisieren und nach einheitlichen Kriterien für private und staatliche Planung und Verwaltung zu ordnen — neben einer quantitativen Ausweitung der Datenmenge versteht sich.

Der für den Klassenkampf wichtigste Bereich ist die Neufassung der Sozialplanung. Hatte die Sozialpolitik in den 60ger und 70ger Jahren noch einen weitgehend integrativen Charakter, und dienten die Daten damals zur Regulierung von gesicherten Arbeitsverhältnissen und dem dementsprechenden sozialstaatlichen Einkommen bezüglich der Krankheits- und Altersversorgung beispielsweise, so sollen die erwähnten Instrumente nun auf der einen Seite die Basis für die sozialpolitischen Ausgrenzung arbeitsunfähiger Klassenteile (Alte, Rentner, Kranke, Behinderte, etc.) bilden, und auf der anderen Seite Arbeitsverweigerer und Arbeitsunwillige einem stärkerem Arbeitszwang unterwerfen. „Es geht darum, einen neuen Bereich von Asozialität und Illegalität zu definieren, der die halblegalen und illegalen Randzonen des Arbeitsmarktes und der Ausländerbeschäftigung, die Schwarzarbeit ohne Steuerkarte, den Status ohne sozialversicherungspflichtiges Einkommen, ohne gemeldeten Wohnsitz und die Zonen alltäglicher Delinquenz (Straffälligkeit) ebenso umfaßt, wie das 'böse Drittel' der Patienten, die die Krankenversicherung belasten." (4) Damit sich diese Marginalisierungsstrategie nicht in Form von Ghettos — und damit der Erfahrung, in der gleichen Lage zu sein — niederschlägt, versucht der Staat die davon Betroffenen zu isolieren: Ob in den Einzelzellen von Betonbauten, anstatt in kollektiven Wohnprojekten, in der Btx-Abfertigung von Arbeitslosenkohle, anstelle von Warteschlangen vor dem Arbeitsamt oder in Form von Treffpunktverboten für Punks (5). Allerdings wäre es unvollständig nur die Einkreisung von unübersichtlichem und rebellischem Sozialverhalten zu thematisieren, wo von planstaatlicher Seite schon längst die Simulation sozialer Prozesse ausprobiert wird (6). Die Sozialbürokratie zersetzt nicht nur soziale Zusammenhänge, sondern sie versucht sie mithilfe ihrer Daten und Rechner neu wiederherzustellen. Mit den technischen Möglichkeiten der Kybernetik (7) ist sie in er Lage, alternative Fallbeispiele durchzuspielen. „Hätte man (und man hat es sicher auch) einen Computer nach dem günstigsten Standort für eine Wideraufbereitungsanlage befragt, wo mit Widerstand nicht zu rechnen ist, seine Antwort wäre gewesen: In einer ländlichen, dünnbesiedelten, sturkturschwachen Region mit hoher Arbeitslosigkeit, deren Bevölkerung überwiegend aus katholisch-konservativen Kleinbürgern und Bauern besteht. Konkreter Vorschlag: Wackersdorf im Kreis Schwandorf." (8) Daß derartige Simulationen wohl kaum den erwarteten Erfolg bewirken, heißt jedoch nicht ,daß der Staat darauf verzichten wird, die soziale Realität den Erfordernissen seiner Planung anzupassen.

Auf Datenverarbeitungsebene wird eine planmäßige Zerstörung gesellschaftlicher Subjektivität betrieben und künstliche Normen von gesellschaftlichem Verhalten produziert. Damit ändert sich aber nicht nur die Sozialpolitik, es geht um die Herausbildung einer neuen Staatsfunktion überhaupt. Traditionelle Gesellschaflichkeit (soziale Kontrolle über familiäre und nachbarschaftliche Bezüge, Identitätsfindung über stabilen Beruf, etc.) soll zunehmend ersetzt und zum bürokratisierten/informatisierten Vorgang werden. Durch fortschreitende Abbildungsqualität soll der Mensch im Entscheidungsprozeß tendenziell überflüssig gemacht werden. An die Stelle kollektiven Verhandelns sozialer Ansprüche (z.B. durch Gewerkschaften) tirtt zunehmend die Technokratie. In dem Maße wie es z.B. der Sozialpolitik gelingt, durch Datenverarbeitung einen immer höheren Grad an Komplexität und Diffusität in der Zuteilung sozialer Leistungen einzuführen, dient ihr dies zur technokratischen Legitimationsbeschaffung: Die technologische Gewalt, mit der ein Computer urteilt, ist anscheinend objektiv, Sachzwang. Die scheinbare soziale Komplexität, die so organisiert wird, soll lediglich Klassenbewußtsein verhindern.

Anmerkungen

1) „Sparpolitik". Augenblicklich: die Subventionierung von Profiten bei gleichzeitigen Sozialkürzungen.

2) Die Denzentralisierung der Produktion (auch „diffuse Fabrik" genannt) bedeutet aber keineswegs eine Dezentralisierung des kapitalistischen Kommandos. Gerade durch den Informationsfluß per Computer kann die unternehmerische Planung noch mehr zentralisiert werden.

3) Konkrete Anwendungsgebiete, siehe Autonomie NF 13, S. 70

4) Autonomie NF 13, S. 62

5) „Geht es in der Fabrik um die Zersetzung der Arbeitermassierungen, so geht es in der Gesellschaft um die Auflösung sozialer Agglomerationspunkte, aller Orte, wo die Verhältnisse von Menschen untereinander nicht durch von vornherein eingebaute Verhaltensvorschriften geregelt ist." (Autonomie NF 13, S. 48)

6) Simulation (Vortäuschung). Z.B. Flugsimulator = Einrichtung zur Ausbildung von Piloten: Eine Flugzeugführerkabine, die alle Anlagen für Steuerung, Flug- und Triebwerksüberwachung enthält. Auf einem Bildschirm wird ein Flug vorgetäuscht und so die Ausbildung unter realitätsähnlichen Bedingungen ermöglicht.

7) Kybernetik: In der Technik bezeichnet K. vorwiegend die Behandlung großer Systeme auf Grund ihres Regelungsverhaltens und ihrer inneren Informationsübertragung und -verarbeitung, besonders bei digitalen Rechneanlagen und ihren Anwendungen: Automatische Steuerung von Einsenbahnzügen, Programmsteuerung von Werkzeugmaschinen, etc.

8) Göttinger Flugblatt zur VZ

Literatur

Hamburger Vobo-Info 4 von 1983
Autonomie NF 13
Karlsruher Stadtzeitung Nr. 30
Zur Rangehensweise: Alle möglichen Aufsätze arbeiterwissenschaftlicher Theoretiker, wie z.B. Quaderni Rossi (Thekla6, zu beziehen über KSZ), Negri: Zyklus und Krise bei Marx, K. H. Roth: Die andere Arbeiterbewegung, etc. ..

Was tun, wenn die Zähler/innen kommt?

Ihr braucht den/die Zähler/in nicht in die Wohnung zu lassen. Ihr seid jedoch verpflichtet, euren vollständigen Namen und die Anzahl der gemeldeten Haushalte in der Wohnung zu nennen. Dann nehmt ihr die entsprechende Anzahl von Bögen entgegen und erklärt, daß ihr die Fragebögen per Post zurückschicken wollt. Der/die Zähler/in wird euch nie wieder belästigen. Nun sind die Fragebögen fest in eurer Hand - trennt als erstes die Ordnungsnummer vom Personalbogen ab. Die weitere Verwendung des Schnipsels liegt völlig in eurer Hand. Die nunmehr anonymen Bögen sollten dann zu den Sammelstellen der Volkszählungsboykott-Initiativen gelangen, damit wir einen Überblick über die Breite unseres Boykottwiderstands bekommen können. Mit den nächsten Bögen die ihr per Post erhaltet, verfahrt ihr genauso. Andere Umgehensweisen mit den Fragebögen erweisen sich nicht als sinnvoll. Bei Nichtanwesenheit z.B. kommt der/die Zähler/in einfach sooft bis er/sie jemand antrifft. Bei Falschausfüllen erhöht sich zwar der Bearbeitungsaufwand, jedoch der/die Zähler/in wird euch erneut belästigen, wobei beim Falschausfüllen kein juristischer Unterschied zum Nichtausfüllen besteht.

Außerdem stellen diese individuellen Auswege keinen Beitrag für eine offensive Boykottbewegung dar. Wie lange und inwieweit die Behörden versuchen werden eine Boykottbewegung juristisch zum Ausfüllen zu zwingen, ist noch unklar, da es noch keine Beispiele in der juristischen Praxis gibt.

Fest steht, daß sie zwei Möglichkeiten zur Hand haben. Das Buß- und das Zwangsgeld. Bei dem Bußgeld handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit, die mit Geldstrafe geahndet wird. Es erfolgt kein Eintrag ins Strafregister. Gegen den Bußgeldbescheid kann innerhalb einer Woche beim Statistischen Landesamt Einspruch eingelegt werden. Wird der Einspruch abgelehnt, gibt es zwei Möglichkeiten:

- Mensch zahlt das Bußgeld, oder
- Mensch zahlt das Bußgeld nicht und es kann eine Erzwingungshaft angedroht werden.

Die zweite Möglichkeit ist das Zwangsgeld, das theoretisch mehrmals verlängerbar ist und den Zweck hat, den Willen der Bevölkerung zu beugen, den Bogen doch auszufüllen. Es ist in juristischem Sinne weder Strafe noch Buße, sondern dient dazu, Druck oder besser gesagt Zwang auszuüben. Das Zwangsgeld muß unter Fristsetzung angedroht werden. Nach dem Verstreichen der Frist muß die Höhe des Zwangsgeldes entgültig festgelegt werden. Bei einer Nichtbezahlung besteht die theoretische Möglichkeit, eine Ersatzzwangshaft anzuordnen. Auch gegen das Zwangsgeld kann Widerspruch eingelegt werden und bei dessen Abweisung eine Anfechtungsanklage erhoben werden. Es ist noch anzumerken, daß sich die Höhe der Strafe in beiden Fällen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen richtet. Und schließlich noch was wichtiges:

Mensch kann sich weder durch die Zahlung des Buß- oder Zwangsgeldes von der Auskunftspflicht freikaufen. Im juristischen Widerstand liegt der Sinn lediglich darin, Knete zu sparen und Zeit zu gewinnen, um den Boykott der Volkszählung auf volle Touren zu bringen.

Der beste Schutz gegen Bußgeld bleibt die massenhafte Verweigerung eventueller Bußgeldzahlungen und der politische Boykott der Volkszählung: "Gezählt wird nicht", wenn daß Zehntausende, Hunderttausende auch tun, ist die Volkszählung im Eimer!

ZU BOOK:

Sinn und Zweck der Widmung sollte sein, aus aktuellem Anlaß (nämlich der laufenden Revisionsverhandlung gegen Peter-Jürgen Boock vor dem OLG Stuttgart) uns an einen von vielen verdrängten Punkten zu erinnern. Seit dem Spiegel Interview vom 23.2.1981 geistert Boock in der linken Gerüchteküche als Verräter rum. Diese Meinung basiert nicht auf einer inhaltlichen Bestimmung des Begriffs Verrat für uns oder einer Kritik am Verhalten Boock`s, sondern vielmehr auf einer damaligen Einschüchterungskampagne von Antiimp-Gruppen. "Das Ziel der Boock-(Solidaritäts)Kampagne ist Spaltung und Desorientierung. Sie zwingt uns eine Diskussion auf, an der in dieser Zeit keiner Interesse haben kann, der will, daß es weitergeht. (...). Wir werden uns auch weiterhin Mittel und Wege einfallen lassen, um zu verhindern, daß Verrat in der Linken Fuß faßt. Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen!" Erklärung zur Beschlagnahme und Vernichtung von Druckfilmen und -platten für die Broschüre "Solidarität mit P. J. Boock" durch Antiimp-Gruppen in Hamburg.

Ob das Bekanntmachen einer "Finalen Aktion" nach der Trennung vom Bewaffneten Kampf schon Verrat ist, oder aber erst die Kollaboration mit den Staatsschutzapparaten und dem Verrat von ehemaligen Genossen, ist ungeklärt.

Weil wir uns bisher nicht an die Auseinandersetzung mit der RAF heran gewagt haben, um unsere Widersprüche zu klären, haben deren Positionsbestimmungen zu einem angepaßten Verhalten von uns geführt.

Damit haben wir uns moralische Argumente aufdrücken lassen, die uns ein eignes Verhalten erspart haben. Im Falle Boock`s führte das zur Aufkündigung unserer Solidarität.

Mit der Widmung wollten wir eine Auseinandersetzung darum provozieren. Die Form der Widmung ist, das müssen wir inzwischen selbstkritisch feststellen, denkbar ungeeignet, einen Klärungsprozeß einzuleiten. Inzwischen ist die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und der Bestimmung unserer politischen Vorstellungen, Perspektiven, Utopien ect. begonnen worden.

Wir verweisen auf das oben zitierte Papier von Frankfurter Autonomen, daß im Schwarzen Faden Nr. 23 veröffentlicht wurde:

"Es ist längst überfällig, den Knoten aus moralischer Verpflichtung, bedingter Solidarität und eigener Feigheit zu durchschlagen, das wirklich gemeinsame zu benennen, das trennende klar und eindeutig zu formulieren. Es liegt an uns, ehrlich zu sein, grade was die Haltung angeht, "Sich-verhalten-zu-müssen" und "irgendwie-solidarisch-zu-sein". Diese diffuse Haltung täuscht eine Solidarität und eine Front vor, die es seit Jahren nicht (mehr) gibt."(Frankfurter Autonomen Papier)

IMPRESSUM:
V.i.S.d.P.: M. Zimmermann
c/o Lateinamerikazentrum, Crelle Str. 72, 1000 Berlin 62

KWU-KAMPANGE

für eine offensive KAMPAGNE GEGEN DIE KWU und andere atomfirmen!

die ag "kwu und andere nuklearfirmen" setzte sich aus verschiedenen anti-akw-initiativen, die konkret an der thematik arbeiten, zusammen. um bereits gelaufene regionale öffentlichkeitsarbeit und aktionen zu koordinieren, konkretisieren und vor allem zu verbreitern, soll die kwu-kampagne jetzt bundesweit entwickelt werden. ein bestandteil sollen bundesweite dezentrale aktionstage an den standorten mit vielfältigem unterstützerspektrum sein. die kwu steht hier exemplarisch für alle atomfirmen.

ohne die kwu wäre kein westdeutsches atomprogramm denk- und durchführbar.

es geht in dem kampagneaufruf darum, die widersprüche des atomstaats nicht nur an den projekten zu verdeutlichen, sondern eine auseinandersetzung mit der alltäglichen produktion der atomfirmen zu führen.
in einem gemeinsamen diskussionsprozeß von friedens-, "dritte welt"-, anti-akw- und revolutionäre gruppen müssen kapitalverflechtungen, arbeitsbedingungen/arbeitsplatzfrage, imperialistische exportgeschäfte und das militärische interesse bei der durchführung des brd-atomprogramms zu einer offensiven kampagne gegen die atomfirmen zusammenkommen.

- *21./22.3. bundesweites vorbereitungstreffen der Anti-kwu/siemens-kampagne in berlin*
- *2.mai: bundesweiter und überregionaler widerstandstag gegen kwu/siemens (gleichzeitig widerstands-samstag)*

KÖLN:

"HÄUSERKAMPF-AKTIONSTAG"

am 6. März '87

(auch im zusammenhang mit dem "tag x" wg. hafenstr. HH)

(vorraussichtlich) DEMO 18°° (ab wilhelmplatz/nippes) - 20°° WEISSHAUSSTR. 20

DARMSTADT

Ab 1. März Eröffnung des "Info-Laden" in Darmstadt Frankfurter Str 70

LIBERTÄRE TAGE

ostern '87 in FRANKFURT

(vom 16. bis 20. april in der fachhochschule, ffm, nibelungenplatz)

"VON SOZIALEN BEWEGUNGEN ZUR SOZIALEN REVOLUTION"

themen und arbeitsgruppen:

I. perspektiven sozialer bewegungen ("innenansicht")

II. wie I. ("blick nach außen") auseinandersetzung mit den letzten 5,6 jahren der libertären/autonomen bewegung...

III. zustand und entwicklung der warengesellschaft
1. *ökonomie; stichworte: rationalisierung, computerisierung, flexibilisierung, rolle d. dgb, unsere situation und kampfmöglichkeiten, organisierung*
2. *innere"sicherheit"*
3. *anarcho-syndikalismus*
4. *jobber- entgarantierung*
5. *aktuelle ökonomische kämpfe*
6. *knast und gefangenenarbeit*
7. *polizeiwaffen (dia-vortrag)*

IV. frauen (ag, disk. im plenum)

V. internationales
versch. länder
ag internationalismus: internationalismus, solidaritätsarbeit, iwf

VI. aktuelles
1. *volkszählung*
2. *selbsthilfe, -schutz*
3. *aids, infos und disk.*
4. *1. mai*

14 uhr: sonntagsspaziergang, startbahn

einen reader zu den themen und ag's (für 15,-), flugblätter und plakate können ab anfang märz bestellt werden: libertäres zentrum, kriegkstr.38 6000 frankfurt 1 (tel.069/7381152)

Demonstration

FRANKFURT/ KÖNIGSTEIN

kriegstreiber und contra-unterstützer treffen sich -

wann 13. - 15. märz '87
wo haus der begegnung, königsteiner anstalten
wie unter dem titel "JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG der INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE" (IGFM)

zu dieser versammlung ist als gast jeanne kirkpatrick eingeladen. die frühere us-botschaftlerin bei der uno ist ehrenpräsidentin der us-sektion dieser gesellschaft. sie leiert in den usa die "private" sammlung für die contra an, und zwar zusammen mit der antikommunistischen weltliga wacl, die auch waffenlieferungen an die contra und deren ausbildung übernimmt. weitere ehrenmitglieder der igfm riefen als unterzeichner einer anzeige der "resistance international" den us-kongress zur unterstützung der contra auf. dazu passend die wanderausstellung der igfm "nicaragua libre - ein land ohne freiheit".
auf der hauptversammlung des letzten jahres waren der südafrikanische botschaftler retief und ein sekretär der contra in mosambique (renamo) artur des fonseca eingeladen. dazu passend die anzeige der igfm "südafrikaboykott?nein!"

die begrüßungsansprache wird am sa. 14.3. der ehrenpräsident der igfm martin halten. er war von 1963 - 74 generalbundesanwalt, während seiner gesamten amtszeit verantwortlich für die kommunistenverfolgung in der brd, u.a. auch für die isolationsfolter an den gefangenen der raf.

die igfm hat eindeutige verbindungen zu revanchistischen, faschistischen und militant antikommunistischen organisationen. so z.b. dem hts (hochschulring tübinger studenten), der zusammen mit der wsg hoffnanns eine veranstaltung für das rassistenregime südafrikas machte und protestierende gegendemonstranten brutal zusammenschlug. oder der ag 13. august, nachfolgeorganisation der kampfgruppe gegen die unmenschlichkeit, die in den 50er jahren mit terror und sabotage die ddr für den tag der wiedererobe-rung sturmreif machen wollte.

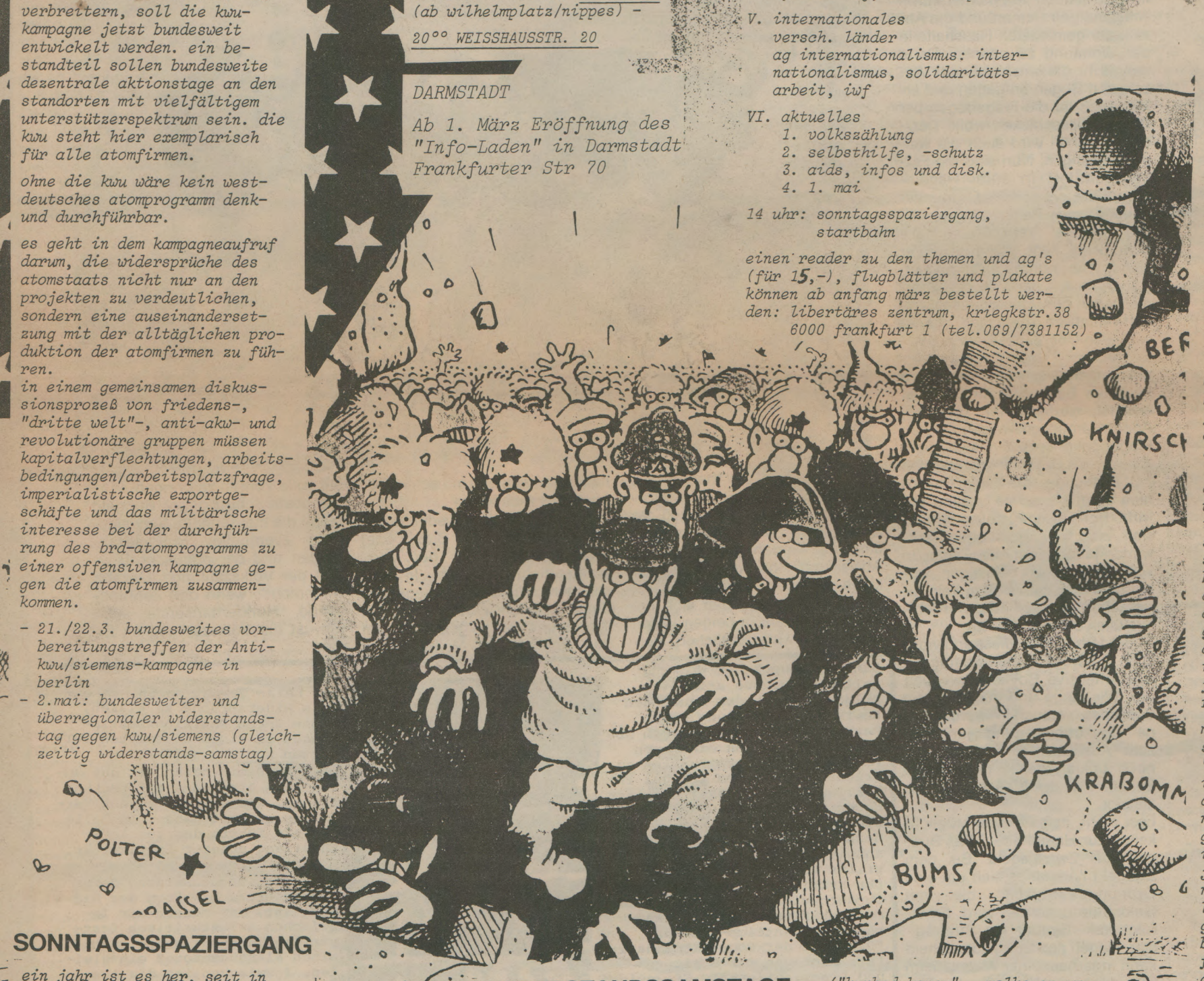
mit dem kampfbegriff "menschenrechtsverletzungen" und "terrorismus" zieht die igfm ins feld gegen alle, die sich dem sog. "freien westen" nicht unterwerfen. angefangen bei der sowjetunion und ihren verbündeten, über die jungen nationalstaaten (kuba, nicaragua,...), antiimperialistische befreiungsbewegungen (anc, fmln, swapo,...), bis hin zu uns, der linken im frontstaat brd. so stehen die gewekschaftler gegen wallmann in frankfurt genauso im fadenkreuz der igfm-verleumdungen, wie die friedensbewegung oder die genoss-inn-en der raf. die igfm genießt unterstützung von höchsten regierungsstellen. sie schwimmt mit auf der aktuellen reaktionären mobilisierung in diesem land, wird aber auch immer selbst aktiv, um diese weiterzutreiben, bzw. den boden zu bereiten für neue vorstöße.

KAMPF DEM FASCHISMUS!
es lebe die internationale solidarität!

wir rufen auf: am 14.3.87

8³°h protest- und störaktionen vor dem"haus d. begegnung" in königstein

11°°h in königstein: kundgebung und demonstration



SONNTAGSSPAZIERGANG

ein jahr ist es her, seit in GARLSTEDT bei bremen mit dem bau des PANZERANSCHLUSSGLEISES für die us-kaserne begonnen wurde.
seitdem ist der garlstedter wald nicht mehr der, der er einmal war; aber seitdem gibt es auch einen ständigen widerstand draußen im wald!
JEDEN SONNTAG treffen sich dort menschen, die ihren protest gegen die trasse und die präsenz der us-armee überhaupt ausdrükken. auch wenn der bau des panzergleises nicht mehr verhindert werden kann, so ist es keineswegs ausgemacht, daß der spätere betrieb ungestört von protest und widerstandsaktionen erfolgen kann.

jeden sonntag spaziergang, 15°° parkplatz weißes haus - b6 !!

WIDERSTANDSSAMSTAGE

seit november finden nun schon die dezentralen WIDERSTANDS-SAMSTAGE gegen das AKW-PROGRAMM statt. trotz ansteigender aktivitäten und immer neuer beteiligung weiterer städte u. initiativen hat der widerstandssamstag noch nicht den erhofften mobilisierungseffekt erreicht. die aktivitäten, die mittlerweile vom norden bis süden sich durchziehen, von hh bis augsburg, deren breite von rathausbesetzung (wiesbaden), militanten aktionsformen (gegen baumaschinen, forschungseinrichtungen, banken...), bishin zu demos (ua. gegen chemiekonzerne), nikolausaktionen, "anderen" infoständen ("kurbad hanau" , molke an umweltminister dick zurückschikken) und spaziergängen zu standorten (gronau) reicht. neben diesen vielfältigen aktionsformen gibt es auch weiterentwicklungen auf dem gebiet von organisierung, struktur und zusammenhängen. auch das dürfte als erfolg gewertet werden.

wir wünschen uns weiter eine rege beteiligung an den WIDERSTANDSTAGEN, als einen teil unseres kampfes gegen das atomprogramm bis hin zur abschaltung nicht nur dieses atomprogramms, sondern der gesamten kapitalistischen verhältnissen, die dieses programm hervorbringen und davon profitieren.

JEDEN 1. SAMSTAG IM MONAT AN JEDEM ORT WIDERSTANDSTAG!